

Alle Texte der Informationsstelle Militarisierung zu den Themen Rüstung und Sozialabbau seit Oktober 2006

Bitte nur unter Angabe der Originalquellen zitieren.

<i>Claudia Haydt: Teurer als geplant – Auslandseinsätze der Bundeswehr</i>	2
<i>Heiko Humburg: PR-Strategien der Bundeswehr in Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit und „Hartz IV“</i>	3
<i>Initiative Bundeswehr Wegtreten: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen</i>	10
<i>Martin Hantke: Geheime Militärhaushalte</i>	12
<i>Arno Neuber: Herkules-Aufgabe: Profite scheffeln</i>	14
<i>Claudia Haydt: Milliardengeschenke für die Rüstungsindustrie</i>	15
<i>Tobias Pflüger: Rüstungsexporte töten und damit muss Schluss sein!</i>	16
<i>Arno Neuber: Spart endlich an der Rüstung</i>	17
<i>Lühr Henken: Deutsche Rüstungsausgaben 2007-2010: Steigerung mit Ansage</i>	19
<i>Martin Hantke: Ohne Kontrolle</i>	22
<i>Johannes Plotzki: Töten als Geschäft</i>	24
<i>Johannes Plotzki: Deutsche Waffen gegen streikende Lehrer in Mexiko?</i>	25
<i>Claudia Haydt: Keine Einbahnstraße -Kontinuitäten deutsch - israelischer Rüstungskooperation</i>	28
<i>Jonna Schürkes: „Armee der Arbeitslosen“ - Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr</i>	30

Claudia Haydt:

Teurer als geplant – Auslandseinsätze der Bundeswehr

IMI-Analyse 2007/018

Die Umwandlung der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ gibt es nicht zum Nulltarif. Immer größere Teile des Bundeswehrhaushaltes werden für Vorbereitung und Durchführung von Auslandseinsätzen verwendet. Der Jahresbericht des Verteidigungsministeriums über die Kosten von internationalen Einsätzen im Jahr 2006 veranschaulicht diese Entwicklung.

Im Jahr 2006 waren im Bundeshaushalt (im Einzelplan 14) 671 Millionen Euro für so genannte „Einsatzbedingte Mehrkosten“ vorgesehen. Zusätzlich wurden im Laufe des Jahres noch 33,7 Millionen für den EUFOR RD CONGO Einsatz und 17,2 Millionen für die Präsenz vor der libanesischen Küste durch Parlamentsentscheidungen bewilligt. Weitere Kosten fielen für gemeinsam finanzierte Maßnahmen bei NATO-Operationen (ISAF und KFOR) an. Der deutsche Anteil hierfür betrug 38,6 Millionen. Es gab also für Kosten in Höhe von circa 760 Millionen formale Beschlüsse des Parlaments. Dass diese Mittel jedoch nach internen Berechnungen der Bundeswehr nicht ausreichen würden, stand bereits zu Beginn des Jahres 2006 fest. Besonders ISAF und der so genannte Antiterrorkrieg „Enduring Freedom“ erwiesen sich als Fass ohne Boden. Die Einsätze der Bundeswehr kosteten am Ende des Jahres 2006 insgesamt 893,79 Millionen. Die Kosten waren also um 18% höher als geplant. Berücksichtigt man, dass zahlreiche Einsätze günstiger waren als geplant, dann wird klar, dass neben der humanitären und der politischen Eskalation in Afghanistan auch der haushaltspolitische Aspekt ein wachsendes Dilemma darstellt. Die Einsätze im Libanon, im Kongo, in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo verschlangen zum Teil wesentlich weniger Mittel als erwartet. Der ISAF-Einsatz nahm jedoch schon in der Planung mit 417 Millionen Euro den prominentesten Rang ein und schlug am Ende des Jahres mit über 500 Millionen zu Buche. Im Verhältnis zum Vorjahr stiegen die Kosten sogar um 33%. Durch die Entsendung der Tornados sowie die personelle Aufstockung der Bundeswehr im März 2007 werden die Kosten weiter steigen. Die Teilnahme an Operation Enduring Freedom wurde um 12% teurer als geplant. Auch in Deutschland stiegen übrigens die Ausgaben der Bundeswehr. Da immer mehr Soldaten im Auslandseinsatz sind, erhöhten die Kosten für die Bewachung von Bundeswehrliegenschaften durch ziviles Personal um 5 Millionen. Der zunehmende Lufttransport, z.B. von Leipzig in die Einsatzgebiete, belastete nicht nur die Anwohner mit Lärm, sondern lies alleine die Flugsicherungskosten um 2 Millionen steigen.

Nach wie vor gibt die Bundeswehr gigantische Summen für

Rüstungsprojekte aus, die auch militärisch unsinnig sind (z.B. MEADS/IRIS). Doch ganz offensichtlich sinkt der Anteil dieser „Industrieförderungsmaßnahmen“ zugunsten von Beschaffungen, die tauglich sind für Kriege und Besatzungen. Das Verteidigungsministerium berichtet deswegen stolz, „der Einzelplan 14 hat sich zum ‚Einsatzhaushalt‘ entwickelt“. Es wird berichtet, dass „einsatzbedingte Sofortbeschaffungen“ deswegen immer seltener notwendig sind und sich der Haushalt weitgehend auf „nicht planbaren Bedarf an einsatzrelevantem Material“ beschränkt. Womit auch das Verteidigungsministerium zugibt, dass die Kosten für Auslandseinsätze der Bundeswehr wesentlich mehr umfassen, als die offiziell aufgelisteten „einsatzbedingten Mehrkosten“. Auch die Beschaffung von Fregatten, von Kampf- und Transporthubschraubern, von gepanzerten Fahrzeugen oder Kommunikationsinfrastruktur für vernetzte Kriegsführung und vieles mehr ist nur deswegen nötig, weil die Bundeswehr längst keine Verteidigungsarmee mehr ist. Ebenso müssten alle Kosten für die Umstrukturierung der Bundeswehr in Eingreif-, Stationierungs- und Unterstützungstruppen sowie die dafür nötige Infrastruktur und Ausbildung den Einsatzkosten zugerechnet werden.

Die Kosten für Auslandseinsätze werden weiter zunehmen. Im Kosovo oder in Afghanistan rechnen Ministeriumsmitarbeiter für die Anwesenheit von deutschen Truppen in der Größenordnung von „Generationen“. Im Umkehrschluss heißt das, dass kaum jemand damit rechnet, in absehbarer Zeit „Erfolge“ zu erzielen. Das offensichtliche Scheitern des westlichen Interventionismus wird also teuer, für Besetzte und Besatzer. Für die Zukunft wird deswegen sowohl mit steigenden Kosten als auch mit zunehmenden Bemühungen, diese Kosten zu verschieben und zu verschleiern, zu rechnen sein. Teile der militärischen Aufgaben im Kosovo werden wohl zukünftig von EU-Gendarmerietruppen übernommen und entsprechend nicht über Militärhaushalte verbucht werden. Nicht nur aus dem Grünen Lager kommen Ideen, die Mehrkosten für Auslandseinsätze zukünftig über den Haushalt des Außenministeriums abzuwickeln. Im Rahmen der EU hat man etwa über den Athena-Mechanismus schon einige Erfahrung im Aufstellen von Schattenhaushalten und zudem existieren offensichtlich wenig Skrupel, Zuschüsse für Militäreinsätze z.B. im Rahmen der Afrikanischen Union (AU), als Entwicklungshilfe zu deklarieren. Von demokratischer Kontrolle, ganz abgesehen vom verfassungsrechtlichen Grundsatz der „Haushaltsklarheit und -wahrheit“, kann so keine Rede sein.

	geplante Kosten (Mio. €)	tatsächliche Kosten (Mio. €)
KFOR (Kosovo)	204,0	171,5
EUFOR (Bosnien-Herzegowina)	77,9	65,6
Enduring Freedom (Afghanistan, Horn von Afrika ...)	86,1	100,9
ISAF (Afghanistan)	417,8	500,8
UNOMIG (Georgien)	0,7	0,7
AMIS (Sudan)	1,0	1,7
UNMIS (Sudan)	0,6	1,1
EUFOR RD CONGO	53,4	33,7
UNIFIL (Libanon)	46,3	17,2
UNMEE (Äthiopien/Eritrea)	0,0	0,6

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1549>

Heiko Humburg:

PR-Strategien der Bundeswehr in Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit und „Hartz IV“

IMI-Studie 2007/05 - in: AUSDRUCK (April 2007)

Die Bundeswehr (Bw) spannt ein feines Netz über die ganze Gesellschaft. Ihre Strategien zielen auf mehr oder weniger subtile Beeinflussung aller Menschen im militaristischen Geist. Dabei richtet sich die PR-Arbeit der Bundeswehr keineswegs nur, aber schwerpunktmäßig auf Jugendliche, insbesondere die Arbeiterjugend. Die Bundeswehr bedient sich bei ihrer Einflussarbeit professioneller Apparate aus Forschern und PR-Experten, aber auch „unabhängiger Journalisten“, Fernsehstationen, diverser staatlicher und halbstaatlicher Stellen sowie Städten und Kommunen. Dabei geht es allgemein gesprochen um Deutungshoheit über die Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr, um ein „normales“, positives Image der Streitkräfte und im Speziellen um Nachwuchswerbung, also um Rekrutierung von Kanonenfutter für aktuelle und künftige Kampfeinsätze in aller Welt.

Im Rahmen dieser Studie werde ich auf folgende Aspekte eingehen:

1. Nachwuchswerbung und Propaganda in den Schulen und der Öffentlichkeit
2. Rolle und Aufgaben der Jugendoffiziere
3. Wo die Daten hingehen... und wozu sie verwendet werden
4. Spezielle Lockangebote für arbeitslose Jugendliche
5. Ausblick: Zwangsverpflichtungen durch die Bundeswehr?
6. Plädoyer für eine stärker antimilitaristische Friedensbewegung

1. Nachwuchswerbung und Propaganda in den Schulen und der Öffentlichkeit

Ein Ort, den die Bundeswehr nutzt, um Jugendliche in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist die Schule. Immer stärker ist sie darum bemüht, versteckt oder offen Inhalte und Themen der Armee in den Unterricht einzubringen, z.B. durch kostenloses Unterrichtsmaterial.

Auch Lehrerinnen und Lehrer leiden unter ständig längeren Arbeitszeiten und zunehmendem Stress. Die Bundeswehr bietet offensiv an, ihnen einen Teil der Unterrichtsvorbereitung abzunehmen. Die „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V.“ verschickt an Jugendleiter und Pädagogen kostenlose, fertig einsetzbare Unterrichtsmaterialien. Im Internet bezeichnet sich der Verein als unabhängig und gemeinnützig. „Unsere Partner sind Ministerien, Verbände und Unternehmen.“[1] Einer dieser Partner ist die Bundeswehr. Monatlich gibt der Verein didaktisch gut durchdachte Arbeitsblätter zu aktuellen Themen heraus, die im wachsenden Maße im Politik- und Gesellschafts- oder Sozialkundeunterricht an Schulen eingesetzt werden. Konzipiert sind die Materialien für SchülerInnen ab der 8. Klasse.

Welche Inhalte werden vermittelt? Im Arbeitsblatt „Gefahr durch neue Atommächte“ lernen die Schüler dann zum Beispiel wahrheitswidrig, dass die Internationale Atomenergiebehörde bewiesen habe, dass der Iran den Atomwaffensperrvertrag „in vielfältiger Hinsicht missachtet“[2].

Das Arbeitsblatt „Die Bundeswehr im Auslandseinsatz“[3] zeigt eine Weltkarte mit den Einsatzorten der Bundeswehr. Die Schüler sollen dann auf den Bundeswehr-Internetseiten die Hintergründe der Einsätze recherchieren. Überschriften sind die Seiten, auf denen die SchülerInnen „recherchieren“ sollen, mit „Wege zum Frieden“, „Verantwortung tragen“ sowie „Frieden schaffen“. Andere Arbeitsblätter beschäftigen sich mit den Themen „Eine Truppe für Europa“ oder dem Kongo[4]. Ein Arbeitsauftrag unter anderen: „Versetzen Sie sich in die Rolle eines Bundeswehrsoldaten: Darf er schießen, wenn er von einem Kindersoldaten bedroht wird?“ Antwort aus dem Text: Ja, weil es beim Einsatz der Bundeswehr schließlich darum geht, Afrika zu helfen. Das neueste Arbeitsblatt behandelt das „Weißbuch“ der Bundeswehr,[5] das bekanntlich globale Militäreinsätze zur Sicherung vermeintlich deutscher Inter-

essen vorsieht. Darin haben SchülerInnen dann Multiple-Choice Fragen zu beantworten. Als Kostprobe und zur Wissenüberprüfung hier eine der Fragen: „Das Weißbuch der Bundesregierung heißt Weißbuch, weil ...

- a) ... die Farbe weiß für den Frieden steht.
- b) ... es einen weißen Umschlag hat.
- c) ... darin viele Weisheiten niedergeschrieben sind.“ Na, hätten Sie es gewusst?

Die Materialien sind aber keineswegs alle plump, ganz im Gegenteil. Ein „Klassiker“ ist die Hochglanz-Broschüre „Frieden und Sicherheit“[6]. Für Lehrer gibt es eine Extra-Ausgabe mit Tipps und Tricks zur Planung und Leitung des Unterrichts mit dem Material. Das Heft nimmt Lehrern alle Schritte der Unterrichtsplanung ab und ist didaktisch sehr professionell gemacht. In den didaktischen und methodischen Hinweisen wird den Lehrern nahe gelegt, den Unterricht komplett nach den Materialien zu strukturieren.

Systematisch wird die emotionale Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen als Ansatzpunkt für die Vermittlung der militaristischen Inhalte genutzt. Militär ist notwendig, um Terror und Angst zu bekämpfen: „Wenn in der Gesellschaft die Angst vor terroristischen Anschlägen zunimmt, dann trifft dies auch Jugendliche. Die Schüler sollten wissen, dass das Verbreiten von Furcht und Schrecken eines der Ziele von Terrorismus ist und dass das ‚Kopf in den Sand stecken‘ und Lähmung keine Lösungen sein können.“[7] Unter der Überschrift „Die allgegenwärtige Gefahr“ wird vor allem mit der Macht der Bilder gearbeitet, in diesem Fall schrecklichen Fotos aus Beslan und dem Irak. Man sieht leidende Kinder und wird systematisch zu dem Schluss geleitet, dass die Verhinderung solcher Bilder den weltweiten Einsatz des deutschen Militärs erfordert.

Im Heft wird angeregt, für weitergehende Fragen einen Vertreter der Bundeswehr in die Schule einzuladen, bzw. mit der Schulklassen einen Besuch in einer Kaserne zu machen. „Insbesondere bei der Einbeziehung eines Jugendoffiziers in die unterrichtliche Gestaltung oder bei einem Truppenbesuch können ganz unterschiedliche Fragen relevant sein, zum Beispiel:

- Chancen der beruflichen Weiterentwicklung bei der Bundeswehr,
- Frauen in der Bundeswehr (Erfahrungsberichte), ...
- Realität von Auslandseinsätzen (wer geht in den Einsatz, wer entscheidet über Einsätze, was bedeutet das konkret?)“[8].

In der Lehrerausgabe des Heftes wird darauf verwiesen, dass das Erreichen der Lernenebene des „beurteilen, abwägen, Bereitschaft entwickeln“ leichter durch das eigene Erleben einer Bundeswehreinrichtung oder im Gespräch mit einem Jugendoffizier erreicht werden kann als ohne diese „Angebote“. Was mit „Bereitschaft entwickeln“ gemeint ist, ist klar: Es geht um die Bereitschaft, sich hinter die Bundeswehr zu stellen oder eine Verpflichtung zu den Streitkräften ins Auge zu fassen. Auf der Bundeswehrhomepage finden sich Berichte, wie ein Besuch von Schulklassen in Bw-Einrichtungen aussehen kann, darunter ein Text über den Besuch von Mädchen einer 9. Klasse beim EloKa-Bataillon 932 (Elektronische Kampfführung) im hessischen Frankenberg unter der Überschrift: „Girls' Day 2006 - Soldat (w) gesucht“[9]. Zum „Girls' Day“ am 27. April 2006 öffnete die Bundeswehr an vielen Standorten ihre Tore. Schülerinnen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren waren eingeladen. Im Internet stellt die Bw das so dar: „Ich hätte nicht gedacht, dass die Leute hier so locker sind“ sagt Laura Schauberer (...). An etwa 20 Computerarbeitsplätzen sitzen Soldaten der Ausbildungskompanie und lernen die verschlüsselten Botschaften der Morsezeichen zu übersetzen. „Das ist am Anfang schwierig, aber man kriegt das schnell hin“, sagt der Gefreite Daniel Wittig tröstend zu Alessandra Rauch. Sie hat gerade die Kopfhörer abgenommen und zugegeben, sie habe ‚nix‘ verstanden. „Aber ich will ja auch zur Marine“, sagt die 13-Jährige selbstbewusst.“[10] Wir lernen: die Bundeswehr bringt unter anderem auch die Emanzipation junger Frauen voran. Dies ist eine Linie, die auch Alice Schwarzer eingeschlagen hat. Die Bundeswehr hatte zum Girls Day alle Schulen der jeweiligen Region angeschrieben, in vielen Fällen bereits im Vorfeld mit Lehrern und Schülerinnen gesprochen und zeigte sich sehr zufrieden mit dem Erfolg. „So können wir wertvolle Kontakte zum Nachwuchs von Morgen knüpfen“, so ein Jugendoffizier.

2. Rolle und Aufgaben der Jugendoffiziere

In den meisten Bundesländern gibt es kultusministerielle Erlasse und Weisungen, welche die Einbindung von Jugendoffizieren in den Schulunterricht befürworten. Die Bundeswehr arbeitet bei ihren Auftritten in Schulen nach eigener Aussage eng mit der Lehrerschaft zusammen. Die Jugendoffiziere berichten: „In fast allen Betreuungsbereichen gestaltete sich dieses Miteinander vertrauensvoll, kooperativ und effektiv. Die Lehrer, mit denen die Jugendoffiziere in Kontakt stehen oder kommen, sind der Bundeswehr fast ausnahmslos positiv und offen gegenüber eingestellt. Dabei sind erfreulich viele jüngere Pädagoginnen und Pädagogen...“[11] Dennoch ist die Bundeswehr mit der Zahl der Einladungen von Jugendoffizieren an Schulen keineswegs zufrieden. Ein Bundeswehr-PR-Experte beklagt, dass die kultusministeriellen Empfehlungen den Lehrern als End-Entscheidern einen so großen Spielraum ließen, dass diese letztendlich selbst festlegen, in welchem Maß die Bundeswehr im Unterricht behandelt und ob Jugendoffiziere hinzugezogen würden. Für die Zukunft wird angestrebt, dies verbindlicher zu regeln.[12]

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung für Pädagogen und Multiplikatoren bieten die Jugendoffiziere spezielle sicherheitspolitische Seminare an. So informieren sie z.B. Referendare bei mehrtägigen Fahrten nach Berlin, Brüssel oder Straßburg über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die Entwicklungen in der NATO sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In vielen Bundesländern werden diese Veranstaltungen von den Kultusministerien als Lehrerfortbildungsseminare anerkannt. So kann der Jugendoffizier in Bad Salzungen (Thüringen) berichten: „Mittlerweile wurde erreicht, dass das Ministerium seine Schulämter ausdrücklich auf die Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren hinweist. Außerdem wurde erreicht, dass die Jugendoffiziere

im Thüringer Institut für Lehrerweiterbildung nun als Dozenten aufgeführt und somit vom Ministerium und den Schülern anerkannte Weiterbildungen für Lehrer anbieten können.“[13] Es werden also bereits Lehramtsanwärter „militärisch“ geschult; Offiziere der Bundeswehr unterrichten in Thüringen die künftigen Klassenlehrer aus den Fächergruppen Gemeinschaftskunde, Geschichte und Ethik.

Alle diese Aufgaben werden von den Jugendoffizieren ausgeführt. Obwohl die Akzeptanz der Bundeswehr nach eigenen Aussagen höher denn je ist, verrichten heute knapp 100 hauptamtliche und weit über 300 nebenamtliche Jugendoffiziere ihren Dienst, der ganz oder teilweise darin besteht, die Jugendlichen von der Außen- und Sicherheitspolitik der BRD zu überzeugen. Allein im Jahr 2005 führten die Jugendoffiziere fast 8.000 Einsätze durch und erreichten knapp 181.000 Menschen. Mit über 160.000 erreichten Schülerinnen und Schülern liegt der Schwerpunkt eindeutig im schulischen Bereich. Im Vergleich zum Jahr 2004 stieg damit die Zahl der Einsätze um über 9,8 % an.[14] Hinzu kommen noch zahlreiche Einsätze auf Großveranstaltungen. 2007 sind ca. 350 dieser Einsätze geplant[15], auf Messen, Volksfesten, an Unis oder Berufsinformationszentren, unter anderem auf der Ostseemesse Rostock, dem NRW-Tag in Paderborn oder dem „Tag der Traumberufe“ in Potsdam. Von Düsseldorf aus steuern 24 hauptamtliche Mitarbeiter alle Einsätze der Bundeswehr auf Großveranstaltungen oder belebten Marktplätzen. Sie koordinieren die Trucks des „Karriere-Treffs“ aber auch die jeweils acht Infomobile und Info-trucks sowie die acht Messestände der vier Zentren für Nachwuchsgewinnung, die rein personalwerblich ausgerichtet sind.[16]

Im „Handbuch der Jugendoffiziere“, herausgegeben von der Akademie für Information und Kommunikation (AIK), wird als Aufgabe beschrieben, dass Jugendoffiziere in „Kernfragen des militärischen Auftrages keine von den Vorgaben des Bundesministeriums für Verteidigung abweichenden Auffassungen“ vertreten dürfen. Das bedeutet also, dass sie dazu verpflichtet werden, immer streng die Position der Regierung und der Armee wiederzugeben und für sie zu werben. In der Arbeit der Jugendoffiziere geht es um Überzeugungsarbeit, nicht wie so oft betont um Dialog und Information. Diese sind eher Mittel zum Zweck.

Wer hauptamtlicher Jugendoffizier werden will, muss vom Notenschnitt im oberen Drittel seines Jahrgangs gewesen sein, über ein abgeschlossenes Universitätsstudium verfügen, eine Empfehlung der AIK vorweisen können, nach dem Studium ausreichend lang in der Truppe gedient haben und mindestens drei Jahre für diese Rolle zur Verfügung stehen. Alle Soldaten, die Jugendoffiziere werden sollen, absolvieren einen Intensivkurs. Dabei geht es um drei große Bereiche:

- Rhetorik – d. h. es werden Verhaltens- und Argumentationsweisen gelehrt
- Politische Bildung/Sicherheitspolitik – d. h. inhaltliche Schulung zu strittigen Bundeswehrthemen
- Informationen über die Jugendlichen – d. h. Einstellungen der Jugendlichen, Verhaltensweisen, Interessen usw.

Das Jugendoffiziers-Motto bei ihren öffentlichen Auftritten lautet: „Radikale Gegner beeindrucken, Unentschlossene gewinnen, Befürworter positiv bestärken.“ Wenn sich ein radikaler Gegner dennoch hartnäckig weigert, beeindruckt zu sein, werden rhetorische Tricks aus dem Arsenal der „Psychologischen Kriegsführung“ angewandt (z.B. der „Kommunis-musverdacht“). Leider ist dies aber derzeit relativ selten überhaupt nötig, die SchülerInnen hätten in der Mehrzahl eine positive oder neutrale Meinung zu den Streitkräften.[17] Das war zum Beispiel in den 1980er Jahren einmal anders: „Die Reaktion auf den Jugendoffizier reichte (abgesehen von den wenigen positiven Ausnahmen) von Abwesenheit

im Unterricht bis zu offener, verfassungsfeindlicher Antihaltung. Dazu einige Lehrzitate, innerhalb von 8 Tagen Schulbesuch gesammelt: ‚Sie sind ja nur hier, um zu agitieren‘, ‚Der Einzelne ist bloßes Objekt des Staates, von Freiheit kann da keine Rede sein‘, ‚Dieser Staat ist nicht verteidigungswürdig‘. [18]

Der Etat der Bundeswehr für Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit steigt stetig. Die Öffentlichkeitsarbeit unter Jugendlichen ist für die Bundeswehr mehr als Nachwuchsgewinnung, es geht auch um erzieherische Wirkung und um Imagepflege der Armee sowie um die Möglichkeit bei Bedarf auch kurzfristig deutlich mehr junge Menschen als Soldaten zu rekrutieren. Die Bundeswehr legt nach Außen großen Wert darauf, dass die Jugendoffiziere selbst nicht direkt in der Personalwerbung aktiv sind. „Sie (die Trennung von „Information“ und Rekrutierung, Anm. H.H.) wird von den Schulbehörden und den Schulen erbeten und erwartet. Vor allem in traditionell der Bundeswehr kritisch gegenüberstehenden Betreuungsbereichen ist es unerlässlich, sich abzusprechen und den entsprechenden Schulen zu garantieren, dass der Vortrag keine Nachwuchswerbung ist.“ [19] Diese Trennung wird in der Praxis allerdings kaum aufrecht erhalten. Die Jugendoffiziere sollen den Rekrutierern den Weg bereiten. Auch die Jugendoffiziere geben zu: „Prinzipiell ist die Zusammenarbeit mit der Wehrdienstberatung ... ausgezeichnet. So werden gemeinsame Auftritte vor Schulklassen genauso geplant und durchgeführt wie Besuchsfragen weitergeleitet werden, ... oder es werden Schulanschriften von beiden zusammen ausgestaltet und versandt.“ [20]

Neben ihrer einseitigen Informationsarbeit und der Werbung für den Soldatenberuf betätigen sich Jugendoffiziere auch als Marktforscher für die Bundeswehr. Ihre Ergebnisse und Daten werden im jährlichen Jugendoffiziersbericht zusammengefasst. Ein Ziel dieses Berichts ist die weitere Verbesserung des Werbekonzepts für die Bundeswehr durch noch bessere Anpassung an die Zielgruppe.

3. Wo die Daten hingehen... und wozu sie verwendet werden

AIK

Die Zentrale der Datensammlung und -verarbeitung der Bundeswehr befindet sich in Strausberg bei Berlin. Dort hat jetzt unter anderen die „Akademie für Information- und Kommunikation der Bundeswehr“ (AIK) ihren Sitz, die zuvor in Waldbröl bei Bonn stationiert war. Die AIK ist die Nachfolgeeinrichtung der „Akademie für Psychologische Verteidigung“ (PSV), die nach der Wiederbewaffnung Westdeutschlands mit tatkräftiger konzeptioneller und praktischer Unterstützung vormaliger NS-Propagandisten aufgebaut wurde. [21]

Die AIK hat seit 1990 ein Aufgabenfeld mit drei Kernfunktionen:

- Feststellen und Analysieren der Einstellung der Bürger zur Bundeswehr und darauf basierende Empfehlungen für die Informationsarbeit abzugeben.
- „Begegnungsstätte sicherheitspolitisch aktiver und interessierter“ Multiplikatoren.
- Aus-, Fort- und Weiterbildung des militärischen und zivilen Fachpersonals in Form von Lehrgängen (in erster Linie Presse- und Jugendoffiziere). [22]

Neben der Ausbildung von Fachpersonal der Presse- und Informationsarbeit wird in der AIK also im Rahmen von Seminaren ein sicherheitspolitischer Dialog mit „interessierten Bürgern“ geführt. Gemeint sind so genannte Multiplikatoren. Angesprochen werden neben „führende(n) Vertreter(n)“ von „publizistischen Organen mit überregionaler Bedeutung“ auch „leitende Angehörige der Industrie und Wirtschaft“, „führende Vertreter der Arbeitnehmerverbände“, Juristen und Pädagogen des höheren Staatsdien-

stes, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages, der Landtage und des Europäischen Parlaments, nach eigenen Aussagen mit wachsendem Erfolg. [23]

Ziel dieser Propaganda-Apparate der Bundeswehr ist aktuell beispielsweise die Vorbereitung der Öffentlichkeit auf den Tod deutscher Soldaten „in größerer Zahl“. Die „Gesellschaft in Deutschland“, so der AIK-Kommandeur Oberst Rainer Senger, müsse darauf „vorbereitet“ werden, dass Bundeswehrangehörige „in größerer Zahl sterben“ und „andere Menschen töten“. [24] Diese Stand-by-Propaganda soll unter den Medienvertretern Gewöhnung und Gleichgültigkeit hervorrufen.

Wie es auf einer Fachtagung hieß, basiert die „neue Informations- und Kommunikationsstrategie“ auf den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr. Darin wird bekanntlich behauptet, dass sich „Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen“ lasse und die Aufgabe des deutschen Militärs in der „Gestaltung des internationalen Umfelds in Übereinstimmung mit deutschen Interessen“ bestehe. Der „Bürger“ müsse verstehen, dass die Bundeswehr in Zukunft vermehrt „friedensersetzende, also intensive Maßnahmen“ im Ausland durchführen werde und „kein Technisches Hilfswerk in Fleckturn“ sei. [25]

Eine Aufgabe der AIK ist auch die „Corporate Identity“ der Bundeswehr, also die Vermittlung eines positiven Bildes der Streitkräfte in den Medien. Die erste koordinierte Werbekampagne lief Ende der 1980er mit dem Slogan „Eine starke Truppe“ an. Die Kampagne sollte vor allem der Nachwuchswerbung dienen. „Im Rahmen dieser ersten systematischen Werbekampagne der Streitkräfte warben sie 1987 erstmals im Medium Fernsehen um Nachwuchs. Stark emotionalisierende Werbesequenzen, die mit der Anlehnung an die Schlusszene des damaligen Filmhits ‚Top Gun‘ (amerikanischer Fliegerfilm) oder der Darstellung von Lagerfeuerromantik das ‚besondere Abenteuer in der Bundeswehr‘ im Sinne einer ‚Starken Truppe‘ vermitteln sollte.“ [26] Unter dem Namen „Dachkonzept Informationsarbeit 2000“ wurde zwischen 1992 und 2000 mit großem finanziellen Aufwand versucht, die gesellschaftliche Akzeptanz der „neuen“ Bundeswehr in der Bevölkerung zu verbessern und zum anderen, die Institution als attraktiven und modernen Arbeitgeber darzustellen. Seitdem startet die Bundeswehr jährliche Werbekampagnen, z.B. die Kampagne „Wir sind da“.

OpInfo

Die Bundeswehr nimmt auf dargestellte Weise gezielt Einfluss auf Massenmedien wie das Fernsehen. Aus der ehemaligen PSV ist auch die „Truppe für Operative Information“ (OpInfo) hervorgegangen. Bezeichnenderweise trägt sie im NATO-Sprachgebrauch weiterhin die Bezeichnung „Psychological Operations“ (PSYOPS). Aus diesem Hause stammt auch der neue Sender „Bundeswehr Television“ (BwTv), der verschlüsselt per Satellit ausgestrahlt wird, da den Streitkräften eine direkte mediale Einflussnahme auf die eigene Bevölkerung verboten ist. [27] BwTv wurde 2002 mit Hilfe der PR-Agentur Atkon AG aufgebaut. Wie die Recherchen von Steven Hutchings zum Dokumentarfilm „Die gelenkte Demokratie“ ergaben, wurde eine 100-prozentige Tochterfirma der Atkon AG, die Atkon TV Service GmbH, damit beauftragt, sendefertige Fernsehbeiträge an private und öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten abzugeben. [28]

In Zusammenarbeit mit der OpInfo entstand auch die TV-Serie „Sonja wird eingezogen“, die 2006 auf RTL ausgestrahlt wurde. Die Moderatorin Sonja Zietlow segelte darin auf der Gorch Fock, sprang Fallschirm und robbte mit Scharfschützen und KSK-Soldaten durch den Schmutz. Der 50. Geburtstag der Bundeswehr war der willkommene Anlass, Schaffen und Wirken der Truppe einer

breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und nebenbei um den dringenden benötigten Nachwuchs zu werben. Natürlich spielten Tote und Verletzte so gut wie keine Rolle. Und Krieg ist schlimm, das wissen die Soldaten natürlich - und wurden nicht müde, es vor der Kamera zu wiederholen. Frieden dagegen ist gut. Den zu sichern sei für die Soldaten überhaupt das Wichtigste und darüber hinaus biete die Bundeswehr tolle Jobs und tolle Herausforderungen. Diese Botschaften sollten offenbar zeigen, wie aufgeklärt die Truppe ist. RTL hält sich zur Frage, wer „Sonja wird eingezogen“ finanziert, bedeckt. Weder das Produktionsbudget noch die Aufteilung unter den Kooperationspartnern werden genannt. Fest steht nur, dass die Bundeswehr das Gerät stellte.

In den USA ist die verzerrte Darstellung des Militärs in Filmen und im Fernsehen bereits Standard. Braucht ein Action-Filmer ein paar Panzer, Kampffjets oder vielleicht einen ganzen Flugzeugträger, muss er beim Militär vorstellig werden. Dort prüft man das Drehbuch und wenn es gefällt, dann wird das Kriegswerkzeug bereitgestellt. Wenn nicht, dann nicht. Hier steht uns in Deutschland wohl noch einiges bevor.

SoWi

Fast alle Forschungseinrichtungen, die für die mediale Propagandaaarbeit des deutschen Militärs relevant sind, wurden mittlerweile in Strausberg konzentriert. Neben der AIK befindet sich hier das „Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr“ (SoWi), das der AIK mittels Meinungsumfragen die Ansatzpunkte für die gezielte Einflussarbeit an Bevölkerung und Truppe liefert.

Eines der Dauer-Forschungsprojekte heißt „Lagebild Jugend heute“. Dazu heißt es auf der SoWi-Homepage deutlich: „In einem ‚Lagebild‘ werden die vorherrschenden Einstellungen, Orientierungen und sonstigen Verhaltensgrundlagen der heranwachsenden Generation aus der Vielzahl vorhandener Informationsquellen zusammengeführt und für Bedarfsträger der Bundeswehr nutzbar gemacht. Als Anwenderbereiche sind die Aufgabenfelder Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung ins Auge gefasst. Der angestrebte Nutzen zielt auf die Verfügbarkeit entscheidungsrelevanter Informationen, mit denen Bedarfsträger zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr für die Jugend beitragen können.“[29] Besonderen Wert legen die Wissenschaftler des SoWi auf die Frage, wie Jugendliche am effektivsten zu einer Verpflichtung bei der Bundeswehr gebracht werden können. Die zentralen Forschungsfragen lauten hier: „Wie groß ist das Interesse Jugendlicher an einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr? Was spricht aus Sicht der Jugendlichen für eine Tätigkeit bei der Bundeswehr und was spricht dagegen? Welche Gelegenheiten zur Information über die Bundeswehr werden genutzt? Ziel ist, die Nachwuchswerbung und -gewinnung mit aktuellen Informationen versorgen zu können.“[30]

4. Spezielle Lockangebote für arbeitslose Jugendliche

Die Ergebnisse oben genannter Studien sind wiederum Grundlage für die Erstellung von Werbematerialien und das Auftreten der Jugendoffiziere und „Wehrdienstberater“ zur Nachwuchs-gewinnung. Anfang der 1990er steckte die Bundeswehr gewissermaßen in der Krise, was die Nachwuchswerbung betrifft. Die Umstrukturierung der Streitkräfte auf eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee[31] und nicht zuletzt die verringerte Präsenz der Bundeswehr in der Fläche durch Aufgabe von Standorten führten zu einem für die Armee Besorgnis erregenden Rückgang der Zahl der Freiwilligen.[32] Dies zwang die Nachwuchsgewinnungsorganisation mit der dazugehörigen Wehrdienst-beratung ab 1994 zu neuen Wegen und Verfahren. Die Zeitschrift „Informationen für die Truppe“ zeigt sich begeistert: „Sie leiteten einen Wandel

von der eher passiven Annahme- zu einer Dienstleistungsorganisation ein, die sich aktiv um den Bewerber bemüht und von sich aus der Truppe verstärkt ihre Unterstützung anbietet. Dabei ist es der Wehrdienstberatung auch gelungen, ein neues, zukunftsweisendes Profil zu entwickeln.“[33] Seitdem setzt die Bundeswehr bei der Ansprache von Jugendlichen vor allen anderen Aspekten auf die „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ beim Bund. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt der Agitation vor allem auf jugendlichen Arbeitslosen. Angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von ca. 15% und mehreren Hunderttausenden Jugendlichen ohne einen Ausbildungsplatz ist dies nicht überraschend.

Nach Angaben der Bundeswehr wächst wegen der weit verbreiteten Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen ihre Bedeutung als staatlicher Ausbilder. „Immer stärker rückt die Frage zum ‚Arbeitgeber Bundeswehr‘ in den Vordergrund; dies gilt vor allem für den Bereich der Haupt- und Realschulen.“[34] Allerdings geschieht dies bei den Jugendlichen keineswegs aus reiner Begeisterung für den Soldatenberuf, sondern vielmehr aus Alternativlosigkeit. Die zur Verfügung stehenden Ergebnisse des SoWi zeigen, so Jonna Schürkes in einer IMI-Analyse, dass ein großer Teil der Jugendlichen, die sich bei der Bundeswehr verpflichten, dies vor allem aus ökonomischen Gründen tut. Im Jahr 2003 konnten sich ca. 30% der männlichen Jugendlichen eine Verpflichtung bei der Bundeswehr vorstellen, wobei über die Hälfte davon dies nur „unter Umständen“ tun würde. Dies erklärt sich daraus, dass 30% angeben, sie würden sich verpflichten, da sie keine Möglichkeit sehen, einen anderen Ausbildungsplatz zu bekommen. Über 70% der Jugendlichen, die Interesse am Soldatenberuf haben, geben an, sie würden vor allem aufgrund der Arbeitsplatzsicherheit zur Bundeswehr gehen, fast 60% nennen die guten Einkommens-möglichkeiten als Grund.[35] Die Jugend-offiziere stellen deshalb mit großem Bedauern fest, dass bei der Entscheidung für die Bundeswehr weniger das „Berufsbild Soldat“ im Vordergrund stehe, sondern nur die Ausbildungs- und Berufschancen gesehen werden. Jugendoffiziere aus Dresden: „[Die] Bundeswehr als Arbeitgeber spielt in Sachsen, wo ca. 20 % Arbeitslosigkeit herrscht, natürlich eine Rolle. Viele verfolgen dabei aber das Motto ‚weg von der Straße‘ oder ‚Hauptsache Arbeit‘, ohne jedoch ernsthaft darüber nachzudenken, was es heißt, Soldat zu sein.“[36]

Der Stern meldete im Juni 2005 unter dem Titel „Bundeswehr verzeichnet Zulauf wegen Arbeitslosigkeit“, dass die Zahl der Bewerber kontinuierlich ansteigt.[37] Wie die Berliner Zeitung im Januar 2006 meldete, werde die Bundeswehr zu einer „Armee der Arbeitslosen“.[38] Mehr als jeder Dritte einberufene Wehrpflichtige sei zuvor arbeitslos gemeldet gewesen. Ein Bw-Jugendoffizier hat mir gegenüber wörtlich gesagt: „Die rennen uns die Bude ein und wir können auswählen“.

Die Bewerber 2002 (jüngere Daten liegen nicht vor) kommen hauptsächlich von den Haupt- (ca. 40%) und von den Realschulen (ca. 50%), also von Schulen, deren Abgänger bei der Ausbildungsplatzvergabe besonders stark benachteiligt sind. Auch eine regionale Besonderheit ist festzustellen: Es verpflichten sich vor allem Jugendliche aus Ostdeutschland und zwar vor allem aus Gegenden mit extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit.[39]

Die Bundeswehr profitiert also nachweislich direkt von der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausbildungsplatzmangel. Sie wirbt dabei mit Slogans wie „Du suchst Zukunft? Wir bieten sie“ oder „Die Bundeswehr – jung dynamisch und effektiv – eines der größten Ausbildungsunternehmen Deutschlands“ oder „Berufsgarantie bei der Bundeswehr – Nutzen sie ihre Chance“.

Zwischen 3000 und 4000 Jugendliche pro Jahr werden bei der Bundeswehr in ca. 60 Berufen ausgebildet – das reicht vom Koch bis zum Fluggerätemechaniker, die Tendenz ist zurzeit steigend.

Nimmt man andere Angebote der beruflichen Bildung wie Studium an den Bw-Unis oder Fortbildungen hinzu, kommt man auf eine Zahl von über 10.000 Jugendlichen jährlich. Auf die Angebote zum Studium werde ich an dieser Stelle nicht eingehen können. Nur soviel: Die Bw-Hochschulen in München und Hamburg sind von den allgemeinen Studiengebühren ausgenommen.

Die Bundeswehr brüstet sich damit, dass grundsätzlich jede Soldatin und jeder Soldat die Gelegenheit bekommt, sich während der Zeit bei der Bundeswehr beruflich zu qualifizieren. Die Ausbildung findet vor dem offiziellen Eintritt in die Bundeswehr statt und gestaltet sich als duales System, d. h. Ausbildung im „Betrieb Bundeswehr“ und Unterricht an der Berufsschule. Die Bundeswehr besitzt 34 Ausbildungs-werkstätten sowie rund 350 Ausbildungsstätten der Streitkräfte und der Bundeswehr-verwaltung. Die Ausbildung dauert zwischen 24 und 42 Monaten. Die Ausbildung endet mit einer Abschlussprüfung vor der zuständigen Kammer. Das Ausbildungsentgelt basiert auf dem Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes, das monatliche Ausbildungsentgelt beträgt derzeit für Auszubildende im Westen im ersten Ausbildungsjahr 617,34 Euro, im dritten Ausbildungsjahr 710,93 Euro und für Auszubildende im Osten, im ersten Ausbildungsjahr 571,04 Euro, im dritten Ausbildungsjahr 657,61 Euro.

Das alles klingt erstmal ziemlich attraktiv, vor allem für Jugendliche, denen quasi jede andere berufliche Perspektive verbaut wird. Natürlich ist die Bw weder im Ausland noch im Inland eine Wohltätigkeitsorganisation und so verwundert es nicht, dass die Bundeswehr im Gegenzug einiges von den Rekruten verlangt. Und da gibt es einige Pferdefüße in diesem so attraktiv klingenden Angebot.

Zunächst: Ausbildung gibt es natürlich nur als Soldat oder Soldatin, also nicht ohne Teilnahme an der kämpfenden Truppe. Jugendliche, die eine Ausbildung beim Bund beginnen, müssen sich für mindestens 8 Jahre als Soldat verpflichten, für einige Ausbildungsgänge sogar für 12 Jahre.

Entscheidend ist aber, dass sich alle Auszubildenden verpflichten, für mindestens ein Jahr in einen Auslandseinsatz zu gehen. Derzeit kommt fast keiner der Auszubildenden beim Bund um den Auslandseinsatz herum. Die Wahrscheinlichkeit, im Ausland stationiert zu werden, ist extrem hoch und steigt weiter an. Dann bleibt als Rekrut nur zu hoffen, dass man in einen vergleichsweise „sicheren“ Auslandseinsatz kommt und nicht z.B. nach Afghanistan. Wie bereits erwähnt, geht auch die Bundeswehr selbst davon aus, dass die Zahl der im Auslandseinsatz getöteten deutschen Soldaten in den kommenden Jahren drastisch steigen wird. Aber die Bilanz ist auch jetzt schon erschreckend: Bis heute sind offiziell 65 Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen, zahlreiche wurden dabei verletzt und die Bundeswehr klagt über immer mehr durch Auslandseinsätze traumatisierte Soldaten. Insgesamt wurden seit 1996 rund 1600 SoldatInnen nach Auslandseinsätzen wegen psychischen Störungen behandelt,[40] wesentlich mehr leiden an solchen Beschwerden, die bis hin zu Panik, völliger Hilflosigkeit und Selbsttötungen reichen.

Aber für die Zeitsoldaten im Auslandseinsatz gilt auch in den gefährlichsten Einsatzgebieten: mitgegangen – mitgefangen. Die Disziplin wird auch mit immensem ökonomischem Druck aufrechterhalten: Steigt jemand frühzeitig aus, verliert er die Abfindung, die den Übergang ins Zivilleben nach der Bundeswehr gewährleisten soll, ebenso den Anspruch auf Berufsförderung zur Wiedereingliederung. Sogar die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden erst rückwirkend eingezahlt. Im Übrigen ist die Ausbildung bei der Bundeswehr oft genug im zivilen Leben nicht oder nur bedingt nutzbar.

All diese Nachteile sind aber den Jugendlichen entweder nicht vollständig bekannt oder aber sie nehmen sie notgedrungen aus

Mangel an beruflichen Alternativen hin.

Die Rekrutierungen nimmt die Bundeswehr im Übrigen nicht allein vor, sondern in enger Kooperation und mit erheblicher Unterstützung der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Auch die Agentur für Arbeit wirbt intensiv für die Bundeswehr: mit denselben Argumenten wie die Bundeswehr: angebliche Arbeitsplatzsicherheit, hohes Einkommen etc. Die Zusammenarbeit ist bundesweit durch eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), den Zentren für Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, Wirtschaftsunternehmen und den Arbeitsagenturen geregelt. Ziel ist eine gemeinsame, wechselseitige Nachwuchsgewinnung und -sicherung zwischen Bundeswehr und freier Wirtschaft und die Förderung des Personalkreislaufes Wirtschaft-Bundeswehr-Wirtschaft.[41]

Immer wieder gibt es Veranstaltungen zur Anwerbung von - vor allem jugendlichen - Arbeitslosen, bzw. Schulabgängern, die gemeinsam vom Arbeitsamt und der Bundeswehr organisiert werden. Auf den Protest Bremer Arbeitsloser gegen die Anwerbung von Erwerbslosen für Auslandseinsätze im September 2001 reagierte der Vize-Chef des Arbeitsamtes mit Unverständnis. Die Bundeswehr sei eine ganz normale Firma, mit der man zusammenarbeite. Sowohl die Arbeitsagentur als auch die Bundeswehr freuen sich über die „hervorragende Zusammenarbeit“.[42]

Neben der direkten „Anwerbung“ bieten die Agenturen Raum für Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr z.B. in Berufsinformationszentren. In einigen Städten ist dies bereits fest institutionalisiert: In Essen ist eine Außenstelle des Zentrums für Nachwuchsgewinnung der BW direkt in die Räumlichkeiten der Arbeitsagentur gezogen. Anstelle der flächendeckenden Präsenz an Bundeswehrstandorten wurden insgesamt 205 solcher Außenberatungsbüros eingerichtet.[43] Diese werden der Bundeswehr in der Regel kostenlos von Kommunen und Gemeinden zur Verfügung gestellt.[44]

Mittlerweile gibt es eine Reihe von Modellversuchen, mit dem Ziel, die Rekrutierung für die Bundeswehr durch die Arbeitsagenturen noch weiter zu verbessern. Das „Berliner Modell“ ist, wie das kurz zuvor entstandene „Schaumburger Modell“, Teil der erwähnten Rahmenvereinbarung. Die Agenturen werben Firmen an, die leicht über ihren Bedarf hinaus ausbilden, die Bundeswehr beteiligt sich mit 250 Euro monatlich an den Kosten und bekommt dafür die ausgebildeten Fachkräfte als Zeitsoldaten. Das bedeutet nichts anderes als „Outsourcing“ eines Teils der Ausbildung bei der Bundeswehr und dass sich die Bundeswehr im zivilen Leben hochwertig ausgebildeten Nachwuchs rekrutiert. Auf der Homepage der Bundeswehr (www.bundeswehr.de) wird für diese Kooperation intensiv geworben: „So ein guter Start ins berufliche Leben ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit. Entsprechend gelöst ist die Stimmung unter den Jugendlichen an diesem Tag. (...) Christoph Sieber (...) wusste schon genau, was er wollte: Systemkaufmann werden und danach auf jeden Fall zur Bundeswehr. Doch ein Ausbildungsplatz war nicht leicht zu finden - bis er durch einen Aushang in der Schule vom ‚Berliner Modell‘ erfuhr. ‚Das war einfach die ideale Kombination für mich. Wie ein Sechser im Lotto‘, sagt er freudestrahlend. ‚Mit Zusatzzahl‘ fügt seine Mutter noch hinzu.“[45]

Auch die größten privaten Jobvermittler im Internet kooperieren vielfältig mit der Bundeswehr. So sind z.B. bei www.lehrstellenfuchs.de die Angebote der Bundeswehr auf der Startseite prominent zu finden.

5. Ausblick: Zwangsverpflichtungen durch die Bundeswehr?

Die Sorge der Armee, angesichts einer steigenden Zahl eigener Opfer in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in den kommenden Jahren nicht mehr genug Auswahl an „Freiwilligen“ zu haben,

nimmt dennoch zu. Deshalb erscheint es als logische Konsequenz, dass in nicht allzu ferner Zeit auch Zwangsrekrutierungen für die Armee Realität werden könnten. Der Druck, eine Ausbildungs-/Arbeitsstelle zu finden, wurde mit „Hartz IV“ zum Zwang. Heute werden bereits vor allem jugendliche Hartz IV-Empfänger dazu verpflichtet, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen und so ist es an einigen „Arbeitsgemeinschaften“ (Arge), bereits üblich, arbeitslose Jugendliche im Rahmen so genannter Maßnahmen zur Teilnahme an Bundeswehr-Rekrutierungs-Veranstaltungen zu verpflichten. Warum sollte es in dieser Logik nicht auch bald zumutbar sein, Soldat zu werden und „Deutschland am Hindukusch“ oder sonst wo zu „verteidigen“? In den Think-Tanks der Generalität wird das seit Längerem gefordert[46] und die Idee hat längst auch die politische Ebene erreicht.

Die Verpflichtung von Arbeitslosen für die Bundeswehr wurde bereits Mitte 2005 vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) ins Spiel gebracht. Um Kosten zu sparen und neue Jobs für einen Teil der Arbeitslosen der Region zu schaffen, sollten Arbeitslose im Rahmen des Trainings der Bundeswehr für Auslandseinsätze als Komparsen eingesetzt werden.[47] Nach der gewaltigen medialen Aufregung um vermeintlich geplante Terroranschläge in Köln und Koblenz im Sommer 2006 machte ein anderer Sozialdemokrat, der Bundesminister für Verkehr Wolfgang Tiefensee, den Vorschlag, Arbeitslose in U-Bahnen und Zügen zur Terrorabwehr einzusetzen. Auch er stieß zwar zunächst noch auf Ablehnung, aber Verteidigungsminister Franz-Josef Jung sah seine Chance gekommen, vorzuschlagen, Hartz IV-Empfänger per Marschbefehl einzuziehen, in Uniformen zu stecken und im Rahmen der Bundeswehr einzusetzen.[48] Auch hier scheint nach dem Prinzip „Steter Tropfen höhlt den Stein“ gearbeitet zu werden. Fakt ist zumindest, dass die militaristischen Vordenker in Bundeswehr und Politik seit Längerem eine allgemeine Dienstpflicht durchsetzen wollen - das würde bedeuten, dass alle jungen Frauen und Männer einen Dienst ableisten müssten - bei der Bundeswehr oder in sozialen Pflichtdiensten.[49]

Die Bundeswehr setzt also für die Zukunft auch darauf, durch sozialen, ökonomischen oder staatlichen Zwang Jugendliche in die Armee zu bringen. Antrieb ist hierbei wohl auch die Hoffnung, dass Soldaten, die sich aufgrund fehlender Alternativen oder direktem Zwang verpflichten, gefügiger sein könnten als jene, die freiwillig und nicht mit dem Gefühl der Alternativlosigkeit den Beruf des Soldaten wählen.

Wie Jonna Schürkes überzeugend analysiert, könnte der Trend zu einer „Armee der Arbeitslosen“ für die Bundeswehr auch zum Problem werden: „Obwohl die Bundeswehr von einem gewissen sozialen Druck abhängig ist, um genug Soldaten rekrutieren zu können, die auch ‚bereit‘ sind, an Auslandseinsätzen teilzunehmen, fürchtet sie sich andererseits davor, nur noch Jugendliche aus sozial- und bildungsschwachen Schichten rekrutieren zu können. In diesem Zusammenhang ist auch das Festhalten an der Wehrpflicht zu sehen.“[50] Es wird befürchtet, dass eine „Armee der Arbeitslosen“ sich als zunehmend unattraktiv für hoch qualifizierten (Offiziers-)Nachwuchs erweisen könnte. Die Beibehaltung der Wehrpflicht könnte der Bundeswehr zum einen helfen, das Image der Streitkräfte in der Öffentlichkeit positiv zu halten, zum anderen weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchsrekrutierung leisten. Derzeit werden 40% aller Zeit- oder Berufssoldaten während des Wehrdienstes angeworben.

6. Plädoyer für eine stärker antimilitaristische Friedensbewegung

Karl Liebknecht schrieb einmal: „Der Militarismus sucht den militärischen Geist in allen Kreisen der Bevölkerung, insbeson-

dere der Jugend zu erzeugen und zu fördern.“[51] Wie brandaktuell doch die „Klassiker“ sind. Die militaristische Propaganda legt sich – unterstützt durch staatliche und privatwirtschaftliche Stellen – wie Mehltau über die Gesellschaft.

Die Bundeswehr knüpft mit ihrer Werbung um Jugendliche geschickt an den miesen Perspektiven der Jugendlichen an. Junge Leute, die schon lange vergeblich einen Ausbildungsplatz in ihrem Wunschberuf oder überhaupt einen Ausbildungsplatz suchen, erreichen wir nicht allein durch „moralische“ Argumente, indem wir erzählen, welcher Art die Institution ist, der sie sich anschließen wollen. Deshalb müssen zusätzlich die Informationen über die konkreten „Missstände“ in der Ausbildung bei der Armee agitatorisch genutzt werden. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Tatsache, dass der „Job Soldat“ keineswegs so sicher ist, wie die Bundeswehr-PR behauptet, wenn man in Afghanistan seine Gesundheit oder gar sein Leben verliert. Vor allem brauchen wir z.B. einen Ausbildungsplatzumlage, die Betriebe, die nicht ausbilden, zur Kasse bittet, um allen Jugendlichen eine qualifizierte betriebliche Ausbildung zu schaffen, ohne auf eine Verpflichtung beim Bund angewiesen zu sein. Dies ist gleichzeitig eine wichtige Möglichkeit, der Armee das Wasser abzugraben, weil Jugendliche nicht mehr auf eine direkte oder indirekte Karriere beim Bund angewiesen wären. Kurz gesagt: Es geht um die Verknüpfung sozialer, gewerkschaftlicher und antimilitaristischer Kämpfe.

Das allein wird aber sicher nicht reichen: Es ist notwendig, dass sich die Friedensbewegung stärker als bisher mit der Bundeswehr und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit beschäftigt. Es ist der Militarismus, der die Milliarden verschlingt, die neue Waffensysteme kosten und die z.B. für Bildung und Ausbildung fehlen. Es ist der Militarismus, der versucht, die öffentliche Meinung und den Wunsch der Menschen nach Frieden zu manipulieren und nicht zuletzt ist es der Militarismus, der die Gesundheit und das Leben Tausender junger Menschen in Gefahr bringt, indem es sie zum Kanonenfutter für die Interessen derselben Großkonzerne macht, die zugleich die größten Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzvernichter in diesem Land sind.

Die Menschen informieren, den reibungslosen Ablauf der Indoktrination durch die Bundeswehr stören, Jugendoffizieren kein Forum in Schulen bieten, kreative Aktionen vor Jobcentern, in denen die Bundeswehr Frischfleisch sucht... Friedensbewegung und Gewerkschaften müssen der militaristischen Propaganda der Bundeswehr in Schulen, Arbeitsämtern und der Öffentlichkeit entschlossener als bisher entgegentreten.

Anmerkungen

- [1] http://www.jugend-und-bildung.de/webcom/show_article.php/_c-16/_lkm-113/i.html
- [2] http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_Atommachte.pdf
- [3] http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_BW_Ausland.pdf
- [4] http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_Kongo.pdf
- [5] http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_Weissbuch.pdf
- [6] http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/134/FS_Schuelerheft.pdf
- [7] Ebd.
- [8] Ebd.
- [9] <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/>
- [10] Ebd.
- [11] BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 8. Der Bericht ist als PDF-Datei im Internet zu finden unter: http://www.bmvg.de/portal/PA_1_0_LT/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26R-

KJJB812INFODE/BMVg+--+Jahresbericht+Jugendoffiziere+2005.pdf?yw_repository=youatweb

[12] Cassens, Manfred; Die Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive. Informationsinhalte und deren didaktische Einbettung; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 80.

[13] BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 7f.

[14] Ebd.; S. 4.

[15] Aktuelle Auflistung im Internet unter: www.bundeswehr-karriere.de

[16] Y-Magazin der Bundeswehr; November 2006; S. 108.

[17] BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 7.

[18] Zitiert in der Doktorarbeit eines ehemaligen Jugendoffiziers: Cassens; Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 87.

[19] BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 9.

[20] Ebd.; S. 10.

[21] Zur Geschichte der AIK siehe: Hutchings, Steven; Gesteuerte Demokratie; Diplomarbeit an der Hochschule für Gestaltung, Offenbach am Main, 2006.

[22] Cassens; Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 98.

[23] Informationsveranstaltungen des Heeres für zivile Führungskräfte 2006; www.zifkras.de.

[24] Interview mit Oberst Rainer Senger, Kommandeur der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation; www.bmv.g.de, 8.9.2005.

[25] Ebd.; Auszüge aus Interview und Kommentierung zuerst bei www.german-foreign-policy.com vom 18.9.05.

[26] Cassens; Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 91.

[27] Das Bundesverfassungsgericht entschied zwar 1977 grundsätzlich, dass auch Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Institutionen legal ist, die Ausstrahlung eines frei empfangbaren TV-Kanals ist davon aber nicht gedeckt. Vgl. Cassens; Informationsarbeit.

[28] http://v2v.cc/v2v/Gesteuerte_Demokratie%3F

[29] <http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw>

[30] Ebd.

[31] Zu den Entwicklungen seit 1990 siehe z.B.: Henken, Lühr; Von den Streitkräften zur Landesverteidigung zur „Armee im Einsatz“: Die Bundeswehr verlässt den Boden des Grundgesetzes; IMI-Analyse 2003/022.

[32] Die Zahl der Freiwilligen war vor 1990 auch relativ gesehen höher, weil es zum einen als unwahrscheinlich galt, dass man als Rekrut tatsächlich einen Krieg erleben würde, zum anderen weil die Bundeswehrstandorte flächendeckend über die BRD verteilt waren und die Bundeswehr deshalb als „Berufsalternative“ bei Jugendlichen stärker präsent gehalten wurde.

[33] Ehlert, W. / Schmuhl, R.: Symphatisch und kompetent. In: Informationen für die Truppe (IfdT) 11 / 1998; S. 5.

[34] BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 13f.

[35] Schürkes, Jonna; Armee der Arbeitslosen. Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr; In: AUSDRUCK – das IMI-Magazin; Oktober 2006.

[36] BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 14.

[37] Bundeswehr verzeichnet Zulauf wegen Arbeitslosigkeit, <http://shortnews.stern.de> vom 10.6.05.

[38] Bundeswehr wird zum Heer der Arbeitslosen, Berliner Zeitung 03.01.06.

[39] Schürkes; Armee.

[40] Psychische Probleme bei Soldaten nehmen zu; Frankfurter Rundschau 17.10.2006.

[41] Rahmenvereinbarung des BMVg mit Unternehmen der Wirtschaft über die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich beruflicher Qualifizierung und Beschäftigung vom 8. Juli 1999; http://bundeswehr-wirtschaft.de/bzbwwi/rav_bmv.g.php

[42] Schürkes; Armee.

[43] Cassens; Informationsarbeit; S. 109.

[44] <http://www.streitkraeftebasis.de/portal/a/streitkraeftebasis>

[45] www.bundeswehr.de

[46] Vgl. dazu: Sander, Ulrich; Endlich das Grundgesetz einhalten! Von der Reform der Bundeswehr zur Transformation des Staates; Referat auf dem 12. Friedenspolitischen Ratschlag, Kassel 3./4. Dezember 2005; <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/rat/2005/sander.html>

[47] Struck; Arbeitslose sollen bei großen Truppenübungen Bundeswehr unterstützen; <http://shortnews.stern.de> vom 8.6.05.

[48] Neuer Plan der Bundesregierung: Hartz-IV-Empfänger nach Afghanistan; Taz 29.8.06.

[49] Jung löst Debatte über Dienstpflicht aus; Frankfurter Rundschau 20.10.2005.

[50] Schürkes; Armee.

[51] Liebknecht, Karl; Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung; Dietz Verlag; Berlin 1957.

<http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2007-05-PRStrategien.pdf>

Initiative Bundeswehr Wegtreten:

Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen

IMI-Analyse 2007/014 - in: AUSDRUCK (April 2007)

U25 und Arbeitslos

Unter 25-Jährige Arbeitslose werden durch eine im Sommer letzten Jahres in Kraft getretene „Nachbesserung“ des Hartz IV Gesetzes massiv benachteiligt. Liegen keine schwerwiegenden Gründe für einen Auszug vor, sind sie verpflichtet, bei den Eltern wohnen zu bleiben. Sie werden mit ihren Eltern zusammen als Bedarfsgemeinschaft definiert und erhalten (wenn überhaupt) nur noch ein abgesenktes Arbeitslosengeld II von 276 (statt 345) Euro. Mit dieser Stallpflicht für junge Erwachsene besteht eine mehr als nur ökonomische Abhängigkeit vom Elternhaus. In einer zweiten Stufe des so genannten Fortentwicklungsgesetzes sind seit Anfang 2007 sogar noch weitere Beschneidungen rechtskräftig geworden. Arbeitslose U25 erhalten schon bei der ersten „Pflichtverletzung“, also z.B. dem Ausschlagen eines Ein-Euro-Jobs, einer anderen (Zwangs-)Maßnahme oder auch nur bei unzureichender Kooperation innerhalb des Profiling, für 3 Monate keinerlei Geldleistung mehr. Sachleistungen können noch gewährt werden. Die U25 unter den Hartz IV-EmpfängerInnen sind damit der schärfsten Sanktionierung zur Durchsetzung des Workfare-Prinzips ausgesetzt: „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“[1] Vielerorts starteten ARGEN und Optionskommunen daraufhin eine „Vermittlungsoffensive“ für U25 mit der Zielsetzung, insbesondere junge Arbeitslose mit unattraktiven „Jobangeboten“ aus dem Leistungsbezug herauszudrängen. Wir beschreiben die aktuelle Regelung derart detailliert, um das Ausmaß der Entrechtung dieser jungen Erwachsenen und deren Schikanie nachvollziehen zu können. Immerhin ist dies die zentrale Zielgruppe der offensiven Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr.

Rekrutierung am Arbeitsamt

Die Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt und der zunehmende Druck für Erwerbslose, seit der mehrfach verschärften Hartz IV Gesetzgebung jeden noch so miesen Job und jede noch so unsinnige Maßnahme annehmen zu müssen, wird von der Bundeswehr dazu genutzt, um immer offensiver für den „Job“ der SoldatIn zu werben. Und deren ökonomische Argumente scheinen vielen Jugendlichen durchaus plausibel: Eine KFz-Lehre verbunden mit insgesamt achtjähriger Dienstverpflichtung bei der Bundeswehr wird immerhin mit 1200 Euro netto entlohnt - vom ersten Monat an. Unerwähnt bleiben hingegen die Verpflichtung zum einjährigen Auslandseinsatz und die damit verbundenen Risiken und Probleme. Die Selbstdarstellung der Bundeswehr erwähnt auch die Belastung bei posttraumatischen Störungen nach Kampfeinsätzen mit keinem Wort. Eine kürzlich veröffentlichte Studie[2] ergab, dass bei gut einem Drittel der zwischen 2001 und 2005 aus Afghanistan und Irak zurückgekehrten US-Soldaten psychologische oder psycho-soziale Krankheiten diagnostiziert wurden. Beim größten Teil war die psychische Gesundheit nachhaltig gestört. Als besondere Risikogruppe haben die WissenschaftlerInnen die jüngsten SoldatInnen zwischen 18 und 24 Jahren ausgemacht. Im Beratungsgespräch ebenfalls unerwähnt bleiben das an Bedingungen geknüpfte Ausbildungsversprechen und die enormen Schwierigkeiten beim Versuch, vor Ablauf der Verpflichtungsdauer zu „kündigen“.

Die Bundeswehr versucht sich als ganz normaler Arbeitgeber zu präsentieren - mit Erfolg: Der Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhan äußerte Ende letzten Jahres in der Zeitschrift Wehrtechnik (WT 4/06) zum aktuellen RekrutInnenanschub: „Die

derzeitige Bewerberlage ist ausgesprochen erfreulich. Auch die Bedarfsdeckung gelingt uns überdurchschnittlich gut (...) Dessen ungeachtet ist die demografische Entwicklung zweifellos eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Der Rückgang des Potenzials an jungen Berufseinsteigern wird die Streitkräfte und die Bundeswehr insgesamt in einen herausfordernden Wettbewerb mit der Wirtschaft, aber auch mit Nachfragern aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes führen. Hier gilt es (...), den eingeleiteten Ausbau der Bildungs- und Weiterbildungsangebote zum einen öffentlichkeitswirksam darzustellen und zum anderen diese Angebote mittel- und langfristig auszubauen. Darüber hinaus wird langfristig aber auch über neue Modelle der Kooperation und des Austausches mit der Wirtschaft nachzudenken sein. Hierbei gilt es, den Unternehmen den Nutzwert einer soldatischen/militärischen Ausbildung für eine Tätigkeit in der Wirtschaft anschaulich darzustellen.“

Alarmierend dabei ist, dass die Kooperation zwischen Bundesagentur für Arbeit und Bundeswehr mancherorts noch enger ist, als dies die Ähnlichkeit der schneidigen Namensgebung von Vermittlungsoffensive einerseits und Rekrutierungsoffensive andererseits vermuten lässt: Im Rahmen unserer Arbeitsamtbesuche trafen wir auf vier junge Erwachsene, die über ihre U25-Maßnahme an der ARGE Köln verpflichtet waren, an der Bundeswehr-Werbeveranstaltung am 25. Januar 2007 teilzunehmen. Die daraufhin in einem offenen Brief befragten externen Maßnahmeträger (die im Auftrag der ARGE Köln verwalten, ausbilden und beschäftigen) weisen diese Praxis weit von sich. Die Arbeitsagentur selbst hat entgegen ihrer vollmundigen Ankündigung nach nunmehr 5 Wochen immer noch nicht auf den Vorwurf reagiert.

Ein praktischer Ansatz: Bundeswehr-Wegtreten

Seit geraumer Zeit stiften AntimilitaristInnen (nicht nur) in Köln Unruhe bei öffentlichen Auftritten der Bundeswehr. Ihr Schwerpunkt sind die mittlerweile monatlich stattfindenden Werbe- und Beratungsveranstaltungen der Bundeswehr an den Arbeitsämtern. Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz verbunden mit ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum zurückzudrängen und sie eben genau dort anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!

Angetreten war Bundeswehr-Wegtreten bereits zur 50-Jahrfeier der Bundeswehr im Herbst 2005. Ein öffentliches Gelöbnis mit abendlichem Zapfenstreich vor dem Kölner Dom sollte ein großes Spektakel werden. Hunderte von KriegsgegnerInnen hatten der Luftwaffe mit lautstarken Protesten einen Strich durch die Rechnung gemacht. AktivistInnen störten trotz hoher Sicherheitsvorkehrungen ausgerechnet vom Dom aus das Gelöbnis mit einem großen Banner in luftiger Höhe - die Aufschrift: „Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“. Am Domhotel prangte ein Transparent mit dem Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“. Die Bundeswehr war sichtlich empört und versuchte vier der AktivistInnen mit dem Vorwurf der Volksverhetzung zu kriminalisieren.

Die Angeklagten nutzten den gut besuchten Gerichtstermin im November 2006 unter anderem, um zur „Umgestaltung“ der wenige Tage später stattfindenden Werbeveranstaltung der Bundeswehr an der zentralen Arbeitsagentur in Köln einzuladen. Der offene Aufruf zu diesem Termin unter den rund 100 UnterstützerInnen schien dem Wehrdienstberater genügt zu haben, seine Ver-

anstaltung komplett abzusagen. Diese Schlappe sollte sich nicht wiederholen und so fand der nächste Termin im Januar 2007 abgesichert durch bewaffnete Feldjäger im Berufsinformationszentrum der Arbeitsagentur statt.

Doch bevor es drinnen mit Werbeprospekten und Hochglanzperspektiven um verantwortungsvolle Aufgaben in erlebnisreichen Arbeitsfeldern bei „anständiger“ Bezahlung ging, mussten sich die potenziellen RekrutInnen draußen der Musterung durch zahlreiche AntimilitaristInnen unterziehen. Ein Bewerbungs-Sofortbild posierend mit Knochen und Totenkopf vor einer Bergkulisse in Afghanistan sowie ein Fragebogen gehörten zum antimilitaristischen Vorab-Prozedere. Die KriegsgegnerInnen mussten sich damit begnügen, vor dem Saal mörderischen Lärm zu machen. Die Befragung der Feldjäger und der Leitung des Berufsinformationszentrums ergab, dass die Arbeitsagentur ihr Hausrecht für diese Veranstaltung nicht an die Bundeswehr abgetreten hat und dass es sich hierbei schon gar nicht um einen temporär deklarierten militärischen Bereich handelte, womit der Einsatz bewaffneter Bundeswehr im Inneren (der Arbeitsagentur) damit auf äußerst wackligen Füßen steht. Diese Provokation sorgte für Unmut bei mehreren MitarbeiterInnen der Arbeitsagentur und deren Personalratsvorsitzenden.

Ein offener Brief dazu (verteilt) an alle MitarbeiterInnen der Arbeitsagentur sollte zum nächsten Termin des Wehrdienstberaters am 1. März 2007 die interne Diskussion zünden. Aufhängt am Auftritt der Feldjäger und an dem Skandal, dass zumindest vier jugendliche Arbeitslose im Rahmen ihrer U25-Maßnahme der Arge verpflichtet wurden, am Januar-Termin der Bundeswehrwerbeshow teilzunehmen, waren die MitarbeiterInnen aufgefordert, den Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr generell ein Ende zu bereiten: „Trotz (und gerade in) größter Perspektivlosigkeit darf niemand animiert werden, als Zeitsoldat zum Bund und damit zum mittlerweile verpflichtenden Auslandseinsatz zu gehen!“ Doch bundeswehrkritische MitarbeiterInnen, die durchaus zahlreich vorhanden sind, haben kein leichtes Spiel, eine kritische Diskussion in Gang zu bringen. Leute, die 12 Jahre bei der Bundeswehr gedient haben und danach bevorzugt bei Bundesbehörden wie dem Arbeitsamt untergebracht werden, leisten mitunter starke Lobbyarbeit und sorgen für eine enge Kooperation zwischen Arbeitsagentur und Bundeswehr auch unterhalb der Führungsebene.

Am 1. März 2007 sollte die Werbeveranstaltung der Bundeswehr von innen gestört werden. Die Feldjäger (diesmal in zivil) konnten die Gruppe nicht an der Teilnahme und Umgestaltung der Veranstaltung hindern. Nach einstündiger, unnachgiebiger Befragung durch die KriegsgegnerInnen konnten die zur Verstärkung anwesenden Militärs ihre angespannte Souveränität nicht weiter aufrecht halten. Der Wehrdienstberater wurde von seinem Vorgesetzten abgelöst. Doch auch dieser konnte nicht mit zufriedenstellenden Antworten aufwarten.

Mittlerweile hat sich der Kreis der AktivistInnen auf andere Städte ausgedehnt. In Bielefeld griff eine Gruppe „aufrechter StörenfriedInnen“ am 6. März 2007 auf Methoden der Kommunikationsguerilla zurück - mit maximalem Erfolg, denn die Veranstaltung musste vorzeitig beendet werden. Eine Prozession, angeführt von Militärbischof Mixa gefolgt von einer stimmungsgewaltigen Generalin und ein paar SoldatInnen unbestimmten Ranges, die offenbar gerade eine Skelettgrube geplündert hatten, enterte die laufende Veranstaltung, übte das Salutieren, Marschieren im Stehschritt und dergleichen Unsinn mehr. Nachdem die Gruppe unter Singen und Segnen abgezogen war und der Wehrdienstberater sich neu sortiert hatte, brachten einige Leute aus dem Publikum arg themenfremde Wortmeldungen in die Veranstaltung ein. So behaupteten sie u.a. (singend), daß die Kreidezeit eigentlich eine ganz Schöne

gewesen sei, dass es nur einen Rudi Völler gäbe ... Nachdem weitere Kleinstgruppen folgten, packte er entnervt seine Siebensachen und beendete die Veranstaltung.

Weitere Städte bereiten aktuell den Besuch solcher Werbeauftritte am Arbeitsamt vor. Die Termine der WehrdienstberaterInnen liegen/hängen öffentlich in den Berufsinformationszentren (BIZ) für das jeweilige Halbjahr aus und können unter <http://mil.bundeswehr-karriere.de> eingesehen werden.

Die Fokussierung der Rekrutierungsbemühungen auf des Arbeitsamt bedeutet jedoch keinesfalls deren Ausschließlichkeit: An Schulen ködern Jugendoffiziere unvermindert frühzeitig Nachwuchs, u.a. für die Offizierslaufbahn inklusive Studium ohne Studiengebühren bei „anständigem“ Sold. Deswegen halten wir es für lohnend, die Interventionen auf Schulen auszuweiten. Das kann zum einen bedeuten, gemeinsam mit der SchülerInnenvertretung Proteste und direkte Aktionen beim Besuch durch den Wehrdienstberater zu organisieren. Hierzu gibt es eindrucksvolle Erfahrungen des Campus Antiwar Network in den USA. Zum anderen erscheinen uns (Schul-)Veranstaltungen mit Ehemaligen und Aussteigern des Kriegshandwerks als geeignete Möglichkeit. Aimee Allison, die im 2. Golfkrieg verweigte: „Wir haben herausgefunden, dass die Veteranen die mächtigste Stimme gegen die Rekrutierung sind, die es gibt. Sie können aus ihrer Perspektive sehr glaubwürdig ihre Erfahrungen im Militär und Krieg darlegen...“ [3] Der US-Kriegsdienstverweigerer Agustín Aguayo, der am 6. März 2007 wegen „Desertion“ und „Verpassen der Verlegung der Einheit“ von einem US-Militärgericht in den Leighton-Barracks in Würzburg zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, wird voraussichtlich im Mai diesen Jahres entlassen werden. Der Münchner Oberstleutnant Jürgen Rose, der vor kurzem anlässlich des bevorstehenden Tornado Einsatzes in Afghanistan beantragte, von allen weiteren Aufträgen im Zusammenhang mit der Operation „Enduring Freedom“ entbunden zu werden, könnte ebenfalls ein interessanter Gesprächspartner für eine solche Veranstaltung sein. Darüberhinaus können sich Interessierte an den Arbeitskreis Darmstädter Signal wenden.

Ein Eingreifen in die derzeit offenbar gut geschmierte Rekrutierungsmaschinerie der Bundeswehr bedeutet mehr als das konkrete Abwerben einzelner potenzieller SoldatInnen. Es geht um das generelle Zurückdrängen einer Bundeswehr, die sich zunehmend unangegriffen im öffentlichen Raum zu Hause fühlen darf. Eine unwidersprochene Alltagspräsenz des Militärs spiegelt nicht nur sondern prägt auch gesamtgesellschaftliches Bewusstsein zugunsten einer fortschreitenden Militarisation des Außen und Innen.

Aus genau dieser Sicht begrüßen wir unter anderem die Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München, die Bemühungen seit 2002, dem alljährlichen Pfingsttreffen von ehemaligen und derzeitigen Soldaten der Gebirgstruppe zu Ehren von NS-Kriegsverbrechern in Mittenwald ein Ende zu bereiten und den Widerstand gegen das Bombodrom in der Ruppiner Heide. Am 1. Juni 2007 wird es dort im Rahmen der Anti-G8-Aktionstage eine vorläufige Besiedelung dieses geplanten Kriegsübungsplatzes geben. Vier Tage später soll der für das dortige Krieg-Üben genutzte Flughafen Rostock-Laage blockiert werden.

Anmerkungen

- [1] Arbeitsminister Franz Müntefering, Die Zeit, 10.5.2006
- [2] Bringing the War Back Home, Archives of Internal Medicine Vol 167 No. 5, 12.3.2007
- [3] Counter Recruitment - graswurzelrevolution 316, Februar 2007

<http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2007-014BW-Wegtreten.pdf>

Martin Hantke:

Geheime Militärhaushalte

IMI-Analyse 2007/017 - in: junge Welt, 07.04.2007

Kriegerische Einsätze der EU werden teilweise aus zivilen Töpfen finanziert. Die Union verstärkt Investitionen in Rüstung und benötigt dafür eine Verfassung

Eine neue Aufrüstungswelle rollt durch Europa. Während die nationalstaatlichen Militäretats nur geringfügig wachsen, wird der EU-Haushalt immer öfter für Rüstungsvorhaben aller Art genutzt. Gleichzeitig werden Ad-hoc-Mittelplanungen für den militärischen Kernbereich von EU-Militärmissionen erstellt. Auf diese Weise entstehen, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, geheime EU-Militärbudgets, die Frieden und Sicherheit weltweit, aber auch in Europa gefährden.

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist trotzdem voll des Lobes über die rasante Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), mit der zahlreiche Aufrüstungsvorhaben verknüpft sind: Sie »ist ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. 1999 wurde sie beim Europäischen Rat in Köln aus der Taufe gehoben, heute – nach sieben Jahren und 16 erfolgreichen Missionen– ist sie nicht mehr wegzudenken. Allein im letzten Jahr gab es zehn ESVP-Operationen (...). Dabei haben etwa 10000 Europäer in zivilen und militärischen Einsätzen auf drei Kontinenten dazu beigetragen, Krisen zu bewältigen, Frieden zu sichern und Konflikte zu verhüten« (Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2007). Doch diese Einsatzintensität reicht noch nicht aus. So klagt der Verantwortliche für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, beständig über zu geringe Rüstungsausgaben zur Verwirklichung der ambitionierten Ziele der EU als Global Player. Ganz offen erklärte er auf der Berliner Konferenz zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 29. Januar 2007: »Wir müssen mehr und effizienter Geld ausgeben. Nur eine Handvoll Mitgliedstaaten geben über zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für Verteidigung aus.«

Militarisierung von Steuergeldern

Im gültigen EU-Vertrag ist die Finanzierung von Militär- und Verteidigungsausgaben ausgeschlossen. Bei den »operativen« Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt die »Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen«. Zugleich ist festgelegt, daß Militärinterventionen »nach dem Bruttosozialproduktschlüssel zu Lasten der Mitgliedstaaten« (EU-Vertrag, Artikel 28 Absatz 3) finanziert werden müssen. Das heißt konkret: Zum einen werden die Kosten für Militärinterventionen nach dem NATO-Prinzip »Cost lie where they fall«, also nach dem Verursacherprinzip von den an Militärmissionen teilnehmenden Staaten übernommen, zum anderen wird direkt auf die Haushalte der Mitgliedstaaten zugegriffen, und darüber werden die restlichen Kosten finanziert.

Um auf diese Weise EU-Militäroperationen finanzieren zu können, schufen die Staats- und Regierungschefs am 23. Februar 2004 den sogenannten Athena-Mechanismus (Beschluß 2004/197/GASP des Rates). Er soll »zur Verwaltung der gemeinsamen Kosten der Operationen der Europäischen Union mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« dienen. Bei der Benennung stand wie schon öfter die Antike Pate. Auf den Schulungsmaterialien des EU-Rates zu diesem Finanzierungsmechanismus erscheint das Konterfei der griechischen Göttin der Weisheit und Kriegskunst, Pallas Athene, in voller Rüstung.

Der Athena-Mechanismus der EU birgt ein ganz entscheidendes Problem, denn die Finanzierung bleibt weiterhin anteilig Sache der Mitgliedstaaten und kann nicht aus dem EU-Haushalt bestritten werden. Der Athena-Mechanismus dient unter anderem dazu, EU-Mittel für die Nutzung von NATO-Strukturen bei Militäroperationen der Europäischen Union an den Nordatlantikkpakt zu überweisen. Damit kann zwar die Verwendung dieser Mittel, deren Höhe unbekannt ist, verschleiert werden und tendenziell der Haushaltskontrolle entzogen werden.

Allein, es können nicht zusätzliche Gelder für neue Kriege und deren Vorbereitung akquiriert werden. Diese Beschränkungen wären durch das Inkrafttreten des EU-Verfassungsvertrages aufgehoben worden, da hier die Schaffung eines eigenständigen EU-Militärfonds, »Anschubfonds« (Artikel III-313) genannt, vorgesehen war. Aber seit Franzosen und Niederländer ihr deutliches Nein zur EU-Verfassung zu Protokoll gegeben haben, geht in dieser

Hinsicht derzeit nichts mehr.

Gerade für die deutsche Regierung stellt sich die Frage, wie sie auch ohne eine Ratifizierung des Verfassungsvertrages eine deutliche Erhöhung der Militär- und Rüstungsausgaben bewerkstelligen kann. Denn der deutsche Militärhaushalt steigt in diesem Jahr zwar um 500 Millionen Euro, mit einem Anteil von 1,4 Prozent am Bruttosozialprodukt (BSP) bleibt er aber weiter hinter den Anforderungen einer intensiveren Vorbereitung für die neuen Kriege zurück. »Verteidigungs«minister Franz-Josef Jung beklagt deshalb öffentlich, daß eine Aufrüstungsverpflichtung – wie in den neuen NATO-Staaten, offiziell zwei Prozent des BSP für die Streitkräfte auszugeben – zur Zeit in Deutschland einfach nicht machbar sei. Deshalb bleibt allein der Weg zur Erhöhung der Militärausgaben über den EU-Haushalt.

Deutschland ist mit Abstand der größte Einzahler in das Brüsseler Budget. Es handelt sich bei diesen Beträgen durchgängig um Gelder, die aus nichtmilitärischen Haushaltstiteln stammen und die nicht in die Berechnung der deutschen Militärausgaben ausgehen. Die heimliche Militarisierung via EU-Haushalt ist also der Königsweg, um möglichst ohne jede öffentliche Debatte die eigenen militärischen Fähigkeiten massiv auszubauen. Bei solchem Vorgehen kann sich die Bundesregierung auf die Brüsseler EU-Rats- und Kommissionsbürokratie verlassen, die mit ihren Finanzierungstricks ein hohes Maß an Kreativität an den Tag legt.

Finanzierung militärischer Einsätze

Während also die Finanzierung militärischer Einsätze der ESVP aus dem EU-Budget verboten ist, sieht es bei zivilen Missionen anders aus. Diese kann die EU-Kommission aus dem Haushalt finanzieren. Darunter können per definitionem aber auch militärische Maßnahmen wie Entwaffnungsoperationen, Rettungsaktionen, Beobachtermissionen oder paramilitärische Polizeientsendungen fallen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 28.11.2001, Nr. 647). Dies führt dazu, daß immer mehr militärische Einsätze im Rahmen der ESVP zivil ummantelt werden, damit sie aus dem EU-Budget finanziert werden können. Jüngste Beispiele sind die eingeleitete Polizeimission in Afghanistan und die geplante Stationierung von robusten Polizeikräften im Kosovo. Für die Entsendung von 160 Polizeiausbildern nach Afghanistan wurde beschlossen, 40 Millionen Euro im Jahr 2007 einzusetzen.

Alles natürlich aus den zivilen Haushaltstiteln. Bei der ESVP-

Mission in Aceh in Indonesien vom 9. September 2005 bis zum 15. März 2006 trugen die EU-Militärbeobachter, obwohl mit militärischen Dienstgraden unterwegs, zivile Hemden –dies auch, damit ihre Mission zusätzlich zu den Beiträgen der Mitgliedstaaten mit neun Millionen Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden konnte. Auch die paramilitärische EU-Unterstützungsmision für die palästinensische Polizei in Rafah an der Grenze des Gazastreifens nach Ägypten wurde mit 7,6 Millionen Euro aus dem EU-Budget versorgt.

Wenn sich eine militärische Aktion nur schlecht als zivile Maßnahme deklarieren läßt, verfällt man auf den Trick der Mischfinanzierung, um so beispielsweise den Aufbau afrikanischer Streitkräfte doch aus einem zivilen Haushaltstopf bezahlen zu lassen. Für die AMIS-II-Mission im Sudan wurden so immerhin 212 Millionen Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) bezahlt. Auch bei der ESVP-Mission in Mazedonien wurden 1,5 Millionen Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert. Die operationellen Kosten werden dann aus dem EU-Kommissionsbudget genommen und die sogenannten Verwaltungskosten unter der Rubrik »EU-Rat« beglichen.

Selbst bei offiziell militärischen Interventionen werden nur die operationellen Kosten von den Mitgliedstaaten übernommen. Die als Verwaltungskosten bezeichneten Beträge belasten auch hier den EU-Haushalt. Unter dem Titel »Rat des EU-Haushaltes« verbergen sich mittlerweile reihenweise Budgetlinien mit militärischen Bezügen. Allein 2005 wurden so 39 Millionen Euro für die Bestellung von Infrastruktur im Zusammenhang mit der ESVP ausgegeben. Für die Bezahlung u. a. von Militärberatern fielen im selben Jahr 9,3 Millionen Euro an.

Diese von den Verantwortlichen selbst geschaffene Komplexität und Unübersichtlichkeit trägt dazu bei, eine wirksame demokratische Haushaltskontrolle unmöglich zu machen. Sie dienen der Schaffung von militärischen Schattenhaushalten. Dies geht so weit, daß schon die Verwaltung des Europäischen Parlaments Alarm schlägt. Beinahe verzweifelt erinnert sie EU-Rat und EU-Kommission daran, daß »die Europäisierung der Verteidigungspolitik dazu tendiert die Fähigkeit der nationalstaatlichen Parlamente, eine effektive Kontrolle auszuüben, [zu] unterminieren«. Sie fordert deshalb eine Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments in diesen Bereichen. Außerdem empfiehlt sie für künftige ESVP-Missionen »die Einhaltung des Völkerrechts«, denn »wie sich gezeigt hat, fehlt militärischen Operationen ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats die Legitimität« (European Parliament, Budgetary Support Unit, 6.10.2006, S. 35).

Für ein friedliches Europa sieht die Zukunft düster aus. Für die Haushaltsperiode 2007 bis 2013 sollen von der EU insgesamt rund 50 Milliarden Euro für die Sicherheits- und Außenpolitik ausgegeben werden, was einer Steigerung von 29 Prozent entspricht. Unter der Ausgabenrubrik »Die Europäische Union als globaler Partner« wurden folgende finanziellen Instrumente geschaffen: ein Instrument für Heranführungshilfe (10,2 Milliarden Euro), ein europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (10,6 Milliarden Euro); Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Zusammenarbeit (15,1 Milliarden Euro), ein Stabilitätsinstrument (2,5 Milliarden Euro) und die Budgetlinie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) (1,7 Milliarden Euro) (siehe SWP-Aktuell vom Juli 2006: swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3115). Aus all diesen Töpfen sollen Maßnahmen mit militärischen Bezügen bezahlt werden.

Die Finanzierung der EU-Militärmissionen bleibt hingegen offen. Es ist mit Blick auf den Haushalt völlig unklar, wie ESVP-Einsätze finanziert werden sollen. Allerdings ist aufgrund der bisherigen Praxis und der inhaltlichen Ausrichtung der finanziellen

Instrumente anzunehmen, daß die Entscheidungsträger verstärkt eine Mischfinanzierung anstreben. Besonders geeignet dafür ist das ganz im Orwellschen Sprachduktus benannte, »Stabilitätsinstrument«. Zusätzlich zur bisherigen Kofinanzierung aus dem Europäischen Entwicklungsfonds läßt sich mit dem Stabilitätsinstrument nahezu jede mögliche militärische EU-Aktion mitfinanzieren. Für seine Einrichtung hatte sich insbesondere die Grünen-Politikerin Angelika Beer, Berichterstatterin des Europäischen Parlaments zu diesem Thema, zusammen mit dem christdemokratischen Vorsitzenden des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, Karl von Wogau, stark gemacht.

Eine weitere nicht ausgewiesene Erhöhung der Militär- und Rüstungsausgaben ist im EU-Forschungshaushalt vorgesehen. Für die neue Förderperiode werden für die sogenannte Sicherheits- und Rüstungsforschung bis 2013 1,6 Milliarden Euro eingeplant. Zu den Vorhaben, die aus diesem Topf finanziert werden, zählt unter anderem die Entwicklung von sogenannten Raketenabwehrsystemen. Zusätzlich werden diese Projekte aus den Forschungshaushalten der großen Mitgliedstaaten gesponsert. Von 2004 bis 2006 hatte die Europäische Kommission erstmals in der Geschichte der EU einen Pilothaushalt für Rüstungsforschungsprojekte angelegt. Mit der Realisierung letzterer wurden fast ausschließlich die großen europäischen Rüstungsunternehmen wie BAE Systems, EADS und Thales betraut. Bei EADS soll so auch ein Teil der Verluste aus dem Airbusgeschäft abgefangen werden. Im Vergleich zu 2005 erhöhte sich das Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern im Verteidigungsbereich von 201 Millionen auf 348 Millionen Euro, auch in der Geschäftssparte Hubschrauber und Militärtransporter ist 2006 ein starker Gewinnanstieg zu verzeichnen (FAZ vom 10.3.2007).

Star Wars auf europäisch

Gegenüber den Militärprojekten in der Raumfahrt und Satellitentechnik nehmen sich die Kosten für die laufenden Militäroperationen geradezu als Peanuts aus. Bei ersteren geht es zum einen um militärisch nutzbare Raumfahrtforschung in Zusammenarbeit mit der European Space Agency (ESA). Dazu werden im siebten EU-Forschungsrahmenprogramm rund 100 Millionen Euro für die Entwicklung von Satellitenkommunikation zur Verfügung gestellt. Weitere 100 Millionen Euro kommen für unterstützende Maßnahmen im Sicherheitsbereich hinzu.

Das eigentliche militärische Leuchtturmprojekt heißt aber GMES (Global Monitoring for Environment and Security). Ursprünglich für Umweltbeobachtungen konzipiert, soll GMES bis 2008 Entscheidungsträgern die Möglichkeit geben, Krisensituationen im Bereich Umwelt und Sicherheit besser vorhersehen und auf diese besser reagieren zu können. Der Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist ausdrücklich in die Nutzeranwendungen eingeschlossen. GMES wird durch Beiträge der EU, der ESA, der Mitgliedstaaten und des Privatsektors finanziert. Von 2007 bis 2013 sollen aus dem EU-Budget nahezu vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommt eine Finanzierung in Höhe von 253 Millionen Euro durch die ESA aus einem veranschlagten Budget von insgesamt 8,2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013.

Unter dem Haushaltstitel »Energie und Transport« wird des weiteren das Projekt Galileo gefördert. Hier soll ein globales Navigationssystem mit 30 Satelliten entstehen. Als EU-Finanzierung schlugen dabei bis 2005 schon für die Entwicklungsphase 1,1 Milliarden Euro zu Buche. Für die Fortentwicklung bis 2007 werden weitere 700 Millionen Euro von der EU-Kommission bezahlt werden. Der Rest von 1,4 Milliarden Euro kommt aus der Privatwirtschaft. Für Wartungskosten werden rund 220 Millionen Euro pro Jahr veran-

schlägt, die aus dem EU-Budget finanziert werden sollen.

Aus Kommissionskreisen ist jetzt zu erfahren, daß zur Zeit neue Verhandlungen über Galileo laufen. Die Firmen des federführenden Industriekonsortiums – unter ihnen die britische Immarsat, die französische Thales und der deutsch-französische Konzern EADS – wollen die Bestimmungen der Verträge neu aushandeln, damit die Rüstungskonzerne in Zukunft nicht mehr für die Infrastruktur bezahlen, aber im Gegenzug alle Rechte auf die Systemnutzung erhalten. Das geht selbst EU-Rat und EU-Kommission zu weit. Intern wird sogar überlegt, das ganze Projekt platzen zu lassen und nicht länger als Public Private Partnership weiterzuführen.

Hintergrund ist eine Kostenexplosion bei Galileo aufgrund der gewollten verstärkten militärischen Nutzung. Bisher wurde seitens der EU-Verantwortlichen immer der zivile Charakter des Projekts betont, nun setzt aber auch EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot selbst erklärtermaßen auf eine Militarisierung. Dazu kommt, daß die Europäische Rüstungsagentur (EDA) ein Mandat erhalten hat, an den militärischen Aspekten von Galileo zu arbeiten. Ein erster Schritt war die Beauftragung der EDA mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie über Satcom, das deutsche militärische Satellitenkommunikationssystem, das für 2008 geplant ist. Die Gefährlichkeit dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug eingestuft werden. Denn zum einen wird die Militarisierung der GASP extrem beschleunigt werden, zum anderen geht es den beteiligten Firmen darum, mit Hilfe ihres Galileo-Engagements eine industrielle Grundlage aufzubauen, um für die Erstellung eines »US-Raketenabwehrschilds« in Polen und Tschechien Angebote abgeben zu können. Dies wäre dann der europäische Beitrag zur atomaren Entwarnung Rußlands zugunsten der USA – finanziert aus den

militärischen Geheimhaushalten der EU.

Verfassungsvertrag für Militär

Um gemeinsame militärische Projekte voranzubringen, soll jetzt die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO intensiviert werden. Außenminister Steinmeier fordert deshalb, daß eine »echte strategische Partnerschaft, bei der sich die EU und die NATO in ihren jeweiligen Stärken klug ergänzen«, entwickelt wird (Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2007). Der EU-Verfassungsvertrag, der eigene EU-Militärfonds ermöglichen würde, soll auch deshalb schnell kommen. Denn, so Steinmeier weiter: »All dies wird nicht gelingen, wenn nicht auch die ESVP entwickelt wird. Mit dem Verfassungsvertrag würden wichtige Schritte getan – ein Grund mehr, weswegen wir ihn brauchen.«

Jetzt haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, daß die Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge zur Beförderung der EU-Verfassung genau diesen Begriff vermeidet. Mit der Betitelung des neuen EU-Vertrages als »europäische Verfassung« war zuviel Widerstand geweckt worden. Am Vorhaben, Substanz zu erhalten, wird allerdings auch eine Umbenennung in »Grundlagenvertrag« durch die Staats- und Regierungschefs nichts ändern – insbesondere nicht im militärischen Bereich. Die Verankerung eines EU-Militärfonds und eine besser abgesicherte Fortführung der EU-Schattenmilitärhaushalte sind für die künftigen Aufrüstungsvorhaben an der Seite der NATO für Merkel und Co. einfach zu wichtig.

<http://www.imi-online.de/2007.php?id=1532>

Arno Neuber:

Herkules-Aufgabe: Profite scheffeln

IMI-Standpunkt 2007/004 - in: UZ 22.12.2006

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat kurz vor Weihnachten noch einmal kräftig hingelangt. Für eine neue Computer- und Telefontechnik der Bundeswehr wurden rund sieben Milliarden Euro Steuergelder bewilligt.

Mit dem neuen System »Herkules« werden Heer, Luftwaffe und Marine vernetzt. Es ist nicht zuletzt für weltweite Interventionseinsätze von großer Bedeutung. Herkules soll »in einer Stunde X, in einem extrem schwierigen Fall, die einzige Verbindung der Generale zu ihren Truppenteilen im Ausland« sein. Ein abkoppelbares

»Kernnetz« verbindet die Bundeswehrführung mit dem Potsdamer Einsatzführungskommando (hier werden z.B. weltweite Einsätze unter EU-Flagge geleitet) und den Führungskommandos der Teilstreitkräfte.

Herkules ist aber auch eine Gelddruckmaschine für die Konzerne Siemens und IBM, die den Riesenauftrag an Land gezogen haben. Nach Analysen des Bundesrechnungshofes ist das Projekt durch die Beteiligung privater Konzerne um eine Milliarde teurer geworden.

Claudia Haydt:

Milliardengeschenke für die Rüstungsindustrie

IMI-Standpunkt 2007/010, in: AUSDRUCK (April 2007)

In Zeiten angeblich knapper Kassen ist es bemerkenswert wenn in einer einzigen Sitzung Entscheidungen über Ausgaben in Höhe von mehreren Milliarden getroffen werden. Leider ging es am 31.1.2007 im Verteidigungsausschuss nicht um Investitionen in Schulen, Krankenhäuser oder Entwicklungshilfe sondern um die Ausstattung der Bundeswehr mit neuem Kriegsgesetz. Die Parlamentarier der Regierungskoalition, teilweise unterstützt von Grünen und FDP, gaben grünes Licht für vier umfangreiche Rüstungsprojekte.

Innerhalb einer Sitzungswoche wurden so Rüstungsausgaben von über 1,3 Milliarden Euro beschlossen und Schachzwänge für weitere Investitionen geschaffen. Damit fiel schlussendlich die politische Entscheidung für die Verschleuderung von 2,2 Milliarden Euro in Laufe der nächsten Jahre.

Die Bundeswehr will mit der Entwicklung der Überwachungsdrohne EURO-HAWK ins Zeitalter elektronischer Kriege durchstarten. Allein für die Entwicklung dieses Gerätes werden circa 460 Mio. Euro veranschlagt. Der Bau von weiteren Systemen – nach erfolgreich abgeschlossener Entwicklung - wird zusätzlich 400 Mio. Euro kosten. Ebenfalls neu entwickelt werden soll ein Flugabwehrsystem, das allerdings aufgrund seiner hohen Feuerkraft prinzipiell auch für Angriffe tauglich ist. Die Entwicklung des so genannten Rolling Airframe Missile Block (kurz: RAM Block2) wird ca. 170 Mio. Euro kosten. Und auch hier ist nach Beendigung der Entwicklung die entsprechende Serienproduktion des Raketensystems geplant. Dafür werden dann 440 Mio Euro fällig.

Das dritte Millionenprojekt klingt fast schon ökologisch korrekt: hier wird nicht neu gebaut, sondern bereits vorhandene Hubschrauber (MTH, Mittlere Transport Hubschrauber) werden für „nur“ 566 Mio Euro aufgerüstet. Für „nur“ 14 Mio. Euro pro Stück werden insgesamt 40 Hubschrauber für zukünftige Kriege tauglich gemacht. Das letzte Rüstungsprojekt verdankt seine Entstehung dem Rüstungswahnsinn des Kalten Krieges und leistet kaum mehr als ein Sponsoring von Rüstungsfirmen. Für den „billigen“ Lenkflugkörper IRIS-T SL werden knapp 150 Mio Euro fällig.

Die hier aufgeführten Rüstungsprojekte stellen nur einen kleinen Teil der gesamten Rüstungsplanung dar, sie machen aber die Strukturen deutscher Rüstungsplanung deutlich.

Kriegs- und Eskalationsgefahr

Bei allen Rüstungsprojekten liegen Szenarien für einen möglichen Einsatz der Waffen zugrunde. Die meisten deutschen Soldaten sind zur Zeit in Regionen tätig, in denen Bedrohungen meist asymmetrischer Natur sind. Improvisierte Sprengfallen, Selbstmordattentate oder Angriffe mit leichten Waffen, das sind etwa in Afghanistan, die typischen Risiken. Dennoch soll mit Waffen wie dem Raketen-System Rolling Airframe Missile Block (kurz: RAM Block2) ein fiktiver hochtechnisierter Gegner militärisch beherrschbar gemacht werden. Als mögliche Gegner die „moderne hochagile Seezielflugkörper“ besitzen, gegen die RAM Block2 dann erfolgreich eingesetzt werden könnte, kommen zur Zeit eigentlich nur Staaten wie Iran und Nordkorea in Frage. In beiden Fällen kann eine Lösung jedoch nur auf diplomatischem und nicht auf militärischem Wege erfolgen.

Die Drohne EURO HAWKS unterscheidet sich von ihrem us-amerikanischen Schwesterprojekt Global Hawk unter anderem dadurch, dass sie eine doppelt so hohe Nutzlast transportieren kann. Dadurch wird es mittelfristig möglich auf solchen unbemannten Flugkörper mehr als „nur“ Aufklärungselektronik zu

transportieren. Drohnen können dann mit Paketen für die elektronische Kriegsführung, u.a. zum Blockierung von Handykommunikation der Gegner bestückt werden. Auch eine leichte Bewaffnung der Drohnen mit Angriffswaffen ist denkbar.

High-Tech-Waffensysteme suggerieren militärische Allmacht, lassen Kriege ohne eigene Verluste führbar und gewinnbar erscheinen und blenden die Gefahr der regionalen und globalen Eskalation aus.

Globale Intervention

Keines der geplanten Rüstungsprojekte dient der Territorialverteidigung. Gegen wen sollte die Bundeswehr auch in einem Umkreis von 20 km kämpfen (das ist die Reichweite von MEADS/IRIS)? Die Aufklärung mit unbemannten Flugzeugen in großer Höhe ist nur über feindlichem Territorium eine immanent logische Option. In der Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine entsprechende Bedrohung nicht. Militärische Auslandseinsätze in Afghanistan oder am Horn von Afrika kämen wohl als mögliche Einsatzgebiete für den EURO HAWK in Frage. Solche Auslandseinsätze dienen jedoch nicht den erklärten Zielen wie der „Kampf gegen den Terror“, „Demokratieexport“ oder der „Schutz von Menschenrechten“. Verteidigt werden Interessen wie Ressourcen und freie Handelsrouten, wie unter anderem im Weißbuch der Bundeswehr nachgelesen werden kann.

Militäreinsätze produzieren häufig Widerstand und tragen nicht zur Verbesserung der Situationen der betroffenen Menschen bei. Krieg ist kein taugliches Mittel zum Demokratieexport und somit (sicherheits-)politisch falsch und kontraproduktiv. Wenn Einsätze jedoch einmal begonnen haben, dann erzeugen sie auch rüstungspolitische Eigendynamiken. Es erscheint dann nötig Panzer (z.B. GTK Boxer) zu bauen, die einen besseren Schutz für Soldaten versprechen, Hubschrauber die schnellere Evakuierung ermöglichen (MTH) oder die Aufklärungsmöglichkeiten (EUROHAWK) zu verbessern, um Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Keine dieser Maßnahmen löst das Problem, wie im Irak deutlich zu sehen ist, aber eine hohe Zahl von toten Soldaten macht es für die Rüstungslobbyisten leichter, den „nötigen Schutz“ für Soldaten an die politischen Entscheidungsträger zu verkaufen.

Deutsch-amerikanische Rüstungskoopeation

Viele der beschlossenen Projekte stärken die deutsch-amerikanische Rüstungskoopeation. Die Überwachungsdrohne wird von der Firma EURO HAWK (Sitz in Immenstaad) entwickelt und gebaut an der je zur Hälfte EADS und Northrop Grumman (USA) beteiligt sind. Die transatlantische Freundschaft kennt aber auch Grenzen. Es existiert bereits die US-amerikanische Drohne Global Hawk. Die USA sind jedoch nicht bereit ihre Überwachungstechnologie mit ihren deutschen Verbündeten zu teilen. Deswegen wird nun von EADS der Sensorik-Bereich neu entwickelt. Lediglich der Flugzeugrumpf wird vom GlobalHawk übernommen. Ob die von EADS neu zu entwickelnde Spionagetechnik dann wirklich problemlos in die Trägerplattform integriert werden kann ist keineswegs klar. Es kann also sein, dass hunderte von Millionen ausgegeben werden und am Ende bleibt ein Haufen teurer Schrott übrig. Und EADS und Northrop werden dennoch für ihre Bemühungen bezahlt. Wahrscheinlich wird in so einem Fall dann ein weiterer Vertrag für einen weiteren Versuch der Systemintegration abgeschlossen werden – da ja bereits so viel investiert wurde. Wie bei anderen Großprojekten ist auch hier mit einer unkontrollierba-

ren Kostenexplosion zu rechnen.

Beim Raketensystem RAM Block2 wird der Vertrag mit der Firma RAMSYS (in Ottobrunn) und den USA abgeschlossen. Die deutsche Seite bezahlt eine Hälfte der Entwicklung von RAM 2 die andere Hälfte wird von den USA bezahlt. Subunterneh-

Tabelle: Beschlossene Rüstungsinvestitionen KW 5

Projekt	Kosten	Folgekosten	Gesamtkosten/€
IRIS-T SL	150.000.000		150.000.000
MTH-Aufrüstung	566.000.000		566.000.000
RAM Block 2	169.000.000	440.000.000	609.000.000
EURO-HAWK	460.000.000	400.000.000	860.000.000
Gesamtkosten/€	1.345.000.000	840.000.000	2.185.000.000

mer ist unter anderem EADS. Washingtons Gelder gehen überwiegend an die Firma Raytheon in den USA. Jede Seite sponsert also ihre Rüstungsunternehmen. Auch die Aufrüstung des MTH Hubschraubers ist ein transatlantisches Kooperationsprojekt. Der Auftrag geht an die Firma Eurocopter in Donauwörth. Unterauftragsnehmer sind u.a. Rockwell Collins, EADS, CAE und Diehl.

Rüstungssponsoring - Deutsche Standortpolitik

Bei einem Teil von Rüstungsprojekten handelt es sich um ganz offensichtliche Geldverschwendung. Auch aus militärischer Sicht ist das Projekt IRIS-T SL ein weitgehend sinnloses Unterfangen. Das Projekt ist Teil des Taktischen Luftverteidigungssystems MEADS, das nur in einem Radius von höchstens 20km funktioniert. Es könnte theoretisch auch zum Schutz deutscher Truppen (oder der Truppen von Verbündeten) im Auslandseinsatz eingesetzt

werden. Die Verlegungsmöglichkeiten von MEADS sind allerdings sehr schwerfällig. Wer vier Module in ein Einsatzgebiet transportieren will, braucht dafür 24 Airbus400M Großraumtransporter. Zu dem funktioniert MEADS nur dann gut, wenn vorher klar ist aus welcher Richtung Angriffe zu erwarten sind. Eine rundum Abwehr ist mit dem System nicht möglich.

Bei solchen Projekten geht es also in erster Linie um „nationale Industrieförderung“. Offensichtlich soll das deutsche Rüstungsunternehmen Diehl gestützt werden. Gerne wird in diesem Kontext auch damit argumentiert, dass durch Rüstungsprojekte Arbeitsplätze gesichert werden. Es handelt sich hierbei jedoch um sehr unproduktive und teure Arbeitsplätze. Bei der Aufrüstung der MTH Hubschrauber kostet ein Arbeitsplatz ca. 300.000 Euro pro Jahr. Bei der Herstellung des Ende 2006 beschlossenen GTK Boxer kostet jeder Arbeitsplatz „nur“ 180.000 Euro. Mit solchen Summen lassen sich mehr und sinnvollere Arbeitsplätze zum Beispiel im Bereich von Bildung oder im Gesundheitswesen schaffen.

Rüstungsprojekte bergen die Gefahr ihres Einsatzes und möglicher Eskalation in sich, sie ermöglichen globale Interventionen und verschleudern Steuergelder. Statt Milliardengeschenke für die Rüstungsindustrie benötigen wir Investitionen in den Kampf gegen Armut – national und international.

<http://www.imi-online.de/download/CH-April07.pdf>

Wenn Deutschland am 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft

Tobias Pflüger:

Rüstungsexporte töten und damit muss Schluss sein!!

IMI-Standpunkt 2007/003

Rede im Europäischen Parlament

Die EU-Staaten sind inzwischen weltweit Waffenexporteur Nummer eins vor den USA und vor Russland. Innerhalb der EU führen Frankreich, Deutschland und Großbritannien, aber auch die Niederlande, Schweden und Italien spielen eine zentrale Rolle. Waffenexporte töten, auch Waffenexporte aus der EU. Das ist eine massive Menschenrechtsverletzung, die beendet werden muss.

Welche Rolle spielt der Verhaltenskodex? Dazu will ich aus einem Papier der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) in Deutschland zitieren. Dort heißt es: „Allerdings hat der Verhaltenskodex nicht dazu geführt, die europäischen Rüstungsexporte einzudämmen. Erhebungen von SIPRI zufolge haben die EU-Staaten im Jahr 2005 die klassischen Rüstungsexporteur Russland und USA überflügelt.“ Es ist ein Skandal, dass der EU-Kodex immer noch eine Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten ist. Notwendig ist ein Gemeinsamer Standpunkt des Rates, der rechtsverbindlich für alle ist.

Jetzt hat die Europäische Union eine Rüstungsagentur gegründet. Diese Rüstungsagentur hat die Aufgabe, die Rüstungsindustrie innerhalb der Europäischen Union zu fördern. Ich zitiere aus dem gleichen Bericht wie eben: „Mit der Europäischen Verteidigungsagentur ist zudem ein Instrument zur Förderung der europäischen Rüstungskoooperation entstanden, dem keine entsprechenden Anstrengungen zur Rüstungskontrolle zur Seite stehen.“ Genau das ist das Problem. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingereicht, der darauf abzielt, dass es eine Agentur für Abrüstung geben muss und nicht eine Rüstungsagentur. Statt mit der Rüstungsagentur Rüstungsexporte zu fördern, ist ein Stopp dieser Rüstungsexporte notwendig.

Ich will einige konkrete Beispiele nennen, anhand deren deutlich wird, in welche Länder exportiert wird. Es gibt von deutscher Seite Exporte in den Irak, die sich allein im Jahr 2004 auf 28,9 Millionen Euro belaufen haben und im Jahr 2005 auf 25 Millionen Euro. Es werden folgende Länder genannt, in die z.B. Deutschland entgegen des EU-Waffenkodex Waffen exportiert: Afghanistan, Algerien, Ägypten, Bangladesch, Indien, Indonesien, Irak, Israel, Jordanien, Kasachstan, Katar, Kolumbien, Malaysia, Nigeria, Oman, Pakistan, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Singapur, Thailand, Tunesien und Vereinigte Arabische Emirate. Das ist eindeutig zu viel. Deshalb sagen wir: Die Rüstungsexporte müssen beendet werden, Rüstungsexporte töten, und damit muss Schluss sein!

Von der Europäischen Union und der deutschen Ratspräsidentschaft erwarte ich, dass Schritte in diese Richtung unternommen werden und dass nicht weiter die Rüstungsagentur gefördert wird. Denn inzwischen gibt es auch häufig so etwas wie eine Wechselwirkung zwischen Militäreinsätzen der Europäischen Union einerseits und Kriegswaffenexporten der Europäischen Union andererseits. Deshalb stoppt diese Rüstungsexporte der Europäischen Union!

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1475>

Arno Neuber:

Spart endlich an der Rüstung

IMI-Analyse 2007/002 - in: UZ 22.12.2006

übernimmt, dann steht auf Angela Merkels Agenda die weitere Militarisierung der Europäischen Union ganz oben an. So will sie die in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnte EU-Verfassung wieder auf den Weg bringen.

Diese Verfassung enthält bekanntlich die Verpflichtung der EU-Länder zur Aufrüstung, die Etablierung einer EU-Rüstungsagentur (die inzwischen längst arbeitet) und die Verabredung zu einer ständigen, strukturierten Zusammenarbeit beim Aufbau von Interventionstruppen.

Deutschland, das unter Beteiligung niederländischer und finnischer Soldaten die erste voll einsetzbare EU-Battlegroup stellt, wird außerdem Druck auf die anderen EU-Regierungen machen, damit die Ausrüstung und Aufstellung weiterer „Schlachtgruppen“ für Interventionseinsätze vor allem in Afrika vorangetrieben wird. Ab Januar will die EU in der Lage sein, ihre schnell verlegbaren Interventionstruppen in zwei parallele Kampfeinsätze zu schicken.

Innenminister Schäuble hat mit Blick auf die Interventionstruppen der EU und der NATO bereits dazu aufgefordert, die generelle Beteiligung des Bundestages bei der Beschlussfassung über weltweite Bundeswehreinmärsche in Frage zu stellen. Schließlich sollen die EU-Battlegroups binnen fünf Tagen abmarschbereit sein. Da bleibt in Schäubles Logik keine Zeit für demokratische Debatten.

Auch an der sogenannten NATO-Response Force ist die Bundeswehr mit rund 15.000 Soldaten beteiligt. Für Interventionen unter EU-Flagge werden bis zu 18.000 Soldaten bereit gehalten.

„Auffällig beschäftigt sich auch die Bundeskanzlerin immer öfter mit der Bundeswehr“, schreibt die Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit“ in ihrer Dezember-Ausgabe. „Es sieht so aus, dass ihr inzwischen klargeworden ist, welches bedeutsame Instrument internationaler Einflussnahme und Gestaltung Streitkräfte darstellen.“

Zweiter Punkt in der Aufgabenplanung der Kanzlerin für die EU-Ratspräsidentschaft ist die noch engere Verzahnung „ziviler“ und militärischer Instrumente der EU-Außenpolitik und zwar mit einer eindeutigen Rollenverteilung: Das Kommando liegt bei der Truppe.

In einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik und des deutschen Institutes für Internationale Politik und Sicherheit wird der deutschen Ratspräsidentschaft folgende Empfehlung auf den Weg gegeben:

„Zu überlegen wäre angesichts des integrierten zivil-militärischen Ansatzes der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, A.N.), ob die beiden Stränge nicht noch enger zusammengeführt und zivile Komponenten bereits in der Planungsphase in die Kampfeinheiten inkorporiert werden könnten.“

Zum Dritten wird eine Richtungsentscheidung zugunsten einer Militarisierung des Weltraumes dringend angemahnt. Hier „verfügt die EU mit Galileo und GMES über Systeme, die militärisch nicht zu nutzen unsinnig wäre angesichts der Tatsache, dass die Union diesen Nutzungsbedarf für ihre Streitkräfte selbst festgestellt hat“ (SWP-Studie: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft).

Der Öffentlichkeit wird währenddessen noch immer der angeblich rein zivile Charakter des Satellitennavigationssystems Galileo und der Erdbeobachtungsplattform GMES versichert.

Steigender Rüstungshaushalt

Der Rüstungshaushalt 2007 wurde gegenüber dem laufenden Jahr um 480 Millionen Euro aufgestockt. Die Bundeskanzlerin hatte sich persönlich zu steigenden Militärausgaben bekannt. Der

Etat beträgt jetzt insgesamt 28,4 Mrd Euro. (Erstmals sind darin allerdings die Versorgungsausgaben enthalten, rund 4 Mrd Euro, die bislang im Einzelplan 33 aufgeführt waren.) Insbesondere die so genannten „verteidigungsinvestiven“ Ausgaben wurden hochgehoben – um satte 8,1 Prozent. Die Ausgaben für direkte militärische Beschaffungen wurden um 6,7 Prozent erhöht.

Für Auslandseinsätze im kommenden Jahr wurden 642 Millionen Euro eingeplant. Allerdings laufen die Kosten insbesondere des Afghanistan-Einsatzes den Planungen schon längst wieder davon, der Einsatz der Marine vor Libanon ist noch gar nicht berücksichtigt.

Weitere Steigerungen sieht die „mittelfristige Finanzplanung“ der Bundeswehr bis zum Jahr 2010 vor. 2008 sollen 28,7 Mrd Euro in die Rüstung fließen, 2009 rund 29 Mrd und im Jahr 2010 sind 29,5 Mrd Euro eingeplant.

Für die Rüstungslobby reicht das alles längst nicht aus, „um den Einstieg in die zahlreichen Großvorhaben und die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausrüstung in den schwierigen Auslandseinsätzen sicherzustellen“. Ein verschärfter „Kampf um die Mittel auf der Rennstrecke zum Haushaltsausschuss“ (Soldat und Technik, 10/2006) wird angekündigt.

Die EADS hat nämlich große Pläne. Der Umsatz der Militärgeschäfte soll von heute 7,7 Mrd Euro auf mindestens 10 Milliarden bis Ende 2007 vergrößert werden. Seit dem Jahr 2000 war er bereits um 54 Prozent gewachsen.

„Europas Verteidigungsaktien sind heimliche Stars“, meldete „Die Welt“ am 10.05.2005. Der so genannte „Antiterrorkrieg“ lässt die Kassen klingeln und die Augen der Aktionäre leuchten. Großbritanniens Rüstungsriese BAE Systems konnte seine Notierung binnen zwei Jahren verdoppeln. Die Anteilscheine des französischen Rüstungskonzerns Thales legten rund 50 Prozent zu. Der deutsche Panzerbauer Rheinmetall konnte seinen Aktienkurs in drei Jahren verdreifachen. Und Mitte Dezember wurde der zweite deutsche Panzerkonzern Krauss-Maffei Wegmann vom „Verteidigungs“minister persönlich zu Sonderschichten angetrieben. „Aufgrund sich verändernder Sicherheitslagen“ – eine müde Umschreibung für die militärische Katastrophe in Afghanistan – muss die Produktion des gepanzerten Fahrzeuges „Dingo 2“ beschleunigt werden. KMW liefert im nächsten Jahr 100 statt der geplanten 33 Einsatzfahrzeuge. Der Haushaltsausschuss des Bundestages genehmigte darüber hinaus am 13. Dezember die Beschaffung von 272 Transportfahrzeugen „GTK Boxer“. Der Auftrag soll 827 Millionen Euro kosten.

Am 31. März 2006 hat Generalinspekteur Schneiderhahn den Bundeswehrplan 2007 erlassen. Es handelt sich dabei um die Rüstungsplanung für die Jahre 2007 bis 2011, die jährlich fortgeschrieben wird. Deutlich werden die militärischen Beschaffungen von Jahr zu Jahr gesteigert. Sollen es 2007 4,27 Mrd Euro sein, werden in den nächsten Jahren folgende Werte veranschlagt: 4,69 Mrd in 2008; 5,1 Mrd 2009; 5,53 Mrd 2010 und 6,06 Mrd 2011.

Totenkult an der Heimatfront

Zum Jahresende 2006 sehen sich Regierung und Bundeswehr in Sachen Auslandseinsätze unter erheblichem Druck.

Nicht nur das Fiasko der US-Besatzer im Irak ist nicht mehr zu übersehen, auch der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan kann nicht länger als „Aufbauhilfe in Uniform“ vermittelt werden. Längst führt die NATO-Truppe ISAF einen brutalen Krieg, der

immer mehr zivile Opfer fordert. Von den Menschen in Afghanistan werden die ISAF-Soldaten als Besatzer wahrgenommen und auch an der „Heimatfront“ immer stärker abgelehnt.

In einer Infratest-Umfrage für den Spiegel vom 14. bis 16.11.06 stimmten nur noch 27 Prozent der Befragten Strucks Parole „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt“ zu. 68 Prozent lehnten sie ausdrücklich ab. 82 Prozent waren gegen Kampfeinsätze im Süden Afghanistans und 55 Prozent lehnen jedes „Engagement“ in Afghanistan ab (wobei aus der Fragestellung nicht zu erkennen war, um welches „Engagement“ es sich handeln sollte).

Selbst die jährliche Emnid-Umfrage für die Bundeswehr, die jeweils Rekordergebnisse über das Ansehen der Bundeswehr in der deutschen Öffentlichkeit produziert (sonst würde sie die Bundeswehr kaum weiter finanzieren), musste festhalten, dass 55 Prozent der Bundesbürger eine „zurückhaltendere Rolle Deutschlands in der internationalen Politik“ wünschen. Der Wert hat gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent zugelegt und wurde ermittelt, bevor die makabren Totenschädel-Fotos durch die Medien gingen.

Grund genug für die interventionistische Fraktion, der Bearbeitung der „Heimatfront“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Die FAZ zeigte, wie man auch negative Schlagzeilen nutzt, um eine weitere Militarisierung voranzutreiben.

Noch bevor der „Spiegel“ am 20.11.06 titelte „Die Deutschen müssen das Töten lernen“, freute sich das Zentralorgan des deutschen Großkapitals, dass die Bundesbürger endlich „aus dem Traum gerissen“ wurden. Nicht das Posieren mit Totenschädeln ist für die FAZ das Skandalöse, und schon gar nicht die hemmungslose Kriegsführung der NATO-ISAF-Truppe, sondern „wie sehr man hierzulande an der Vorstellung festhalten will, ein Krieg könne, so nur die Soldaten tadellos ausgebildet würden, eine saubere Angelegenheit sein“.

„Bei allem Bemühen“, belehrt uns der FAZ-Leitartikler, „lässt sich die vergleichsweise heile Welt des deutschen Kasernenhofs nicht eins zu eins auf die Schlachtfelder des 21. Jahrhunderts übertragen. Und Schlachtfelder sind es, auch wenn dort nicht mehr Panzerdivisionen gegeneinander anrennen.“

Im Kampf gegen den Terrorismus - das ist die zentrale Botschaft - gelten die herkömmlichen Regeln nicht und die Bundeswehr könne nicht länger eine „unmilitärische Armee bleiben“ (FAZ 28.10.06).

Zwei Tage später legt die FAZ nach.

„Die makabren Totenkopffotos aus Afghanistan erregen das deutsche Publikum vor allem deshalb, weil sie dem Bild vom Bundeswehrsoldaten als untadeligem ‚Staatsbürger in Uniform‘ widersprechen. Politiker aller Couleur haben bisher die Botschaft verbreitet, dass unsere Soldaten im Ausland eine humanitäre, sogar eine zivilisatorische Mission wahrnehmen. Das stößt sich hart an der unangenehmen Wirklichkeit, dass Kampf und Krieg Exzesshandlungen bleiben, die unvermeidlich eine unzivilisierte, eine unmenschliche Seite haben“ (FAZ 30.10.06).

Exzesse sind normal, Krieg ist Alltag und das Töten gehört zum Handwerk. Damit auch das Sterben der eigenen Soldaten propagandistisch ausgeschlachtet werden kann, macht sich Wehrminister Jung für ein neues Kriegerdenkmal der Bundeswehr stark.

In der September-Ausgabe der Reservisten-Zeitschrift „loyal“ erklärte er die Errichtung eines Ehrenmals der Bundeswehr für längst überfällig.

„Wir können und dürfen vor dem Geschehenen nicht weglaufen. Stattdessen haben wir uns in die Pflicht derer zu stellen, die aus ihrem Auftrag jäh herausgerissen wurden“. Alle, „denen persönliche Pflichterfüllung das höchste Opfer abrang, haben ein ehrendes Andenken verdient, das über den Tag des ersten Schmerzes hinausreicht.“

Auch der Bundespräsident beteiligte sich mit seiner Gedenkrede

am Volkstrauertag am neuen Totenkult.

Für die Welt“ordnung“ der Herrschenden

„Jede Glorifizierung eines Menschen, der im Kriege getötet worden ist, bedeutet drei Tote im nächsten Krieg“, schrieb einst Kurt Tucholsky. Offensichtlich sollen die Bundesbürger auf eine weitere Verschärfung der außenpolitischen Gangart vorbereitet werden.

Per Salamtaktik wurden sie jahrelang an Auslandseinsätze der Bundeswehr gewöhnt. Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen, „nation building“ und „Stabilitätsexport“ hießen die Schlagworte.

Ideologisch abgesichert wurde der zunehmende Interventionismus mit einem „erweiterten Sicherheitsbegriff“, der in einen Rundum-Alarmismus mündete. Das Militär sollte nun für alles und jedes zuständig sein: Umweltprobleme, Migration, Hunger, Drogenhandel etc.

Das mehr als 900 Seiten dicke „Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff“ der Bundesakademie für Sicherheitspolitik kümmert sich unter dem Titel „Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen“ um „AIDS als globale sicherheitspolitische Herausforderung im 21. Jahrhundert“ genauso wie um demografische Entwicklungen und organisierte Kriminalität.

Der Trick ist denkbar einfach: Der breite Ansatz soll den Eindruck vermitteln, hier würde das Militärische quasi zivil eingeeht. Das Gegenteil war und ist der Fall: Militärische „Lösungen“ dominieren, zivile Instrumente werden dem militärischen Knüppel untergeordnet.

Im Vorfeld der Entsendung deutscher Marineeinheiten an die Küste des Libanon hat uns die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (13.08.06) noch einmal in aller Deutlichkeit erklärt, worum es den Herrschenden hierzulande geht.

„Als Industrienation ist Deutschland auf Öl angewiesen, als Exportweltmeister auf Absatzmärkte, als Demokratie auf die Herrschaft des freien Worts.“

„Die größte Aufgabe, die die deutsche Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren vor sich hat, ist deshalb eine pädagogische, eine ins Innere gerichtete: Die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenige andere Länder.“

Die herrschende Weltordnung, von der hier die Rede ist, hat dafür gesorgt, dass seit Ende des Kalten Krieges 300 Millionen Menschen an armutsbedingten Ursachen gestorben sind, zwei Drittel davon Kinder. Jährlich kommen 18 Millionen Tote dazu, während USA und EU für rund 80 Prozent der Weltrüstungsausgaben verantwortlich sind.

Die herrschende Weltordnung treibt auch in den kapitalistischen Metropolen Millionen Menschen in die Armut, während die Vermögen der Superreichen immer obszönere Dimensionen annehmen.

Nach einer Statistik der sogenannten „Europäischen Verteidigungsgesellschaft“ (EDA) vom November 2006 lassen sich 24 EU-Staaten (ohne Dänemark) die militärische Aufrechterhaltung dieser Ordnung genannten Herrschaft 193 Mrd Euro jährlich kosten. Das sind weit über 500 Millionen Euro jeden Tag.

Tendenz steigend. 19 battle groups – fünf davon mit deutscher Beteiligung - wollen ausgerüstet und ihre weltweiten Kampfeinsätze finanziert werden.

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1477>

Lühr Henken:

Deutsche Rüstungsausgaben 2007-2010: Steigerung mit Ansage

IMI-Analyse 2007/001

Eine „Armee im Einsatz“ ist das allseits verkündete Selbstverständnis derer, die die martialische Aufrüstung der Bundeswehr für den weltweiten Interventionismus betreiben. Für diesen Zweck sind seit Beginn der 90er Jahre kostspielige Rüstungsaufträge erteilt worden, die zunehmend zu Buche schlagen. Vor allem handelt es sich dabei um Hightech-Ausrüstungen für die 35.000 Bundeswehrsoldaten der so genannten Eingreifkräfte, die für die Schnellen Eingreiftruppen der NATO und EU vorgesehen sind. Das neue Weißbuch der Bundeswehr, das vom Bundeskabinett am 25. Oktober 2006 verabschiedet wurde, sieht darüber hinaus den Aufbau der neuen Kategorien „Stabilisierungskräfte“ und „Unterstützungskräfte“ vor. Die 70.000 Mann umfassenden „Stabilisierungskräfte“ sollen für längerfristige Einsätze wie in Afghanistan (ISAF), im Kosovo (KFOR) usw. zur Verfügung stehen, wobei 14.000 gleichzeitig an fünf Orten einsetzbar sein sollen. Zur Zeit (Ende 2006) sind es etwa 7500, woraus ersichtlich wird, dass auf eine Ausweitung der Einsätze abgezielt wird.

Kanzlerin Merkel hat sich erstmals im September 2006 öffentlich für einen signifikanten Anstieg der Rüstungsausgaben ausgesprochen. Vor dem Bundeswehrverband erklärte sie, „auf Dauer sei der bisherige Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt für die neuen Aufgaben der Bundeswehr zu gering. „Ein Anteil von nur 1,4 Prozent auf mittlere und lange Sicht wird nicht ausreichen, um die politische Dimension der Verantwortung Deutschlands mit den militärischen Notwendigkeiten zusammenzubringen.“¹

Dabei denkt die Kanzlerin nicht nur an die nächsten vier, fünf Jahre, sondern weit darüber hinaus. Aber schon die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung für den Einzelplan 14 (Verteidigungshaushalt) bis 2010² sieht Steigerungen vor:

Tabelle 1: Verteidigungshaushalt (EP 14) 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
EP 14 in Mrd. €	23,9	27,87	28,39	28,7	29,1	29,5
Veränderung gegenüber Vorjahr		-0,1 % ³	+1,9 %	+1,1 %	+1,4 %	+1,4 %

Im Zeitraum 2006 bis 2010 soll demnach der Verteidigungshaushalt insgesamt um 5,8 % steigen. Das Verteidigungsministerium verfügt darüber hinaus allerdings noch über eine zweite Einnahmequelle: „Ergänzt wird die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr dadurch, dass der Verteidigungshaushalt durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem beweglichen und unbeweglichen Vermögen bis zu einer Höhe von rd. 520 Mio. Euro verstärkt werden kann.“⁴ Dafür sind im Bundeshaushalt für 2006 150 Mio. und für 2007 56 Mio. Euro eingesetzt.

Der gesamte Bundeshaushalt soll im selben Zeitraum lediglich um 2,8 % steigen. Somit würde der Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt von 10,65 % auf 10,97 % steigen.

Tabelle 2: Bundeshaushalt 2006 bis 2010⁵

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
in Mrd. €	259,8	261,6	261,1	266,7	267,1	268,9

Veränderung gegenüber Vorjahr		+0,7 %	-0,2 %	+2,1 %	+0,2 %	+0,7 %

Der im Einzelplan 14 ausgewiesene Betrag ist allerdings nicht alles, was im Bundeshaushalt für Rüstungsausgaben vorgesehen ist. So rechnet die Bundesregierung nach NATO-Definitionen⁶, in die auch Posten einfließen, die nicht über den EP 14 abgerechnet werden, folgende Militärausgaben offiziell ab: 2005: 30,6 Mrd. Euro, für 2006 werden vorläufig 30,22 Mrd. Euro angegeben. Jedoch sind auch damit noch nicht alle militärbedingten Ausgaben des Bundeshaushalts abgedeckt. Zumindest kommen noch Kosten für den Zivildienst, die nicht entständen, wenn es keine Wehrpflicht gebe, ebenso hinzu, wie auch die militärbedingten Anteile an den Zinszahlungen der Bundesschuld. Auch in Forschungsaufträgen anderer Haushalte, insbesondere für die Luft- und Raumfahrt, dürften Militäranteile versteckt sein, die sich dem Bürger aber verschließen.

Nach 2010 soll der Einzelplan 14 nicht eingefroren werden, sondern die Planung des Generalinspektors Schneiderhahn geht davon aus, dass danach der Haushalt um jährlich 300 Mio. Euro steigt.⁷ Allerdings macht General Schneiderhan deutlich, dass diese Steigerungen nicht ausreichen werden, um die Kostenflut zu bewältigen. Im Zeitraum 2007 bis 2014 würde sich – laut Schneiderhan – eine Lücke von 8,4 Mrd. Euro summieren, selbst wenn der Plafond für militärische Beschaffungen bei durchgängig 6,27 Mrd. Euro liegen würde.⁸ Er liegt aber noch bedeutend darunter. Im Vergleich zu den Zahlen in Tabelle 3 fehlen weitere 6,7 Mrd. Euro. Somit summiert sich rechnerisch die Unterdeckung auf 15 Milliarden Euro bis 2014. Im Einzelnen plant der Generalinspekteur für militärische Beschaffungen folgende Ansätze:

Tabelle 3: Militärische Beschaffungen 2007 bis 2011⁹

	2007	2008	2009	2010	2011
in Mrd. €	4,27	4,69	5,10	5,53	6,06
Veränderung gegenüber Vorjahr	+ 5,4 %	+ 9,8 %	+ 8,7 %	+ 8,4 %	+ 9,6 %

Von allen Posten im Einzelplan 14 steigen die Ausgaben für militärische Beschaffungen am stärksten. Der Anstieg von 4,27 auf 6,06 Mrd. Euro binnen fünf Jahren beträgt 41,9 %, somit durchschnittlich über 8 Prozent im Jahr. Der Bundeshaushalt 2007 weicht bezüglich der militärischen Beschaffungen 2007 geringfügig vom Bundeswehrplan des Generalinspektors ab:

Tabelle 4: Militärische Beschaffungen des Bundeshaushalts 2007¹⁰ (Beträge in Mio. Euro)

	Soll 2007	Soll 2006	Ist 2005
Auslandseinsätze	143	131	151
Sanitätswesen	60	59	47
Verpflegung	5	2	1
Bekleidung	34	15	3
Fernmeldewesen	361	245	185

Feldzeugwesen	1051	893	777
Darunter			
- Fahrzeuge	145	90	65
- Kampffahrzeuge	226	200	144
- Munition	410	360	353
- Feldzeugmaterial	270	243	215
Quartiermeisterwesen	43	41	43
Schiffe + Marinegerät	355	470	600
Flugzeuge, Flugkörper	2203	2120	2038
Darunter			
- Waffensystem für Tiger	400	380	250
- NH-90	442	300	315
- EF 2000	911	977	1090
- A 400 M	25	13	18
- Sonstiges	425	450	365
Summe	4256	3976	3845

Bei der Bewertung der Tabelle fällt vor allem der jeweils hohe Anteil für fliegendes Gerät auf. Er liegt jeweils über 50 Prozent. Die Kosten für die Airbusse A 400 M treten erst ab 2011 auf den Plan. Allerdings gibt es keinerlei aktuelle Veröffentlichungen über die jährliche Kostenaufteilung über das Jahr 2007 hinaus. Was jedoch auch von Interesse ist, sind die Gesamtkosten (also die Summe für Beschaffung + Forschung, Entwicklung und Erprobung, FEE) der wesentlichen Waffensysteme und Ausrüstungen. Sie lassen sich aus dem Bundeswehrplan 2007 zusammen mit dem Einführungsjahr und den geplanten Anzahlen zu bestimmten Zeiten entnehmen.

Tabelle 5: Planung von Waffensystemen und Ausrüstungen (Auswahl)

Projekt	Einführung seit/ab	Anzahl 2007	Anzahl 2011	Anzahl insgesamt	Beschaffung + FEE, BwPl07 in Mio. €
Satellitenkommunikation Satcom Bw	2006				716
Alliance Ground Surveillance (AGS)	2012				500
Operative signalerfassende Aufklärung (UAV HALE SIGINT)	2010				650
UAV MALE	2009				250
SAR Lupe	2007	1 Sys/ 2Sat	1 Sys/ 5Sat	1 Sys/ 5Sat	733
Transporthubschrauber NH 90 (1. Los) ¹¹	2006	36	112	134	3790
Transporthubschrauber MH 90	2009	0	5	30	1503
Führungsinformationssystem Heer	2006				1159
Kleinfluggerät Zielortung KZO	2005	6	6	6	286
Gepanzertes Transport Kfz GTK Boxer	2008	0	152	272 ¹²	1438
Kampfhubschrauber Tiger	2005	30	80	80	4419
Tiger-Bewaffnung PARS 3 LR	2008			680 ¹³	817
Schützenpanzer Puma	2009	5	49	410	3846
Eurofighter 2000	2003	42	103	180	21139
Bewaffnung EF2000 Meteor	2012				765
Bewaffnung EF2000 Iris T	2005				633
Bewaffnung EF2000 Marschflugkörper Taurus	2005		600	600	610
Takt. Luftverteidigungssystem MEADS	2012				3942
Airbus A 400	2010	0	10	60	8607
Fregatten F 125	2012	0	0	4	2160
Korvetten K 130	2007	2	5	5	1211

U-212 (2. Los)	2012	0	0	2	824
Einsatzgruppenversorger EGV (2. Los)	2015			1	198

Eine Gegenüberstellung der projektierten Gesamtkosten (Beschaffungskosten + FEE) des Bundeswehrplans 2007 mit dem Bundeswehrplan 1997 macht deutlich, wie sehr sich die Stückpreise in den vergangenen zehn Jahren nach oben entwickelt haben.

Tabelle 6: Stückpreise von Waffensystemen¹⁴ und Ausrüstungen – Vergleich BwPl 1997¹⁵ / BwPl 2007 (Auswahl / jeweilige Anzahl in Klammern)

Projekt	Beschaffung + FEE BwPl 1997 in Mio. €	Beschaffung + FEE BwPl 2007 in Mio. €	Stückpreis BwPl 1997 in Mio. €	Stückpreis BwPl 2007 in Mio. €	Vielfaches des Stückpreises aus BwPl 1997
Alliance Ground Surveillance (AGS)	328	500	328	500	1,52
Operative signalerfassende Aufklärung (UAV HALE SIGINT)	177	650	177	650	3,67
Transporthubschrauber NH/MH 90	6143 (für 243)	5293 (für 164)	25,28	32,27	1,28
Kampfhubschrauber Tiger	6917 (für 212)	4419 (für 80)	32,63	55,24	1,69
Eurofighter 2000	14120 (für 180)	21139 (für 180)	78,44	117,44	1,50
Takt. Luftverteidigungssystem MEADS	3178	3942	3178	3942	1,24
Airbus A 400	2364 (für 75)	8607 (für 60)	31,52	143,45	4,55
Korvetten K 130	2687 (für 15)	1211 (für 5)	179,13	242,2	1,35
U-212 (2. Los)	1492 (für 4)	824 (für 2)	373	412	1,10
Einsatzgruppenversorger	298 (für 4)	198 (für 1)	74,5	198	2,66

Aus dem Jahr 2000 ist eine offizielle Aussage über Preissteigerungen bei Waffensystemen und Ausrüstungen überliefert. Der damalige Generalinspekteur Kirchbach ging von Preissteigerungen von 2 bis 6 Prozent jährlich aus.¹⁶ Das würde nach 10 Jahren zu Stückpreisen zwischen dem 1,22 und 1,79fachen führen. Ein Blick auf die rechte Spalte der obigen Tabelle zeigt, dass diese Aussage im Wesentlichen zutrifft, wenngleich ein Exemplar des Military-Airbus wesentlich teurer wird und überdeutlich aus dem Rahmen fällt und die Einzelpreissteigerungen der zwei anderen Großprojekte Eurofighter und Kampfhubschrauber Tiger sehr stark zu Buche schlagen. Beim Tiger ist man dem so begegnet, dass von der hohen Stückzahl (212) abgegangen (80) wurde; beim Eurofighter steht der Bundestagsbeschluss über die dritte Tranche über 75 Maschinen noch an. Den Beschluss über die zweite Tranche verband der Haushaltsausschuss 2004 mit der Auflage, wonach „in den Verträgen Regelungen zu vermeiden (sein), die eine Vorentscheidung zur Tranche 3 bedeuten könnten.“¹⁷ Es besteht also durchaus die Chance, wenigstens die dritte Tranche zu verhindern. Die Verhandlungen über die Vertragsunterzeichnung dürften im Jahr 2008 anstehen. Ein weiterer notwendiger Untersuchungsgegenstand sind die zusätzlichen Ausgaben, die durch die Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen entstehen.

Tabelle 7: Zusatzkosten durch Auslandseinsätze mit Beteiligung deutscher Soldaten (Bundeshaushalt 2007¹⁸)

Bezeichnung	Beträge in 1000 €
EUFOR Bosnien-Herzegovina	73965
KFOR Kosovo	168855
Enduring Freedom	83470

ISAF Afghanistan	314336
Sonstiges	1503
	642129

Allerdings wird der Gesamtbetrag 2007 aller Voraussicht nach wesentlich höher liegen als die bewilligte Gesamtsumme von 642 Mio. Euro. Das ergibt sich aus folgender Übersicht:

Tabelle 8: Voraussichtliche tatsächliche Zusatzkosten der Bw-Auslandseinsätze

Name	Gebiet	Führung	Bundeswehr ¹⁹ (Stand 19.12.06) ²⁰	Bundestags-Mandat bis	Zusätzl. Kosten in Mio. €	Monatl. Kosten in Mio. €
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
ISAF	Afghanistan Usbekistan	NATO	2905	13.10.07	460	38,3
KFOR	Kosovo	NATO	2300	31.05.07	190	15,8
EUFOR	Bosnien- Herzegovina	EU	888	15.12.07	74	6,2
UNMIS	Süd-Sudan	UNO	35	8.4.07	0,7	0,1
AMIS	Sudan/ Darfur	AU	0	2.06.07	0,8	0,13
UNIFIL	Libanon	UNO	1001	31.08.07	193	16,1
Active Endeavour	Mittelmeer	NATO	78	15.11.07	0	0
UNOMIG	Georgien	UNO	12	8.2.07	0	0
UNMEE	Äthiopien/ Eritrea	UNO	2	31.1.07	0	0
Enduring Freedom	Horn von Afrika	USA	259	15.11.07	74	6,2
EUFOR RD Congo			277	30.11.06		
			7794			82,83

Zur Erläuterung: Die Beträge in der Spalte (6) sind den jeweiligen Anträgen der Bundesregierung entnommen. Der Bundestag hat den Anträgen jeweils zugestimmt. Spalte (7) enthält die Beträge der Spalte (6) auf den Monat umgerechnet.

Zur Bewertung: Vorausgesetzt die Mandate werden mindestens bis zum 31.12.2007 verlängert, ergibt die Multiplikation der monatlichen Kosten mit Zwölf eine Jahressumme für 2007 von 993,96 Mio. Euro. Diese liegt um rund 350 Mio. Euro über dem Bundestagsansatz.

Angaben über die jährlichen Gesamtkosten der Auslandseinsätze der Bundeswehr waren im Mai 2006 einer Randnotiz in der FAZ zu entnehmen²¹ (Angaben in Euro): 1998: 182,6 Mio., 2000: 1.076,1 Mio., 2002: 1.502,1 Mio., 2004: 1.025,3 Mio., 2005: 884,3 Mio..

Fazit: Die Ansage der Kanzlerin, den deutschen Rüstungshaushalt mittel- und langfristig erhöhen zu wollen, um die Aufrüstung der Bundeswehr zum weltweiten Militärinterventionismus finanzieren zu können, war letztlich ein Impuls, neue Unterschriftensammlungen zu initiieren. „Spart endlich an der Rüstung“ des Bundesausschuss Friedensratschlag und „Stoppt die Auslandseinsätze der

Bundeswehr! Keine deutsche Kriegsunterstützung!“ der Informationsstelle Militarisation sind konkrete Angebote, um den Vorhaben der Regierung entgegenzuwirken.

Anmerkungen

¹ Die Welt, 20.9.2006, Merkel: Mehr Geld für die Bundeswehr.

² Website des Bundesfinanzministerium, Bundeshaushalt 2007, Punkt 8. Verteidigung http://www.bundesfinanzministerium.de/cdn_04/nn_4514/DE/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt__2007/node.html__nnn=true

³ Der prozentuale Abfall erklärt sich daraus, dass erstmals im Jahr 2006 die Ausgaben für die Versorgung von ehemaligen Beamten und Soldaten, die bis 2005 aus dem Einzelplan 33 bedient wurden, in den Einzelplan 14 überführt wurden. Das sind 3,99 Milliarden Euro, die 2006 herausgerechnet wurden, um 2005 und 2006 vergleichbar zu machen.

⁴ Siehe Fußnote 2

⁵ Der Finanzplan des Bundes 2006 bis 2010, bereinigte Ausgaben http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Aktuelles/Pressemitteilungen/2006/07/20060507__PM0085__1Anlage1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf

⁶ NATO-Russia Compendium of Financial and Economic Data relating to Defence, 18. Dezember 2006, 10 Seiten, Tabelle 1, Seite 5, <http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-159.pdf>

⁷ Generalinspekteur Schneiderhan, Bundeswehrplan 2007, erlassen am 31. März 2006, 62 Seiten, S. 4, http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/doc_ger/doc_ger.html#BwPlan2007Dok, im weiteren Bundeswehrplan 2007

⁸ Bundeswehrplan 2007, S.21f.

⁹ Bundeswehrplan 2007, S.46

¹⁰ Deutscher Bundestag, Haushaltsgesetz 2007, Entwurf vom 11.8.2006, Drucksache 16/2300 <http://dip.bundestag.de/btd/16/023/1602300.pdf>, 2928 Seiten, Einzelplan 14, S. 2113 bis 2302, im weiteren: Bundeshaushalt 2007

¹¹ Das 1. Los über 134 NH-90 ist unter Vertrag. Insgesamt besteht die Absicht 219 NH-90 zu beschaffen, Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 46

¹² Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 21

¹³ Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 46

¹⁴ Die Preise für die in der Tabelle aufgeführten Waffensysteme (Tiger, Eurofighter, Korvette, U-212) verstehen sich ohne Bewaffnung

¹⁵ Die Angaben des Bundeswehrplans 1997 sind entnommen: Tobias Pflüger, Die neue Bundeswehr, Köln 1997, 119 Seiten

¹⁶ Generalinspekteur Kirchbach; in: Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte, 23.5.2000, 56 Seiten, S. 45

¹⁷ Strategie und Technik, Januar 2005, S. 6

¹⁸ Bundeshaushalt 2007, S. 2148

¹⁹ Dazu müssen noch 42 Soldaten addiert werden, die für Evakuierungsnotfälle in Deutschland in Bereitschaft stehen.

²⁰ http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKld4w39bQESUGYpvqRaGKGbn4IsSB9b31f_zcVP0A_YLc0IhyR0dFALNCMzY!/?delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQV8xUIA!/?yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/W264VFT2439INFODE/content.jsp

²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ 27.5.2006

<http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse-2007-001LH-BW-Ruestung.pdf>

Martin Hantke:

Ohne Kontrolle

IMI-Analyse 2006/031 - in: *junge Welt*, 28.12.2006

Die europäischen Rüstungskonzerne wollen in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren. Die EU bereitet ihnen politisch den Weg dazu und finanziert diesen Wirtschaftssektor hinter dem Rücken der Öffentlichkeit.

Der europäische Rüstungsmarkt gerät in Bewegung: »Europäische Konzerne sehen gute Chancen auf dem US-Markt«, titelte das Handelsblatt am 19. September 2006. Geradezu enthusiastisch wird betont, daß sich die US-Regierung dieser expansiven Strategie nicht mehr in den Weg stelle. Nun sei nicht mehr »nur von europäischer Kooperation, sondern genauso selbstverständlich von transatlantischer Rüstungskooperation die Rede«. Dies eröffne ungeahnte Perspektiven für europäische »Konzerne wie BAE Systems, Thales oder EADS, die ›Festung‹ USA erobern zu können. Bisher hatten europäische Rüstungsgüter dort praktisch keine Chance.« Außer Rand und Band gerät die Zeitung, wenn sie sich vor Augen führt, wieviel Geld dabei zu machen ist: »Eine wirkliche Sensation würde es bedeuten, wenn EADS beim Milliardenauftrag zur Erneuerung der US-Tanker-Luftflotte zum Zuge kommen sollte. Auch ohne diesen Auftrag wächst das Unternehmen jedoch schon auf dem US-Markt, genau wie die Thales-Gruppe zum Beispiel, die ihren Umsatz in den USA seit 2002 jährlich um fast 25 Prozent steigern konnte.«

Thales war 2005 mit 8,5 Milliarden Dollar Umsatz die Nummer neun der Rüstungskonzerne weltweit, der deutsch-französisch dominierte EADS-Konzern und die britische BAE Systems nehmen mit jeweils 9,1 Milliarden und 20,9 Milliarden Dollar Umsatz Platz sieben und vier in der Rangliste der weltgrößten Waffenschmieden ein. Der britische Rüstungsproduzent will »seinen Umsatzanteil in Nordamerika mit eigener Kraft auf bis zu 80 Prozent binnen drei Jahren vergrößern«, berichtet die FAZ vom 20. November 2006. Bei EADS setzt man als Ausweg aus der Airbus-Krise verstärkt auf Rüstungsproduktion. Co-Vorstandschef Tom Enders gibt im selben Beitrag die Aufrüstungswegmarken vor: »Durch neues Geschäft in Großbritannien und Nordamerika soll sich bei der EADS der Umsatz der Militärsparte von heute 7,7 Milliarden Euro auf mindestens zehn Milliarden bis Ende 2007 vergrößern.«

Die drei größten europäischen Rüstungskonzerne wollen sich vom Kuchen des aufgeblähten US-Rüstungsmarktes einen Gutteil abschneiden, das Rüstungsbudget in den EU-Mitgliedstaaten reicht ihnen nicht mehr. Insofern hat ein Kurswechsel in Richtung Pentagon eingesetzt. Denn allein »mit einem Jahresbudget von 439 Milliarden Dollar (342 Milliarden Euro) ist Nordamerika der mit Abstand größte Rüstungsmarkt der Welt«, heißt es im FAZ-Artikel weiter. Davon fallen allein 120 Milliarden Dollar als »Sonderlasten« für die Kriege in Irak und Afghanistan an. Dagegen nimmt sich selbst der 193 Milliarden Euro schwere Rüstungshaushalt aller 25 EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks, das nicht an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnimmt, geradezu bescheiden aus.

Schaut man sich die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes seit der Einführung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) an, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als würde die 1961 in seiner Abschiedsrede ausgestoßene Warnung von US-Präsident Dwight D. Eisenhower vor einer »neuartigen Verbindung eines immensen Militärestabliments und einer riesigen Rüstungsindustrie« jetzt innerhalb der EU prototypisch umgesetzt. Symptome einer komplexhaften Verbindung von Kapital, Militär und Teilen des Staatsapparates,

zudem auffällige Konzentrationserscheinungen in rüstungsrelevanten Wirtschaftszweigen und nicht zuletzt ein intensiver Personalaustausch zwischen den entsprechenden Eliten sowie eine forschungs- und technologiepolitische Schwerpunktsetzung auf die Entwicklung neuartiger Waffensysteme sind die Charakteristika, die seit 1999/2000 mit neuer Qualität und europäischer transnationaler Dimension zum Vorschein kommen. Auf dem Kölner EU-Gipfel vom 3. und 4. Juni 1999 wurde unter der deutschen Ratspräsidentschaft die ESVP aus der Taufe gehoben. Zuvor hatten 1998 Großbritannien und Frankreich mit ihrer Erklärung von St. Malo den Weg dazu freigemacht. Dies war das Startzeichen für einen bis heute andauernden Prozeß der Transnationalisierung und Monopolisierung in der europäischen Rüstungsindustrie. Im Jahr 2000 fusionierten die Firmen Aerospatiale Matra (Frankreich), die CASA (Spanien) und die DASA (Deutschland) zur European Aeronautic Defence and Space Company (EADS). Dabei wurden 30 Prozent der Aktien an den Börsen ausgegeben, je 30 Prozent halten die Lagardère-Gruppe zusammen mit dem französischen Staat und DaimlerChrysler. Die spanische SEPI hält 5,5 Prozent. Der Rest der Anteile liegt bei Kleinaktionären. In Frankreich war der Rüstungskonzern Thompson CSF 1998 als neues Unternehmen aus den Rüstungssparten von Alcatel, Dassault Electronique und Thompson CSF entstanden. Nach der Übernahme der englischen Radical Electronics im Jahr 2000 benannte man sich Ende desselben Jahres in Thales um. Der britische Konzern BAE Systems entstand 1999 durch die Fusion von British Aerospace und Marconi Electronic Systems und stieg zum siebtgrößten Lieferanten des Pentagon auf.

EU-Politik bahnt Weg

Insbesondere Deutsche und Franzosen hatten sich für eine Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie eingesetzt. Am prägnantesten ist der Einsatz der damaligen Außenminister Frankreichs, Dominique de Villepin, und Deutschlands, Joseph Fischer, in ihrem Papier »Gemeinsame deutsch-französische Vorschläge für den Europäischen Konvent zum Bereich Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik« vom 22. November 2002 dokumentiert. Für den EU-Verfassungsvertrag schlugen Fischer und Villepin vor, »dem Vertrag im Anhang ein Protokoll beizufügen, in dem sich die Staaten, die dies wünschen, verpflichten, die erforderlichen Anstrengungen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unternehmen und neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, insbesondere durch Harmonisierung der militärischen Bedarfsplanung, Bündelung von Fähigkeiten und Ressourcen sowie Aufgabenteilung«. Zudem solle eine »europäische Rüstungspolitik« entwickelt werden. Dazu konzipierten die beiden Außenminister »die schrittweise Schaffung eines europäischen Rüstungsmarktes« und »die Gründung einer Europäischen Rüstungsagentur«.

Zum Jahresende 2006 können die EU-Institutionen Vollzug melden, auch wenn der EU-Verfassungsvertrag mit der Aufrüstungsverpflichtung der EU-Mitgliedstaaten vorerst gescheitert ist. Am 12. Juli 2004 wurde die Europäische Rüstungsagentur gegründet, aus sprachkosmetischen Gründen umbenannt in Europäische Verteidigungsagentur, und am 1. Juli 2006 einigten sich 22 der 24 im Vorstand der Rüstungsagentur vertretenen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Ungarn und Spanien auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rüstungsmarktes. Den großen europäischen Rüstungsfirmen wäre die verfassungsvertragliche Absicherung dieser rüstungspolitischen Unternehmungen lieber. Deshalb

warben sie auch vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 massiv für die Annahme des EU-Verfassungsvertrags.

Die deutsche Industrie wünscht sich eine noch stärkere eigene Gestaltung dieses Prozesses und eine weitere Verzahnung von Rüstungs- und Militärpolitik. In ihrem »Positionspapier der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zur Europäischen Verteidigungsagentur« vom Juni 2006 heißt es: »Auf dem Weg in die Europäisierung braucht die wehrtechnische Industrie eindeutige Orientierung, eine verlässliche politische Basis, d. h. auch ein klares Bekenntnis der deutschen Politik zu ihrer sicherheitspolitischen Rolle in künftigen europäischen Strukturen. Politik und Industrie müssen gemeinsam die strategische Positionierung der deutschen Wehrtechnik im künftigen Europa festlegen.« Oder kurz: Die Militarisierung der EU soll unumkehrbar gemacht werden, und die deutsche Rüstungsindustrie muß ihr Potential zur Profitmaximierung durch »Europäisierung« voll ausschöpfen.

Diese Position trifft bei der Bundesregierung auf vollstes Verständnis, so daß man in der ab Januar 2007 beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft von einer sehr engen strategischen Abstimmung von Militär, Politik und Wirtschaft ausgehen darf. Im ersten Halbjahr 2007 strebt die Bundesregierung »weitere Schritte der militärischen Zusammenarbeit in der langfristigen Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung an« (Bundestag-Drucksache 16/3680). Dabei wird betont, daß »Europas Wohlstand und politisches Gewicht in der Welt (...) entscheidend auf den Erfolgen europäischer Unternehmen auf den Weltmärkten« fußen. Die europäische Rüstungsindustrie ist dabei offensichtlich immer mitgedacht. Deshalb wird auch herausgestellt: »Die Fähigkeit der EU, zivile und militärische Instrumente zur Krisenvorbereitung und -bewältigung einzusetzen, soll u. a. im Rahmen der Planziel-Prozesse (Streitkräfteplanziel 2010, Ziviles Planziel 2008) gestärkt werden.« Dabei soll besonderes Augenmerk »den schnell verlegbaren, europäischen Gefechtsverbänden (insgesamt sind 19 EU-Battle-Groups geplant – M. H.), die vom 1. Januar 2007 an für Einsätze in Krisengebieten zur Verfügung stehen«, gelten. Zudem soll ab 2007 der Kern eines EU-Generalstabs, die sogenannte zivil-militärische Zelle, einsatzbereit sein. Dabei will man sowohl die »autonome Handlungsfähigkeit der ESVP« verbessern, als auch »die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO durch die Intensivierung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit in den Bereichen Einsatz und Fähigkeiten« ausbauen.

Mehr Geld für Rüstung

Für diese Art der Rüstungs- und Militärzusammenarbeit braucht es selbstverständlich Geld. Ein Weg ist es, die Militärhaushalte der EU-Mitgliedstaaten zu erhöhen, bis auf die von der NATO geforderten zwei Prozent des Bruttonationalprodukts für neue Mitglieder. Für Deutschland würde dies eine Erhöhung des Militärhaushalts von 23,9 Milliarden Euro auf 44 Milliarden bedeuten. Einstweilen müssen sich die Rüstungskonzerne allerdings mit einer Erhöhung um »nur« 500 Millionen Euro in diesem Jahr zufriedengeben. Jedoch ist man nun darauf verfallen, den EU-Haushalt als Steinbruch für die Anlegung klandestiner Militärhaushalte zu benutzen. Die finanzielle Vorausschau für den EU-Haushalt von 2007 bis 2013 weist einen Zuwachs der Mittel für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von 29 Prozent auf insgesamt nahezu 50 Milliarden Euro auf, darunter etliche Maßnahmen mit militärischen Bezügen. Aber auch in bisher zivil ausgerichteten Haushaltstiteln wie dem EU-Forschungshaushalt sind bis 2013 insgesamt etwa 1,6 Milliarden Euro zusätzlich zu den Mitteln der Mitgliedstaaten für EU-Sicherheits- und Rüstungsforschung wie auch für die militarisiertere Weltraumforschung bereitgestellt. Dies darf auch als Erfolg einer Pressure Group des militärisch-indu-

striellen Komplexes gewertet werden, der sogenannten »Group of Personalities«. Diese Gruppe von 27 europäischen Topmanagern und Spitzenpolitikern legte dem damaligen EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi am 15. März 2004 einen Bericht mit der Forderung vor, in Zukunft seitens der EU mindestens eine Milliarde Euro im Bereich der Sicherheits- und Rüstungsforschung auszugeben. Zu dieser Gruppe gehörten neben EU-Kommissaren Vorstandsvorsitzende und Vertreter von Rüstungsunternehmen wie EADS, Finmeccanica, Diehl, Thales, BAE Systems sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments wie Karl von Wogau (CDU), der heutige Vorsitzende des Unterausschusses »Sicherheit und Verteidigung«. Die Vorschläge der »Group of Personalities« setzten sich in der Folge im EU-Rat, in der EU-Kommission und im EU-Parlament durch, auch wenn das Budget etwas abgespeckt werden mußte. Es mag auch deshalb keine Überraschung sein, daß die Pilotprojekte im Sicherheits- und Rüstungsforschungsbereich, die von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurden, nahezu sämtlich an alte Bekannte wie BAE Systems, EADS und Thales gingen. Ob dabei auch Männer wie der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, laut eines Berichts des Stern mittlerweile Berater bei Thales, mithelfen sollen, neue Projekte an Land zu ziehen, ist nicht bekannt. Wichtiger ist vielleicht zur Erzeugung verstärkter Nachfrage nach Rüstungsgütern die enge Abstimmung zwischen den Spitzen von Militär, Politik und Wirtschaft. Der europäische militärisch-industrielle Komplex hat dafür eine neue Bühne gefunden, bei der auch hinter den Kulissen und in den Theatergräben weiter kooperiert werden kann.

Einheit: Militär, Industrie, Politik

Seit 2004 hat sich neben der NATO-Sicherheitskonferenz in München auch die »Handelsblatt Konferenz Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie« als Veranstaltung des europäischen militärisch-industriellen Komplexes etabliert. 2006 fand die dritte Konferenz statt, Veranstaltungsort war Berlin. Im »Adlon« in unmittelbarer Nähe zum Reichstag traf sich nahezu alles, was im europäischen Rüstungs- und Militärbereich Rang und Namen hat. Aus der Industrie waren vertreten Aegis Defence Services, ASG Luftfahrttechnik und Sensorik GmbH, DB Systems GmbH und DB Telematik GmbH, Deutsche Bank AG, EADS, Eurocopter Deutschland GmbH, Freshfields Bruckhaus Deringer, g.e.e.b. Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH, Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Lockheed Martin Global, PricewaterhouseCoopers LLP, RENK Aktiengesellschaft und Thales. Stolz vermerkte der Veranstalter zudem, wer »aus den verantwortlichen Staatsorganen, Institutionen und Verbänden« vertreten war: Neben der deutschen Botschaft in Peking die Bundesämter für Wehrtechnik und Beschaffung sowie für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundeskanzleramt, Bundesinnen- und Bundesverteidigungsministerium, der Bundesverband der deutschen Industrie, EU-Kommission, EU-Rüstungsagentur, NATO, das US-Außenministerium, das International Institute for Strategic Studies IISS, die spanische Nationalpolizei und das türkische Verteidigungsministerium. Wie bereits in den vergangenen Jahren führte neben Handelsblatt-Chefredakteur Bernd Ziesmer auch diesmal Zeit-Herausgeber Dr. Theo Sommer durch die Konferenz. Sommer betonte explizit »die Brücke zwischen sicherheitspolitischen, militärstrategischen und industriellen Entwicklungen und Erwartungen«, die die Konferenz schlage. BDI-Präsident Jürgen Thumann hob hervor, daß der Staat bei der Bewältigung seiner Sicherheitsaufgaben »auf eine leistungsfähige heimische wehrtechnische Industrie angewiesen« sei: »Die deutsche Sicherheits- und Rüstungsindustrie fühlt sich der Sicherheitsvorsorge verpflichtet und unterstützt die Bundesregierung, EU und NATO.« Um den

Dialog zwischen Industrie und Politik zu erleichtern, gab es anstelle des Teilnahmebeitrags von 1799 Euro plus Mehrwertsteuer pro Person einen vergünstigten Eintrittspreis »für Vertreter des Militärs, der Ministerien, der Politik und des diplomatischen Dienstes« in Höhe von 399 Euro. Neben der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers, dem Hauptsponsor der Konferenz, laut Selbstdarstellung mit Zugriff »auf die Ressourcen von insgesamt 130000 Mitarbeitern in 148 Ländern«, nutzten insbesondere Rüstungs- und Logistikunternehmen die Konferenz als exzellente Gelegenheit, sich ihrer Zielgruppe zu präsentieren. Zusätzlich zu Rüstungsindustriellen, Militärs, Abgeordneten, Bankenrepräsentanten, privaten Sicherheitsfirmen, Vertretern von sogenannten Beratungsfirmen konnte auch noch der deutsche Verteidigungsminister Franz Josef Jung als Hauptredner gewonnen werden. Mit Jamie Shea, politischer Planungsdirektor im Büro des NATO-Generalsekretärs in Afghanistan und durch seine täglichen Fernsehauftritte als NATO-Pressesprecher während des Jugoslawien-Krieges 1999 bekannt, und Oberstleutnant Tim Spicer von AGS zum Thema »Privatisierung der Sicherheit am Beispiel Irak« standen auch die aktuellen Kriege auf der Tagesordnung.

Fazit

Der europäische militärisch-industrielle Komplex setzt sowohl auf »Europäisierung« als auch auf »Transatlantisierung«. Die europäischen Rüstungskonzerne wollen in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren. Dabei gibt es aber weiterhin Probleme der Abstimmung, denn »nur kleine Teile der europäischen Streitkräfte sind in der Lage, mit amerikanischen Streitkräften zusammen zu agieren«, schreibt das Handelsblatt am 18. September 2006. Die Protagonisten einer weltweiten Steigerung der Rüstungsausgaben würden die mangelnde transatlantische Abstimmung beklagen: »Bisher fehlte in den meisten Konflikten nach dem Kalten Krieg eine gemeinsame europäische Position. Mit der für die Europäische Union bitteren und entlarvenden Folge, daß die USA zum Beispiel

Johannes Plotzki:

Töten als Geschäft

IMI-Standpunkt 2006/084 - in: Junge Welt, 13.12.2006

Anfang der Woche begrüßte der EU-Rat in einer Presseerklärung die Ausarbeitung eines rechtsverbindlichen, internationalen Rüstungsexportabkommens durch die UN-Generalversammlung als ein »wahres universelles Instrument«. Dieses von der UN-Versammlung am vergangenen Freitag auf den Weg gebrachte Abkommen soll Export, Import und Weitergabe konventioneller Waffen in internationalen Standards regeln. Nach Ratsangaben unterstützen die EU-Mitglieder mehrheitlich dieses Vorhaben und wollen eine aktive Rolle bei der Beendigung »unerwünschter und unverantwortlicher Weitergabe konventioneller Waffen« spielen, welche »Frieden, Sicherheit und den vollen Respekt für Menschenrechte untergräbt«.

EU-Hilfe für Oaxaca

Tatsächlich profitieren europäische Rüstungsexporteure auch von internen Konflikten, wie beispielsweise dem im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca. Immer wieder wurden dort Schüsse aus schweren Waffen auf die Demonstrierenden abgefeuert und zahlreiche von ihnen getötet. Woher diese Waffen stammen, beschäftigt auch den Unterausschuß Menschenrechte im Europäischen Parlament. Grüne und Mitglieder der Linksfraction hatten gefordert, daß die EU ihre Rüstungsexporte nach Mexiko einstellen müsse. Grund dafür: der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport. Dieser vom Rat der EU 1998 angenommene Verhaltenskodex für

mit ihrer Koalition der Willigen im Irak-Krieg 2003 eindrucksvoll demonstrierten, daß es den »Partner Europa« (noch) nicht gibt.« Kriegs- und Militäreinsätze sind dabei das Schmieröl der europäischen Rüstungsindustrie. Einzelne Kommentatoren reklamieren sogar schon die Führung für Europa im weltweiten Militäreinsatz des Westens als Transmissionsriemen für eine gemeinsame EU-Militärpolitik: »Nun ergibt sich mit dem Libanon-Konflikt jedoch eine historische Chance für Europa. Die europäische Führungsrolle könnte der entscheidende Schritt in Richtung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik werden.«

Ohne jede öffentliche Diskussion wird mehr und mehr Geld in den Rüstungssektor gepumpt. Wie dreist dabei mittlerweile vorgegangen wird, zeigte die EADS-Tochter Astrium ST. Sie benötigte »30 bis 40 Millionen Euro jährlich, um ihre Kompetenzen zu bewahren«, sagte Astrium-Chef Alain Charneau der Pariser Finanzzeitung La Tribune, heißt es in der Zeit vom 11. Dezember 2006. Astrium hat 2006 einen Umsatz von 1,6 Milliarden Euro, eine Milliarde davon im Rüstungsbereich. Von diesem Rüstungsumsatz »entfallen je 600 Millionen auf die Ariane und auf die französischen Atomraketen M45 und M51. Zum Jahresende erwartet die Firma einen Auftrag zur Weiterentwicklung der M51 im Wert von 300 Millionen Euro.«

Das bedeutet nichts weiter, als daß sich die europäische Rüstungsindustrie jetzt auch noch die Entwicklung von Atomraketen aus dem EU-Haushalt quersubventionieren lassen möchte. Allein dies zeigt, wie weit der Vorstoß des militärisch-industriellen Komplexes inzwischen geht, ohne auf Widerstand zu stoßen. Europa ist für die Rüstungskonzerne ein ideales schwarzes Loch, in dem alles verschwindet. Geld aus dem Bundeshaushalt für Atomraketen locker zu machen, würde dagegen auf ungleich größere öffentliche Aufmerksamkeit stoßen.

<http://www.imi-online.de/download/06-Analyse031-MH.pdf>

Rüstungsexport hält die Mitgliedsstaaten dazu an, keine Exporte zu genehmigen, »wenn eindeutig das Risiko besteht, daß das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zur internen Repression benutzt werden könnte«. Weiter heißt es, daß die Mitgliedsstaaten bei Rüstungsexporten »besondere Vorsicht und Wachsamkeit walten zu lassen« sollen, wenn in den Bestimmungsländern »von den zuständigen Gremien der UN, des Europarates oder der EU schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen festgestellt wurden«.

Genau dies passierte aber in jüngster Vergangenheit gleich mehrfach. Vergangenen Freitag veröffentlichte das Komitee gegen Folter der Vereinten Nationen die Ergebnisse seines 37. Zusammenkommens. Erwähnung findet darin auch die Situation in Mexiko. Das UN-Komitee dringt in seinem Abschlußbericht darauf, daß der mexikanische Staat »eine sofortige, gründliche und unabhängige Untersuchung zu den Vorfällen während der Polizei-Operation in San Salvador Atenco am 3. und 4. Mai 2006« einleiten soll. In San Salvador Atenco drangen Anfang Mai rund 3000 schwerbewaffnete Polizisten aus Landes- und Bundeseinheiten ein, stürmten wahllos Häuser, zerstörten Mobiliar und nahmen unter Anwendung äußerster Brutalität und Einsatz von Schusswaffen knapp 300 Menschen fest. Ein 14jähriger Jugendlicher wurde bei dem Einsatz erschossen, Dutzende Personen wurden verletzt, davon mindestens zwei durch Schusswaffen. Auch die EU-Kommission erklärt in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage des EU-Abgeordneten

Tobias Pflüger bezüglich der staatlichen Repression in Atenco, daß »die erniedrigende Behandlung der festgenommenen Personen und insbesondere der Frauen durch nichts zu rechtfertigen« sei.

Bestimmungen verletzt

Der aktuelle EU-Rüstungsexportbericht für das Jahr 2005 gibt Auskunft darüber, daß im Berichtszeitraum insgesamt für 4,4 Millionen Euro Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen nach Mexiko erteilt wurden. Lieferländer sind demnach Österreich, die Tschechische Republik, die BRD und Spanien. Laut dem am 27. September 2006 von der deutschen Bundesregierung beschlossenen Rüstungsexportbericht wurden im Jahr 2005 insgesamt sieben Einzelgenehmigungen für den Export von Kleinwaffen nach Mexiko im Wert

Johannes Plotzki:

Deutsche Waffen gegen streikende Lehrer in Mexiko?

IMI-Analyse 2006/029, in: AUSDRUCK 06/2006

Müssen schon bald einige EU-Staaten ihre Rüstungsexporte nach Mexiko einstellen? Möglicher Grund: Der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport verbietet Lieferungen von Waffen, wenn die Möglichkeit besteht, dass diese im Bestimmungsland zur internen Repression benutzt werden.

Trotz der Gegenpräsidentschaft des linksliberalen Andrés Manuel López Obrador wurde Felipe Calderón von der rechtskonservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) am 1. Dezember als neuer Präsident Mexiko vereidigt. Der als konservativer Hardliner geltende Calderón gab bereits bei dem Kongress für Mexikanischen Außenhandel Anfang des Monats im Bundesstaat Guerrero die Marschrichtung seiner Regierungszeit bekannt. Den Unternehmern und Wirtschaftspolitikern sagte er in Bezug auf die aktuellen Proteste eines breiten Oppositionsbündnisses in Oaxaca, dass man im Land den Respekt vor Gesetz und Autorität verloren habe, um sich dann zu dem zu verpflichteten, was er allen Vorwürfen des Wahlbetruges zum Trotz als sein erstes Mandat bezeichnete: das Gesetz zu hüten und die Menschen dazu zu bringen, es zu hüten. Calderón gab in Bezug auf die Wiederherstellung von investitionsfreundlicheren Zuständen zu, „es wäre anmaßend, sofortige Ergebnisse zu versprechen, sondern es wird uns Arbeit, Zeit, ökonomische Mittel kosten, und es wird uns leider wahrscheinlich auch Menschenleben kosten.“[1]

Schon sein Vorgänger und Parteifreund, Vicente Fox, wusste, dass neoliberaler Umbau und Führung mit harter Hand zusammenpassen. Aufrüstung und Verstärkung der Repressionsapparate stehen dabei dem Laissez-faire im wirtschaftlichen Bereich durch weitere Deregulierung und Liberalisierung Pate. In einer Reihe von Bundesstaaten übertrug die Regierung im Rahmen der Initiative Sicheres Mexiko („México Seguro“) dem Militär Polizeibefugnisse, was zu über 5000 Festnahmen führte. Beispiele für gewaltsame Niederschlagung von Protesten durch staatliche Sicherheitskräfte und Schusswaffengebrauch gibt es allein aus diesem Jahr eine ganze Reihe, wie auch internationale Menschenrechtsorganisationen in ihren Berichten bekannt geben.

UNO besorgt über brutale Polizisten in Mexiko

Ende November veröffentlichte das Komitee gegen Folter der Vereinten Nationen (UN) die Ergebnisse seines 37. Treffens. Erwähnung findet darin auch die Menschenrechtssituation in Mexiko. Das UN-Komitee drängt in seinem Abschlussbericht darauf, dass der mexikanische Staat „eine sofortige, gründliche und unabhängige Untersuchungen zu den Vorfällen während der Polizei-Operation in San Salvador Atenco am 3. und 4. Mai 2006“ einleitet.[2] Zur Erinnerung: In San Salvador Atenco drangen Anfang Mai

von 692165 Euro genehmigt. Darunter waren u.a. Gewehre und Maschinenpistolen. Weiter als der EU-Verhaltenskodex gehen die »Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern« aus dem Jahr 1982. Rüstungsexporte werden demnach grundsätzlich nicht genehmigt, wenn bereits »hinreichender Verdacht« besteht, daß das betreffende Rüstungsgut zur internen Repression oder zu sonstigen systematischen Menschenrechtsverletzungen mißbraucht wird. Von »verantwortungsvoller Weitergabe« ihrer Rüstungsgüter sind Deutschland und die EU weiter entfernt denn je.

<http://imi-online.de/2006.php3?id=1463>

rund 3000 schwerbewaffnete Polizisten aus Landes- und Bundeseinheiten ein, stürmten wahllos Häuser, zerstörten Mobiliar und nahmen unter Anwendung äußerster Brutalität und Einsatz von Schusswaffen knapp 300 Menschen fest. Ein 14-jähriger Jugendlicher wurde bei dem Einsatz erschossen, dutzende Personen wurden verletzt, davon mindestens zwei durch Schusswaffen. Auch Amnesty International kommt in seinem Bericht zur Folter in Mexiko zu erschreckenden Einschätzungen. Untersuchungen zeigten, dass Folter in Mexiko nach wie vor weit verbreitet ist. Demnach wenden insbesondere Strafverfolgungsbehörden und die Justizpolizei der einzelnen Bundesstaaten sowie der Kommunen Folter im Zuge von Verhaftungen oder in den ersten Stunden nach einer Festnahme an. In seinem Jahresbericht 2006 bemerkt Amnesty International, dass im Berichtszeitraum 2005 in Mexiko „kaum Fortschritte bei der Beendigung von Menschenrechtsverletzungen oder im Kampf gegen die Straflosigkeit zu verzeichnen“ waren.[3]

EU-Rüstungsexporte nach Mexiko

Der Weltentwicklungsbericht 2006 der Weltbank gibt Auskunft darüber, dass sich die mexikanischen Rüstungsimporte zwischen 1995 und 2005 versechsfacht haben. Damit liegt Mexiko an der Spitze aller lateinamerikanischen Länder was Rüstungsimporte betrifft. Die mexikanischen Einfuhren von Waffen und Munition machten im Vorjahr (2004) rund 46% der Rüstungsimporte Gesamt-Lateinamerikas aus. Allein in ihrem vorletzten Amtsjahr 2005 hat die Fox-Regierung die Waffen-Bestellungen von 12 Mio. auf 34 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht.

In der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2005 ging allein aus der EU unterschiedlichstes Rüstungsmaterial im Wert von mehr als 243,6 Mio. Euro an die Fox-Regierung. Mexiko ist einer der wichtigsten Empfängerländer der EU diesbezüglich. Laut den Jahresberichten des EU-Ministerrates haben im gleichen Zeitraum 14 der jetzigen 25 EU-Mitgliedsländer Kriegsmaterial an Mexiko geliefert: Deutschland, Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Italien, Litauen, Polen, England und Schweden. Gemäß dem mexikanischen Nachrichtenmagazin Proceso vom 17.11.06, bestätigte Nicolas Kerleux, Pressereferent des Rates der EU, dass die mexikanischen Polizeikräfte einer der Empfänger dieser EU-Exporte seien.[4] Ein am 12. September diesen Jahres erscheinender Bericht des Rates der EU kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Waffenhandel mit Mexiko für die französischen Hersteller unter Fox äußerst günstig entwickelte und allein die französischen Lieferungen, größtenteils elektronische Ausrüstung für die militärische Nutzung, Kampflugzeuge und verschiedene Schusswaffen, im vergangenen Jahr 68%

der EU-Rüstungsexporte an Mexiko ausmachten.

Seit 2003 schlüsselt die EU die Rüstungsexporte ihrer Mitgliedsländer in 22 Kategorien auf. Besondere Beachtung verdienen dabei im Zusammenhang mit deren Verwendung gegen die Zivilbevölkerung sogenannte Kleinwaffen, also Maschinenpistolen, Maschinengewehre, sowie voll- und halbautomatische Waffen. In den vergangenen drei Jahren bestellte Mexiko bei EU-Ländern Waffen dieser Kategorie im Wert von 7,47 Mio. Euro, davon mehr als die Hälfte im vergangenen Jahr. Der aktuelle EU-Rüstungsexportbericht für das Jahr 2005 gibt Auskunft darüber, dass im Berichtszeitraum insgesamt für 4,4 Mio. Euro Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen nach Mexiko erteilt wurden. Lieferländer sind demnach Österreich, die Tschechische Republik, Deutschland und Spanien.[5]

EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport - nur ein weiterer Papiertiger?

Die Frage stellt sich angesichts der aktuellen politischen Konflikte zwischen Polizeieinheiten und Protestierenden im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, ob nicht der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport spätestens jetzt einer weiterer Versorgung des mexikanischen Staates mit Waffen aus Europa im Wege stehen müsste.

Dieser vom Rat der EU am 8. Juni 1998 angenommene Verhaltenskodex für Rüstungsexport geht in seinem zweiten Kriterium auf die Achtung der Menschenrechte im Endbestimmungsland ein. Darin werden die Mitgliedsstaaten dazu angehalten, keine Exporte zu genehmigen, „wenn eindeutig das Risiko besteht, dass das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zur internen Repression benutzt werden könnte.“ Interne Repression umfasst demnach „Folter sowie andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, das Verschwindenlassen von Personen, willkürliche Verhaftungen und andere schwere Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Laut dem zweiten Artikel des gleichen Kriteriums werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, bei Rüstungsexporten „besondere Vorsicht und Wachsamkeit walten zu lassen“, wenn in den Bestimmungsländern „von den zuständigen Gremien der VN, des Europarates oder der EU schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen festgestellt wurden.“

Bezüglich der versuchten Niederschlagung der langanhaltenden Proteste im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca gibt Amnesty International unmissverständlich in einer Eilmeldung vom 24.08.2006 bekannt, dass die Sicherheitskräfte „in exzessiver und unangemessener Weise Gewalt gegen Teilnehmer an Protestkundgebungen im Bundesstaat Oaxaca angewandt“ haben, und fordert die mexikanischen Behörden zur Einhaltung der „Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen“ sowie des „Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen“ auf.[6]

Mittlerweile haben nicht nur mehrere internationale Menschenrechtsorganisationen und das UN-Komitee gegen Folter die Verletzung der Menschenrechte bei den Polizeieinsätzen in Atenco festgestellt, sondern auch die EU-Kommission erklärt in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage des parteilosen EU-Abgeordneten Tobias Pflüger bezüglich der staatlichen Repression in Atenco, dass „die erniedrigende Behandlung der festgenommenen Personen und insbesondere der Frauen durch nichts zu rechtfertigen“ sei.[7]

Reichen diese Erklärungen aus, um im EU-Rahmen die Rüstungsexporte nach Mexiko zu überdenken? Ergänzend zum EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport gibt es etwas Vergleichbares auf nationaler Ebene einzelner Mitgliedsstaaten. Diese gehen teilweise über die EU-Richtlinie hinaus und waren in Einzelfällen wirksa-

mes Instrument zur Überprüfung von Waffenausfuhren.

So sorgte kurz vor dem Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten Vicente Fox im Jahr 2000 ein Zwischenfall für kurzzeitige Verstimmung im europäisch-mexikanischen Waffengeschäft, als Mexiko von Belgien 500 Gewehre vom Typ P-90 kaufen wollte. Die Verträge dafür waren bereits unterzeichnet, als Belgien am 2. Mai 2000 diese Exportabkommen einseitig aufkündigte. Die Begründung war, dass belgisches Parlament habe seine Sorge darüber geäußert, Waffen mit derartig hoher Durchschlagskraft könnten in die Hände von Drogenkartellen und anderer Gruppen organisierten Verbrechens gelangen.

Dirk van der Maelen, Fraktionsvorsitzender der Flämischen Sozialdemokraten im belgischen Parlament, erinnert sich in einem Interview mit dem mexikanischen Nachrichtenmagazin Proceso, dass unterschiedliche Abgeordnete damals angemahnt hätten, wenn dieser Export zustande käme, sei dies eine Verletzung des belgischen nationalen Waffengesetzes und des EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport.[8]

Deutschland: ganz vorn bei Waffenexporten

Das Stockholmer SIPRI-Institut sah Deutschland für 2005 auf dem vierten Platz der weltweiten Rüstungsexporteure. Für den Zeitraum von 2001 bis 2005 rangiert Deutschland nach den Feststellungen dieses Instituts ebenfalls auf Platz 4.[9] Die deutschen Rüstungsexporte werden durch das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) geregelt. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 1982 sind neben dem entsprechenden EU-Verhaltenskodex Richtlinien für die Auslegung der benannten Gesetze. Die am 19. Januar 2000 vom Bundeskabinett beschlossene Neufassung der „Politischen Grundsätze“ hat die folgenden wesentlich neuen Elemente eingeführt: Die Beachtung der Menschenrechte ist für jede Exportentscheidung von hervorgehobener Bedeutung, unabhängig davon, um welches mögliche Empfängerland es sich handelt. So werden Rüstungsexporte grundsätzlich nicht genehmigt, wenn „hinreichender Verdacht“ besteht, dass das betreffende Rüstungsgut zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht wird. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle. Die Grundsätze gehen hier weiter als der EU-Verhaltenskodex, wonach erst bei insofern bestehendem „eindeutigen Risiko“ keine Ausfuhrgenehmigung erteilt werden soll.

Laut dem am 27. September 2006 von der deutschen Bundesregierung beschlossene Rüstungsexportbericht 2005 haben sich mit 1.629,7 Mio. Euro (2005) die deutschen Kriegswaffenausfuhren innerhalb der letzten acht Jahre mehr als verdoppelt. Im Berichtszeitraum wurden 3 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen nach Mexiko im Wert von 496.515 Euro erteilt. Im Bereich der Kleinwaffen wurden 7 Einzelgenehmigungen für deren Export nach Mexiko im Wert von 692.165 Euro im Jahr 2005 genehmigt. Darunter waren u.a. Gewehre und Maschinenpistolen, und zusätzlich Munition im Wert von 15.000 Euro für Gewehre und Maschinenpistolen.[10]

Unklarer Endverbleib - wenn Polizisten nach Feierabend auf Journalisten feuern

Völlig ungeklärt bleibt letztlich bei allen Waffenexporten deren Nutzung nach erfolgter Lieferung. Dazu sagen die bereits erwähnten Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen, „der Endverbleib der Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter ist in wirksamer Weise sicherzustellen.“ Aber wie soll das geschehen? Klar ist, dass gerade in den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Mexiko, wie Ende Oktober in Oaxaca oder

dem jüngsten Massaker im lakandonischen Regenwald in Chiapas auch paramilitärische Gruppen und sogar einzelne Polizisten in zivil involviert sind. So wurden ein örtlicher Polizist, ein Mitarbeiter der lokalen PRI-Administration, ein Sicherheitschef, sowie ein ehemaliges Mitglied der Paramilitärs als Mörder des Ende Oktober in Oaxaca erschossenen New Yorker Kameramanns Brad Will identifiziert.

Zuletzt am letzten November-Wochenende kam es wieder zu tödlichen Angriffen seitens staatlicher Sicherheitskräfte auf Protestierende im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca. Die Zahl der in dem seit Juni andauernden Konflikt aus Polizeiwaffen Getöteten erhöhte sich damit nach Angaben der Versammlung der Bevölkerung von Oaxaca (APPO) um weitere fünf. Außerdem sind etliche Verletzte, Verhaftete und Verschwundene die traurige Bilanz der brutalen Niederschlagung einer Demonstration, die sich auch gegen die militärische Besetzung des zentralen Platzes in der Landeshauptstadt richtete. Wie zuvor wurden auch bei den diesmaligen Angriffen Schüsse aus schweren Waffen auf die Demonstrierenden abgefeuert.

Woher diese Waffen stammen, beschäftigt momentan den Untersuchungsausschuss Menschenrechte im Europäischen Parlament. Grüne und Mitglieder der Linksfraction hatten dort die Frage aufgeworfen, ob die EU nicht künftig ihre Rüstungsexporte nach Mexiko einstellen müsse und berufen sich dabei auf den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport. Noch sind in dem Zusammenhang längst nicht alle Mittel ausgeschöpft. Erster Schritt müsste die Umwandlung des EU-Verhaltenskodex in einen Gemeinsamen Standpunkt des Rates der Europäischen Union sein, weil erst dann von den Mitgliedstaaten verbindlich verlangt würde, ihre nationale Gesetzgebung mit den im EU-Kodex festgelegten Normen in Übereinstimmung zu bringen. Denn noch gibt es viel zu viele Schlupflöcher, wie auch internationale Initiativen zur Rüstungsexportkontrolle betonen: „Die bestehenden Kontrollsysteme sind in ihrer jetzigen Form völlig ungeeignet, um internationale Rüstungstransfers zu regulieren,“ so Dr. Mathias John, Rüstungsexperte von Amnesty International Deutschland.[11]

Ungeklärt bleibt außerdem die Frage, wie der Tendenz von Verlagerungen der Produktionsanlagen ins Ausland, einschließlich der Vergabe von Verträgen über Lizenzproduktion begegnet werden kann. So vergibt auch Heckler&Koch aus Oberndorf am Neckar Lizenzen für die Produktion des Sturmgewehres G-3, sowie des Maschinengewehrs HK 21 nach Mexiko.[12] Es ist bereits abzusehen, dass das G-3 Nachfolgemodell, das G-36, ebenso in Mexiko zum Einsatz kommen wird. Der Weg geht dabei über den Export von Waffenkomponenten. Diese „blinden Passagiere“[13] nutzen ein weiteres Schlupfloch in der Rüstungsexportkontrolle aus, da diese weiterhin zwischen Waffensystemen und Komponenten unterscheidet. Dabei ist dies für die Rüstungsproduktion letztlich unerheblich, wie folgendes Beispiel verdeutlichen soll. Das für die mexikanische Armee neu entwickelte Gewehr mit dem Namen FX-05 wird überwiegend Teile des Sturmgewehrs G36 enthalten. In den vergangenen Monaten verdichteten sich die Hinweise, dass dafür von Heckler&Koch Komponenten geliefert werden sollen.[14]

Sind Maßnahmen zur besseren Kontrolle von Rüstungsexporten dringend nötig, so sind langfristig Rüstungsproduktion und deren Export gänzlich zu beenden, da jede neu produzierte Waffe auch dazu genutzt werden kann, Gewalt und Unrecht anzuwenden, egal wo. Eindeutig fällt die Beurteilung im Rüstungsexportbericht 2005 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) bezüglich dem Geschäft mit Waffen aus: „Jeder Rüstungsimpport vermindert durch seine Kosten die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, denn Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Das Geld, das von importierenden Regierun-

gen für Rüstungseinfuhren aufgewandt wird, steht für die Finanzierung von Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge und andere entwicklungsfördernde Ziele nicht mehr zur Verfügung.“[15]

Anmerkungen

[1] La Jornada, 7.11.06.

[2] UN-Committee against Torture Concludes (37th Session), 24.11.2006.

[3] Amnesty International: Jahresbericht 2006 Mexiko.

[4] Vgl. Proceso, 17.11.06.

[5] Vgl. Council of the European Union: Eighth annual report according to operative provision 8 of the European Union Code of Conduct on Arms Exports, 12 September 2006.

[6] Amnesty International: UA-227/2006 v. 24.08.2006.

[7] Aus der Antwort der EU-Kommission auf die schriftliche Anfrage von Tobias Pflüger (parteiloses Mitglied der Linksfraction im Europäischen Parlament) zu den Vorfällen in Atenco vom 8. Juni 2006.

[8] Vgl. Proceso, 17.11.06.

[9] Vgl. SIPRI-Yearbook 2006, 12.06.2006.

[10] Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2005 (Rüstungsexportbericht 2005), September 2006.

[11] Zit. nach: Oxfam Deutschland, Pressemitteilung, Berlin, 02.10.2006.

[12] Vgl. Otfried Nassauer/Christopher Steinmetz: „Made in Germany“ inside Komponenten - die vergessenen Rüstungsexporte, März 2005.

[13] Ebenda.

[14] Vgl. Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen (DAKS) [Hrsg.]: Kleinwaffen-Newsletter August 2006.

[15] Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)[Hrsg.] Rüstungsexportbericht 2005.

<http://www.imi-online.de/download/dezember06-JP.pdf>

Claudia Haydt:

Keine Einbahnstraße - Kontinuitäten deutsch - israelischer Rüstungskooperation

IMI-Analyse 2006/027 - in: Analyse und Kritik 20.10.2006

Die ersten Lieferungen von deutschen Rüstungsgütern nach Israel 1956 und die erstmalige Stationierung von Bundeswehrsoldaten im Nahen Osten 2006, trennt ein halbes Jahrhundert, aber sie verbindet eine konsequente Traditionslinie der militärpolitische Kooperation zwischen Israel und Deutschland. Erklärte Absicht der deutschen Entscheidungsträger war „Wiedergutmachung“, faktisch jedoch war die Kooperation keine Einbahnstraße und der realpolitische Vorteil vieler Arrangements für die deutsche Seite war und ist beträchtlich.

Die ersten Waffenlieferungen an Israel, zwei Patrouillenboote aus der Bootswerft Burmester, gefertigt 1955/56, fanden zu einem Zeitpunkt statt als Machtpolitiker in Westdeutschland die Rüstungsökonomie Deutschlands wieder aufbauen wollten – aber noch nicht durften. Die Wiederbewaffnung (West-)Deutschlands sowie die Gründung der Bundeswehr fanden kaum Unterstützung in der Bevölkerung und wurden dennoch zuerst verdeckt durch das Amt Blank (1) und dann offen umgesetzt. Die Rüstungskooperation mit Israel wurde wesentlich länger als Verschlussache gehandhabt. Bis in die 1980er Jahre wickelten die Geheimdienste der beiden Länder, Mossad und BND, die für beide Länder gewinnbringende Kooperation ab.

„Wiedergutmachung“ war das Schlagwort mit dem die Rüstungskooperation begonnen wurde. Damit war auch „Wiedergutmachung“ für die schleppende diplomatische Anerkennung Israels durch die Bonner Regierung gemeint. Aus Angst davor, die guten wirtschaftlichen Beziehungen zu verschiedenen arabischen Staaten zu gefährden und weil diese androhten die DDR anzuerkennen (2), dauerte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 10 Jahre länger als die Aufnahme der militärpolitischen Kooperation.

Die Rüstungs- und Ausbildungskooperation gedieh zum Vorteil von Militärs, Unternehmen und Politikern beider Seiten. Die Kriege 1967, 1973 und 1982 führten nicht nur zu Opfern bei ZivilistInnen und SoldatInnen in Israel, Libanon, Ägypten und anderen Staaten der Region sondern brachte auch sowjetische Waffentechnologie, z.B. aus Beständen der syrischen oder ägyptischen Armee, in die Hände israelischer Nachrichtendienste. Diese wiederum teilten ihre Einsichten mit den deutschen Partnern. Was man so etwa über sowjetische Schützenpanzer BMP-1 oder T-62 Panzer herausfand floss ein in die Entwicklung des Leopard Panzers und des Schützenpanzers Marder.

„Wiedergutmachung“ mit Bundeswehrsoldaten

Anfang der 1990er Jahre revanchierte sich dann die deutsche Regierung mit Lieferung von Anschauungsmaterial aus Beständen der NVA, das Aufschlüsse vor allem auf die Bewaffnung des syrischen Nachbarn lieferte. Die Lieferungen von Rüstungsgütern an Israel waren und sind rechtlich mehr als heikel. Dies, zusammen mit Rücksichten auf arabische Geschäftspartner führte schon früh dazu, dass die Wege der Rüstungsgüter von Deutschland nach Israel nicht immer direkt und transparent waren. Die ersten U-Boote für Israel (Typ GAL) wurden Mitte der 70er Jahre nach deutschen Plänen und mit deutschen Ingenieuren in Großbritannien gebaut, Fertigteile von Schnellbooten wurden in Frankreich montiert und andere Rüstungsgüter in den USA gefertigt. Was direkt aus Deutschland exportiert wurde war nicht immer richtig deklariert, wie die NVA-Bestände, die 1991 als land- und fortwirtschaftlichen

Gerätschaften auf den Weg nach Israel gingen.

In den letzten Jahren verlagerte sich die Initiative der Rüstungskooperation mehr in Richtung Industrie. Kooperationen von Unternehmen in Israel und Deutschland z.B. im Bereich von Kommunikationselektronik oder Sensorik sichern Aufträge und erschließen neue Märkte. Israelischen Unternehmen öffnet sich so der europäische Markt und deutsche Produkte kommen beispielsweise nach Indien oder in die Türkei.

Auch die Ausbildung von deutschen und israelischen „Sicherheitskräften“ verlief und verläuft in enger Kooperation. Stabsoffiziere der IDF (Israel Defence Forces) nehmen schon seit 1984 regelmäßig an der Generalstabsausbildung der Bundeswehr teil, 1998 wurden das erste Mal 17 deutsche Offiziere in Israel ausgebildet. Allerdings läuft die „Sicherheitskooperation“ bei der Ausbildung schon länger in beide Richtungen: bereits in den 1970er Jahren wurden z.B. GSG-9-Kommandeure in Israel trainiert(3). Delegationen der beiden Armeen sind in regelmäßigem Austausch. Im Mai 2004 etwa informierten sich Befehlshaber der „Technology and Logistics Branch“ der der IDF beim Streitkräfteunterstützungskommando der Bundeswehr über „die feldmäßige Versorgung mit Munition und Treibstoffe, den in wenigen Minuten durchgeführten Austausch eines Leopard-Triebwerks, die sekundenschnelle Errichtung eines Checkpoints ...“ und war sich dabei schnell einig: „Beide Armeen verbindet eins:...die Notwendigkeit der Umsetzung effizienter Strukturen.“(4)

Die Kooperation deutscher Rüstungsunternehmer und deutscher Militärpolitiker beschränkte sich jedoch keineswegs nur auf Israel. Deutsche Raketexperten arbeiteten Anfang der 1960er Jahre für Ägypten, in den 1980er Jahren halfen deutsche Unternehmen tatkräftig beim Aufbau von Chemiewaffenanlagen in Irak und Libyen. Saudi-Arabien und die vereinigten Arabischen Emirate gehören zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter in der Region. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass im Krieg zwischen Israel und der Hisbollah deutsche Waffen ihre Wege zu beiden Konfliktparteien gefunden hatten. Der israelische Standard-Kampfpanzer vom Typ „Merkava“ fährt mit einem deutschen Motor. Seine 120-mm-Granaten verschießt er mit einer in Deutschland entwickelten Kanone. Die deutsche Stabilisierungselektronik ermöglicht das gezielte Schiessen bei voller Fahrt. Panzerabwehr-Raketen vom deutsch-französischen Typ Milan wiederum stellen die größte Gefahr für die Merkava-Panzer dar. G3-Gewehre aus iranischer Produktion und mit deutscher Lizenz von Heckler und Koch gehören zur Standardbewaffnung der Hisbollah.

Wenn die israelische Sicherheit durch allzu offensichtliche Geschäftstüchtigkeit deutscher Unternehmen mit gefährdet ist, dann wird es Zeit für neue Runden der „Wiedergutmachung“. Als im Golfkrieg 1991 irakische Scud-Raketen auf Israel abgefeuert wurden, schenkte die deutsche Regierung Israel zwei Flugabwehr-Batterien vom Typ Patriot und vereinbarte die Lieferung von drei U-Booten des Typs Dolphin. Diese U-Boote sind mit atomaren Waffen bestückbar, stellen somit eine Beihilfe zur nuklearen Proliferation dar und sorgen dafür, dass sich Aufrüstungsspirale in der Region immer weiter dreht.

Militärpolitische Kooperation und Interessenpolitik

Zwischen 1994 und 2001 kamen Waffenexporte in Höhe von

mindestens 120 Milliarden in den Nahen Osten, der stellt damit global den wichtigsten Absatzmarkt für Rüstungsgüter dar (siehe Abbildung; <http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/eps/infografiken/Waffenhandel1cEPS.ps>).

Leider liefern westliche Staaten - nicht zuletzt Deutschland - nach wie vor Rüstungsgüter in die Region. Der Verkauf von zwei weiteren deutschen U-Booten an Israel, die Lieferung von 72 Eurofighter an Saudi-Arabien oder die Lieferung eines ATP Dingo 2 Testfahrzeugs sind lediglich drei aktuelle Beispiele aus dem Jahr 2006 für die gefährliche Aufrüstungsspirale im Nahen Osten, die von außen immer weiter angetrieben wird.

Es gibt angesichts dieser gefährlichen Entwicklung keine Alternative zu einem kompletten Stopp der Lieferung sämtlicher Rüstungsgüter in die Region. Auf dieser Grundlage ist eine regionale Friedens- Abrüstungskonferenz nötig, deren Finanzierung von all jenen unterstützt werden muss, die an der Aufrüstung verdient haben.

Leider ist eine regionale Abrüstung zur Zeit nicht auf der politischen Tagesordnung zu finden. Einzig die Hisbollah soll nun nach Ende des jüngsten Libanonkriegs ihre Waffen abgeben oder wenn sie dies nicht freiwillig tut, dazu gezwungen werden – auch mit Hilfe deutscher Soldaten. Zwei Fregatten, vier Schnellboote und zwei Versorgungsschiffe mit 1000 Soldaten kamen Anfang Oktober in Zypern an und sollen im Rahmen der UN-Resolution 1701 von ihrer dortigen Basis aus Waffenschmuggel verhindern. Bis zu 2400 Soldaten sollen diese „robuste“ Aufgabe wahrnehmen.

Waffenschmuggel fand allerdings bisher vorwiegend über den Landweg statt. Es ist einerseits sehr unwahrscheinlich, dass sich dies ändern wird, andererseits ist Waffenschmuggel insgesamt schwer zu stoppen, wenn die entsprechenden Akteure die Unterstützung der Bevölkerung haben. Selbst in den hermetisch abgeriegelten Gaza-Streifen schmuggelten militante Kräfte Katyuscha-Raketen. Glücklicherweise schließt bis jetzt keine der bisher angedachten Anti-Schmuggel-Strategien ein Gaza-Szenario ein. Der militärische Sinn einer deutschen Präsenz vor dem Libanon ist also mehr als zweifelhaft.

Die Medienberichterstattung in Deutschland konzentrierte sich weniger auf die von Politikern angeführte „Hilfe für Israel“ sondern mehr auf anrührende Bilder von zurückbleibenden Partnerinnen und Kindern der Soldaten und auf Kanzlerin Merkel, die vor diesem Hintergrund erklärte, dass die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr für deren gewachsene Aufgabengebiete nicht mehr ausreicht. Wenn Merkel davon redet, die Mittel, die Deutschland derzeit für seine Verteidigung aufwende, seien „auf mittlere und längere Sicht nicht ausreichend“, dann meint sie damit jedoch weniger das Wohl der Soldaten, es geht ihr wohl eher um die Möglichkeit militärische Machtpolitik auszuüben. „Es müssten die militärischen Fähigkeiten mit den Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden, um politische Verantwortung zu übernehmen.“ (Financial Times Deutschland Online 20.9.2006)

Rüstungsspirale- Nach allen Seiten offen

Die Frage, ob es überhaupt sinnvoll oder gar nötig ist, deutsche Soldaten in alle Welt zu schicken, gerät zur Nebensache. Erreicht wird durch den Einsatz der Bundeswehr in der Region Naher Osten aber auf jeden Fall eine völlige Enttabuisierung deutscher Militäreinsätze. Nach diesem Einsatz ist weltweit keine Region mehr denkbar in der, aus welchen moralischen Gründen auch immer, deutsche Soldaten nicht eingesetzt werden können. Wie in den 1950er Jahren Rüstungsproduktion für Israel dabei half deutsche Rüstungskapazitäten wieder aufzubauen, so hilft nun der Libanoneinsatz dabei die letzten Schwellen für die globale machtpolitische Entfaltung des deutschen Militär niederzureißen.

Bis heute hat die deutsche Rüstungs- und Militärpolitik wesentlich mehr zur Konflikteskalation als zur Herstellung von dauerhafter Sicherheit beigetragen. Nicht nur für den Nahen Osten ist deswegen die Frage relevant ob „Sicherheit“ überhaupt durch Rüstung und Militär herstellbar ist. Aufgrund ihrer großen moralischen Verantwortung für die Entstehung und die Aufrechterhaltung der Kriege und Krisen im Nahen Osten, sind deutsche Soldaten auf jeden Fall das denkbar schlechteste und unglaublichste Mittel zur Deeskalation. Ein wesentlicher Schritt zur Vorbereitung einer Lösung könnte ein umfassendes ziviles Wiederaufbauprogramm für alle Opfer des Libanonkrieges sein, das weit über die Zusagen der Geberkonferenz hinausgeht und direkt bei den Betroffenen ankommt. Die Menschen im Süden des Libanon erleben bis jetzt fast ausschließlich die Hisbollah als Helfer. So wird kaum Akzeptanz geschweige denn Unterstützung für eine Entwaffnung der Hisbollah zu mobilisieren sein.

Anmerkungen

- (1) Das Amt Blank war von 1950 bis 1955 die Vorgängerorganisation des Bundesministeriums für Verteidigung.
- (2) Martin Kloke, 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, Informationen zur politischen Bildung 2005.
- (3) Shlomo Spiro, Für Israels Sicherheit paktieren wir sogar mit dem Teufel, 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen der Nachrichtendienste, Das Parlament 15.4.2005.
- (4) Streitkräftebasis, Rundflug über die Logistik, 12.5.2004.

<http://www.imi-online.de/download/dezember06-CH.pdf>

Jonna Schürkes:

„Armee der Arbeitslosen“: Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr

IMI-Analyse 2006/020 - in: AUSDRUCK (Oktober 2006)

Immer mehr Menschen sehen sich aufgrund fehlender Berufschancen gezwungen, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten und damit an riskanten Auslandseinsätzen teilzunehmen. Damit ist auch in diesem Bereich unserer Gesellschaft eine Abwälzung der Risiken auf sozial Schwache und Marginalisierte zugunsten derjenigen zu beobachten, die sich aufgrund ihrer Herkunft ohnehin schon weniger Risiken ausgesetzt sehen.

Der Zusammenhang zwischen wachsender Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, Sozialabbau und zunehmenden Bundeswehreinsätzen im Ausland lässt sich nicht nur durch steigende Militärausgaben bei gleichzeitig sinkenden Sozialausgaben herstellen, wie dies im Allgemeinen geschieht. Diejenigen, denen die Sozialausgaben gekürzt werden, sind oft auch die, die bei Einsätzen im Ausland ihr Leben riskieren und die möglicherweise erst durch diese Kürzung dazu gezwungen werden.

Gleichzeitig stoßen die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf zunehmenden Widerstand. Eine Befragung der ARD ergab, dass der Kongoeinsatz von 59 Prozent der deutschen Bevölkerung abgelehnt wird.[1] Auch die betroffenen Soldaten sind von dem Sinn des Einsatzes nicht überzeugt.[2] Ebenso sprachen sich laut einer Emnid-Umfrage 64 Prozent der Befragten gegen den Einsatz im Libanon aus.[3] Aufschlussreich sind auch die jüngsten Ergebnisse einer Studie des German Marshall Fund. Demnach wollen 65% der Deutschen der Aussage: „Die Europäische Union sollte ihre militärische Macht ausbauen, um eine größere Rolle in der Welt zu spielen“ nicht zustimmen.[4] Trotz der Ablehnung durch die Bevölkerung nimmt die Zahl und Intensität der Auslandseinsätze permanent zu und immer mehr Soldaten müssen an solchen Einsätzen teilnehmen.

Hier soll zum einen dargestellt werden, warum sich Jugendliche bei der Bundeswehr verpflichten und damit auch an Auslandseinsätzen teilnehmen müssen. Zum anderen soll der Zusammenhang zwischen Sozialabbau und steigenden Bewerbungen bei der Bundeswehr und die Rolle der Agentur für Arbeit in diesem Zusammenhang beleuchtet werden.

„Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr“

Es gibt kaum Studien über die Motivation sich bei der Bundeswehr zu verpflichten bzw. sich freiwillig für Auslandseinsätze zu melden. Nina Leonard klagt in ihrem Lehrbuch Militärsoziologie – eine Einführung: „Zum Soldatenberuf in der Bundesrepublik liegen nur wenige wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse vor. Die Zahl der Arbeiten, die dies anhand eines systematischen theoretischen Zugangs, mittels fundierter methodischer Instrumente und auf einer soliden empirischen Basis tun, ist noch geringer. So steht etwa eine berufssoziologische Analyse des ‚Arbeitsplatzes Bundeswehr‘ nach wie vor aus.“[5] Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt zwar regelmäßig Umfragen unter Jugendlichen zum Thema „Berufswahl Jugendlicher und Nachwuchswerbung der Bundeswehr“ durch, die Ergebnisse der jüngsten Studie stehen jedoch ausschließlich dem Verteidigungsministerium als Auftraggeber zur Verfügung.

Es ist aber über die Auswertung älterer Untersuchungen und Befragungen von Auszubildenden und Studenten bei der Bundeswehr möglich, ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Die zur Verfügung stehenden Ergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der Jugendlichen, die sich bei der Bundeswehr verpflichten, dies vor allem aus ökonomischen Gründen und weniger aus Überzeugung tun (was einer der Gründe sein könnte, warum die Studien nicht öffentlich sind). Im Jahr 2003 konnten sich ca. 30% der männlichen Jugendlichen eine Verpflichtung bei der Bundeswehr vorstellen, wobei über die Hälfte davon dies nur „unter Umständen“ tun würde. Dieses „unter Umständen“ erklärt sich daraus, dass 30% angeben, sie würden sich verpflichten, da sie keine Möglichkeit sehen, einen anderen Ausbildungsplatz zu bekommen. Über 70% der Jugendlichen, die Interesse am Soldatenberuf haben, geben an, sie würden vor allem aufgrund der Arbeitsplatzsicherheit zur Bundeswehr gehen, fast 60% nennen die guten Einkommensmöglichkeiten als Grund. Im Gegenzug geben fast 90% der Jugendlichen, die sich nicht bei der Bundeswehr verpflichten wollen, hierfür als Grund an, sie könnten mit einem besseren Arbeitsplatz rechnen.[6] Leonhard fasst die Ergebnisse folgendermaßen zusammen: „Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr. [...] Wer

über ausreichende berufliche Chancen verfügt, zieht die Möglichkeit, Soldat der Bundeswehr zu werden, gar nicht in Betracht.“[7]

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei denjenigen, die sich verpflichten und bei der Bundeswehr eine Ausbildung machen bzw. an einer Bundeswehr-Universität studieren. Eine Befragung von Studenten der Bundeswehr-Universitäten Hamburg und München aus dem Jahr 2002 kommt zum Ergebnis, dass fast 70% der Studenten den Beruf des Soldaten nicht gewählt hätten, wenn ihnen dadurch nicht ein Studium ermöglicht worden wäre.[8] Der Präsident der Wehrbereichsabteilung Ost, Hinrich Michael Schrömbgens, erklärte im April 2005 in Halle: „[Die Ausbildung bei der Bundeswehr] bietet Jugendlichen eine einmalige Chance auf einen Ausbildungsplatz mit attraktiver Zukunftsperspektive, der anderswo auf dem freien Markt kaum zu finden ist.“[9] Von denjenigen, die sich verpflichten, um eine Ausbildung bei der Bundeswehr zu machen, waren 27% laut einer Umfrage von Unteroffizieren aus dem Jahr 2002 zuvor arbeitslos. Zudem, so die Untersuchung, könne man einen Zusammenhang feststellen, zwischen erlebter Arbeitslosigkeit und Verpflichtungszeit: „Wer vor der Bundeswehr arbeitslos war, neigte überrepräsentativ stark zu einer längeren Verpflichtungszeit.“[10]

Steigende Arbeitslosenzahlen - ein Hoffnungsschimmer für die Bundeswehr

Auch wenn die unterschiedlichen Studien und Umfrageergebnisse kaum miteinander zu vergleichen sind, da jedes Mal andere Methoden angewendet wurden, so sind sich diejenigen, die die Studien durchgeführt haben, darüber einig, dass die Sicherheit des Arbeitsplatzes, das Gehalt und die Weiterbildungsmöglichkeiten an Bedeutung gewonnen haben.[11]

Noch im Mai 2000 berichtete die Berliner Zeitung zwar noch von sinkenden Bewerberzahlen, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass dies wohl aufgrund der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt kein dauerhaftes Problem der Bundeswehr sein würde. Als Begründung für den Rückgang an Bewerbungen werden die zunehmenden Bundeswehreinsätze im Ausland genannt.[12] Doch nachdem sich die Gesellschaft daran gewöhnt hat, dass deutsche Soldaten in aller Welt unterwegs sind, nehmen die Bewerberzahlen wieder zu. Der Stern meldete im Juni 2005 unter dem Titel

„Bundeswehr verzeichnet Zulauf wegen Arbeitslosigkeit“, dass die Zahl der Bewerber kontinuierlich ansteigt.[13] Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt könnte jedoch zu Problemen bei der Nachwuchsgewinnung führen, wie dasselbe Magazin im April 2006 meldete.[14] Für das Jahr 2006 muss die Bundeswehr jedoch nicht damit rechnen, weniger Freiwillige rekrutieren zu können. Wie die Berliner Zeitung im Januar diesen Jahres meldete, werde die Bundeswehr zu einer „Armee der Arbeitslosen“. Mehr als jeder Dritte einberufene Wehrpflichtige sei zuvor arbeitslos gemeldet gewesen. Der Run auf die Bundeswehr sei vor allem auf die Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen, so ein Sprecher der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg.[15]

Soziale und regionale Unterschiede

Die Tatsache, dass sich junge Leute aus ökonomischen Gründen, bzw. aufgrund fehlender Chancen verpflichten, lässt bereits vermuten, dass es sich größtenteils um Jugendliche aus sozial schwachen Familien und mit schlechteren Schulabschlüssen handelt. Allgemeine Daten über die soziale Herkunft von Zeitsoldaten stehen nicht zur Verfügung, wohl aber über diejenigen, die an einer Bundeswehr-Universität studieren. Die oben bereits erwähnte Studie der Bundeswehr Universität Hamburg kommt zu dem Ergebnis, dass Studenten der Bundeswehr-Universitäten in München und Hamburg eher aus sozial schwächeren Familien stammen, als Studenten anderer Universitäten: „[...] der Offizierberuf [bietet] insbesondere für die Studenten aus den mittleren und niedrigen sozialen Herkunftsgruppen Chancen des Aufstiegs.“[16] Die Befragung von Unteroffizieren im Jahr 2002 ergab, dass fast 90% einen Hauptschul- (ca.40%) bzw. Realschulabschluss (ca. 50%) hatten, nur etwas mehr als 10% die Fachhochschulreife oder Abitur.[17] „Fast man die vorliegenden Erkenntnisse zusammen, dann lässt sich sagen, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber gegenwärtig in erster Linie für Haupt- und Realschüler mit oftmals geringen beruflichen Alternativen, die sich von der Armee Ausbildungs- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten versprechen, interessant ist. Demgegenüber nehmen viele Abiturienten die Streitkräfte als Beschäftigungsfeld erst gar nicht wahr“[18], so Nina Leonhard in ihrer Untersuchung zum Klientel der Bundeswehr.

Es zeigt sich zudem, dass sich vor allem Jugendliche aus Ostdeutschland verpflichten und dies in erster Linie in Regionen, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht: „Unter den anderen Jugendlichen [die sich eine Verpflichtung bei der Bundeswehr vorstellen können] ist die Bundeswehr vor allem als Arbeit- und Ausbildungsgeber aufgrund der unsicheren Arbeitsmarktlage, der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung interessant. Während in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit das Interesse am Soldatenberuf steigt, ist in Gegenden mit guter Arbeitsmarktlage mit Rekrutierungsproblemen zu rechnen.“[19]

Dabei stehe die Bundeswehr in Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft. André Heikenroths Umfrage von Unteroffizieren zeigt, dass die Anzahl der Bewerbungen als Zeitsoldat eng mit der wirtschaftlichen Situation in der Region zusammenhängt. „In den norddeutschen und ostdeutschen Wehrbereichen und Bundesländern besitzt demnach die Bundeswehr - nicht zuletzt wegen der hohen Arbeitslosigkeit - weit größere Anziehungskraft als im wirtschaftlich prosperierenden Südwesten. Hier scheint zwar der Dienst in der Bundeswehr als durchaus vorstellbar, aber angesichts der vielfältigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in der privaten Wirtschaft befindet sich die Bundeswehr in dieser Region in einem sehr ausgeprägten Konkurrenzverhältnis mit anderen potentiellen Arbeitgebern.“[20]

Die Schattenseite des Jobs: Auslandseinsätze

Der Wehrdienstberater der Bundeswehr in Neuwied, Lothar Melms wies bei einer Werbeveranstaltung der Bundeswehr auf die Schattenseiten des Soldatenberufs hin: „Wer Soldat werden will, der muss mobil sein. Und das nicht nur innerhalb Deutschlands – zunehmend wird der Dienst auch im Ausland geleistet.“[21] Jeder, der sich bei der Bundeswehr verpflichtet, erklärt sich automatisch dazu bereit, an Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilzunehmen. „Seit Beginn der 1990er Jahre beteiligt sich die Bundeswehr zunehmend an Auslandseinsätzen: Die Zahl der Einsätze, ihr personeller und materieller Umfang, die Aufgabenstellungen und die daraus resultierende Verantwortung sind dabei kontinuierlich gewachsen [...] die Gefährdung für Leib und Leben der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten [hat sich] vergrößert.“[22] Laut dem Bericht des Wehrbeauftragten von 2005 haben bereits mehr als 195 000 Soldaten an Auslandseinsätzen teilgenommen.[23] Die Bundeswehr verfügt derzeit über 254 000 Soldaten, wobei 67 000 Wehrpflichtige sind, die bisher nicht für Auslandseinsätze verpflichtet werden können.[24] Die Wahrscheinlichkeit im Ausland stationiert zu werden ist demnach extrem hoch und steigt weiter. Bis Februar 2006 waren 63 Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen[25], zahlreiche wurden dabei verletzt und die Bundeswehr klagt über immer mehr durch Auslandseinsätze traumatisierte Soldaten.[26] Dass sich angesichts dieser Entwicklung die Begeisterung für den Soldatenberuf in Grenzen hält, ist allzu verständlich.

Nun sind dies keine erstaunlichen Erkenntnisse. Man kann sich denken (und wird durch Gespräche mit Personen, die sich bei der Bundeswehr verpflichten darin bestätigt), dass ein großer Teil nicht zur Bundeswehr geht, weil er so scharf darauf ist, irgendwelche „deutsche Interessen“ in den verschiedensten Teilen der Welt zu verteidigen und dabei sein Leben zu riskieren oder sich einer Struktur unterzuordnen, in der die eigene Meinung nichts zählt und in der man blind den Befehlen anderer zu gehorchen hat.

Die empirisch belegten Erkenntnisse bekommen jedoch angesichts zunehmender Bundeswehreinsätze im Ausland und der damit verbundenen Gefahren für die Bundeswehrsoldaten, vor allem im Lichte von Hartz IV und rasantem Sozialabbau eine zusätzliche Brisanz. Anzeigen der Bundeswehr heben die Vorteile, wie Arbeitsplatzsicherheit, hohes Einkommen etc. hervor. Inzwischen wirbt auch die Agentur für Arbeit mit denselben Argumenten für die Bundeswehr.

Die Agentur für Arbeit als Rekrutierungsbüro für die Bundeswehr

Das Arbeitsamt vermittelt Arbeitsplätze - auch für die Bundeswehr. Dabei wird meist mit den hervorragenden Weiterbildungsmöglichkeit, der Sicherheit des Arbeitsplatzes und dem hohen Gehalt gelockt. Immer wieder gibt es Veranstaltungen zur Anwerbung von - vor allem jugendlichen - Arbeitslosen, bzw. Schulabgängern, die gemeinsam vom Arbeitsamt und der Bundeswehr organisiert werden.[27] Auf den Protest Bremer Arbeitsloser gegen die Anwerbung von Erwerbslosen für Auslandseinsätze im September 2001, reagierte der Vize-Chef des Arbeitsamtes mit Unverständnis. Die Bundeswehr sei eine ganz normale Firma, mit der man zusammenarbeite.[28] Die Agentur für Arbeit wirbt weiterhin für die Bundeswehr, Protest ist jedoch kaum mehr zu hören. Die Arbeitsagentur in Dessau startete im Juli 2006 gemeinsam mit der Bundeswehr ein Projekt, in dem arbeitslose Jugendliche als Zeitsoldaten gewonnen werden sollen. Auf der Internetseite der Bundesagentur für Arbeit heißt es: „Im Agenturbezirk Dessau sind derzeit rund 2.500 Jugendliche unter 25 Jahre arbeitslos. Die Bundeswehr hingegen bietet freie Stellen. Ziel der Kooperationspartner

ist es, den Jugendlichen, die sich für vier Jahre bei der Bundeswehr verpflichten, anschließend berufliche Perspektiven in der Region aufzuzeigen.“[29] Sowohl die Arbeitsagentur als auch die Bundeswehr freuen sich über die „hervorragende Zusammenarbeit“. Die hohen Anwerbezahlen von Zeitsoldaten über die Arbeitsagenturen sei „ein gutes Zeichen für die Motivation von jungen Arbeitslosen in der Region auch nichtalltägliche Chancen bei der Suche nach einer neuen Arbeit zu ergreifen und auch ein prima Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Arbeitsagentur“, so der Leiter der Arbeitsagentur in Leipzig.[30] Dass es sich bei diesen „nicht alltäglichen Chancen“ um Kriegseinsätze handeln könnte, bei denen Soldaten ihr Leben riskieren um deutsche wirtschafts- oder machtpolitische Interessen durchzusetzen, wird nicht erwähnt.

Neben der direkten „Anwerbung“, bieten die Agenturen Raum für Rekrutierungsveranstaltungen. Unter dem Titel „Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz“, informiert die Agentur in Neuwied über die erfolgreiche Veranstaltung der Bundeswehr im Berufsinformationszentrum. In der Presseerklärung heißt es: „In einer Zeit, in der es immer schwieriger wird, überhaupt eine interessante Lehrstelle zu finden, schätzen Jugendliche die vielfältigen Möglichkeiten, aber auch die Sicherheit, die ihnen hier geboten wird. [...] Früher mussten junge Leute erst mal schlucken, wenn sie erfahren, dass ihre Ausbildung bei der Bundeswehr (BW) sie für mindestens acht, falls sie studieren wollten sogar für zwölf Jahren zu Soldaten machen würde. Doch die Zeit, in der diese Verpflichtung eine Hürde war, gehört längst der Vergangenheit an [...], erklärt Stabsfeldwebel und Wehrdienstberater Lothar Melms. ‚Wo in der freien Wirtschaft bekommt man heute schon eine solche Beschäftigungsgarantie? [...]‘[31] Für eine Informationsveranstaltung in Leipzig wirbt die dortige Agentur: „In Sachsen-Anhalt und Thüringen waren Ende Dezember 2005 ca. 31.500 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Für das Jahr 2006 hat die Bundeswehr einen erhöhten Bedarf zur Einstellung von Soldaten auf Zeit in der Laufbahn der Mannschaften. Die Einstellung als Soldat auf Zeit in der Laufbahn der Mannschaften bietet Jugendlichen einerseits für vier Jahre ein gesichertes Einkommen, erweitert ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen und entlastet andererseits den Arbeitsmarkt.“[32]

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr und dem „Versprechen“ einen Großteil der Dienstzeit im Ausland zu verbringen, ist der Hinweis auf die Entlastung des Arbeitsmarktes mehr als zynisch. Das Verheizen von Arbeitslosen im Kongo, in Afghanistan und den zahlreichen anderen Ländern, in denen sich die Bundeswehr in Zukunft „engagieren“ wird, entlastet natürlich den Arbeitsmarkt - Nachschub wird immer benötigt.

Zwangsrekrutierung mit Hartz IV

Der Druck, eine Ausbildungs-/Arbeitsstelle zu finden und sei es als Soldat bei der Bundeswehr, wurde mit Hartz IV zum Zwang. Die Verpflichtung von Hartz IV-Empfängern, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen, heißt in diesem Zusammenhang auch, dass es zumutbar ist, Soldat zu werden und „deutsche Interessen“ mit dem eigenen Leben irgendwo auf dieser Welt „verteidigen“ zu müssen. Auch wenn bisher noch niemand direkt dazu gezwungen werden muss, sich als Soldat zu verpflichten, kann man angesichts der befürchteten sinkenden Bewerberzahlen davon ausgehen, dass dies nicht dauerhaft so bleiben wird. Das Engagement der Agentur für Arbeit lässt diese Vermutung nicht unplausibel erscheinen. Die Verpflichtung von Arbeitslosen für die Bundeswehr wurde jedoch von dem ehemaligen Verteidigungsminister Peter Struck schon angedacht, wenn auch nicht für Auslandseinsätze, so doch als

Lernobjekte für Soldaten, die auf Auslandseinsätze (in dem Fall auf einen Einsatz im Kosovo) vorbereitet werden. Beim Besuch einer Übung der Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2005 kam Struck die Idee, man könne doch anstelle von teuren Soldaten, Arbeitslose dazu verpflichten, an den Übungen als Zivilisten oder feindliche Gruppen teilzunehmen. Das erspare Kosten und schaffe Jobs für einen Teil der Masse an Arbeitslosen in der Region. Mit der Kritik, der sich Struck daraufhin ausgesetzt sah, konnte er nichts anfangen und verwies darauf, dass in Bayern die Übungsobjekte von einer Zeitfirma angeheuert würden.[33]

Das beunruhigende an der derzeitigen Situation ist, dass die Arbeitslosen bisher nicht einmal zum Kriegsdienst gezwungen werden müssen. Der ökonomische und soziale Druck ist so hoch, dass sie vermeintlich freiwillig in den Krieg ziehen. Das bedeutet, dass vor allem Menschen aus marginalisierten sozialen Schichten bei Bundeswehreinsätzen ihr Leben für deutsche Interessen lassen. Dadurch spaltet sich die Gesellschaft in diejenigen, die von Kriegseinsätzen profitieren und initiieren und diejenigen, die im schlimmsten Fall bei solchen Einsätzen sterben oder traumatisiert zurückkehren und somit weiter in unserer Gesellschaft marginalisiert bzw. ausgeschlossen werden.

In diesem Kontext stellt sich die Frage, inwieweit überhaupt noch von einer freiwilligen Entscheidung gesprochen werden kann. Die diesbezüglichen Worte von Matthias Rogg in einem von der Bundeswehr herausgegebenen Sammelband sind deutlich: „Auch die Frage, ob bei einem jungen deutschen oder amerikanischen Zeitsoldaten die sittliche Bindung stärker wiegt als der finanzielle Anreiz, kann nur im Einzelfall beantwortet werden. Selbst strenge gesetzliche Regelungen, die den Handlungsspielraum eindeutig festlegen, vermögen die individuellen Motive nicht aufzulösen. Schließlich können wirtschaftlicher und sozialer Druck, bis hin zur Zwangsrekrutierung, den Charakter der Freiwilligkeit stark relativieren.“[34] Der durch Hartz IV geschaffene Zwang, jede Arbeit anzunehmen, führt in diesem Zusammenhang zu einer Situation der Arbeitslosen, die sich von einer Zwangsrekrutierung nur noch formal unterscheidet. Militäreinsätze und Hartz IV hängen demnach enger zusammen, als eine rein quantitative Gegenüberstellung der für Auslandseinsätze aufgewendeten Mittel und der Sozialausgaben.

Auswirkungen auf die interne Struktur der Bundeswehr

Obwohl die Bundeswehr von einem gewissen sozialen Druck abhängig ist, um genug Soldaten rekrutieren zu können, die auch „bereit“ sind, an Auslandseinsätzen teilzunehmen, fürchtet sie sich andererseits davor, nur noch Jugendliche aus sozial- und bildungsschwachen Schichten rekrutieren zu können. In diesem Zusammenhang ist auch das Festhalten an der Wehrpflicht zu sehen.[35]

Nina Leonhard befürchtet vor allem einen „weiteren gesellschaftlichen Ansehensverlust“ für die Bundeswehr. „Sollte sich die Entwicklung [dass sich nur noch diejenigen, die keine andere Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, bei der Bundeswehr verpflichten] zukünftig fortsetzen, dann besteht die Gefahr, dass es in der Folge zu einem Qualitätsverlust des militärischen Personals der Bundeswehr kommt. Dies könnte einen weiteren Ansehensverlust für die Streitkräfte mit sich bringen, der sich wiederum negativ auf die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber auswirken würde. Aus Sicht der Bundeswehr muss es somit von zentraler Bedeutung sein, einer solchen Abwärtsspirale entgegenzuwirken.“[36]

Besorgt über diesen Zustand ist - wenn überhaupt - die Bundeswehr. Es sollte sich jedoch vielmehr die Gesellschaft Gedanken über eine derartige Entwicklung machen. Es ist davon auszugehen, dass Soldaten, die sich aufgrund fehlender Alternativen oder direktem Zwang verpflichten, gefügiger sind als jene, die freiwillig und nicht mit dem Gefühl der Alternativlosigkeit den Beruf des Soldaten

wählen.[37] Dies ist für die Bundeswehr wohl als durchaus positiv zu sehen, zumal die derzeitige Umstrukturierung der Truppe hin zu immer mehr und immer riskanteren Auslandseinsätzen von Soldaten abhängt, die sich nicht weigern, auch an solchen „Rambomissionen“ teilzunehmen. Eine Armee, die sich vor allem aus Soldaten zusammensetzt, die keine andere Möglichkeit sehen, ihre Existenz zu sichern, ist von einer Söldnerarmee nicht mehr weit entfernt.

Anmerkungen

[1] Mehrheit der Deutschen lehnt Bundeswehreinsatz ab, Die Welt 02.06.06.

[2] Kongo Mission: „Noch nie soviel Ablehnung“, N24 17.05.06.

[3] Umfrage: Mehrheit der Deutschen gegen Mission, Kölner Stadtanzeiger, 13.09.06.

[4] Transatlantic Trends: Umfragedaten 2006, S. 11.

[5] Leonhard, Nina (2005): Soldat: Beruf oder Berufung?, in: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Militärsoziologie - Eine Einführung, Wiesbaden, S.254.

[6] Bulmahn, Thomas (2004): Berufswunsch Soldat, in: Sowi-News April 2004.

[7] Leonhard (2005), S. 26.

[8] Posner, Christine (2004): Untersuchung der Studenten der Helmut-Schmidt-Universität und der Universität der Bundeswehr München; Erhebung und Datengrundlage; Regionale und soziale Herkunft, Berufswahl, URL: <http://www.hsu-hh.de>

[9] <http://www.terrww.bundeswehr.de/C1256F890043A792/CurrentBaseLink/W26DTBRW136INFODE>

[10] Heikenroth, André u.a. (2002): Unteroffizier und ziviler Beruf, Strausberg, S.26.

[11] Vgl. Heikenroth, André (2000): Wer will zur Bundeswehr? Eine Potenzialanalyse, Strausberg, S.16ff., S.64 und Klein, Paul (2004): Unteroffiziere als Führer, Ausbilder und Erzieher, in: Gareis, Sven Bernhard/ Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S. 435.

[12] Der Soldaten-Job hat an Attraktivität eingebüßt, Berliner Zeitung 27.05.00.

[13] Bundeswehr verzeichnet Zulauf wegen Arbeitslosigkeit, Stern 10.06.05.

[14] Nachwuchssorgen bei der Bundeswehr, Stern 17.04.06.

[15] Bundeswehr wird zum Heer der Arbeitslosen, Berliner Zeitung 03.01.06.

[16] Posner (2004), S. 6.

[17] Heikenroth (2002), S. 26.

[18] Leonhard (2005), S. 260f.

[19] Apelt, Maja (2002): Die Integration der Frauen in der Bundeswehr ist abgeschlossen, URL: <http://www.hsu-hh.de>

[20] Heikenroth (2000), S. 39.

[21] Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.02.05, URL: www.arbeitsagentur.de.

[22] Feller, Michael/Stade Claudia A. (2004): Physische und psychische Belastung im Einsatz, in: Gareis, Sven Bernhard, Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden; S. 295.

[23] Deutscher Bundestag (2005) Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Drucksache 16/850.

[24] Wobei Arndt Brauckmann darauf hinweist, dass „eine erzwungene Erfüllung der Dienstpflicht [von Grundwehrdienstleistenden] im Rahmen von verfassungsrechtlich zulässigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr [...] aus rechtlichen Gründen [...] nicht zu beanstanden [wäre]“ (Brauckmann, Arndt (2000): Wehrpflichtige und Missionen der Bundeswehr für die Vereinten Nationen: Zur Verfassungsmäßigkeit eines unfreiwilligen Einsatzes im Ausland, Berlin, S. 304).

[25] Jung will Ehrenmahl für getötete Soldaten, N24 17.02.06.

[26] Traumatisierte Soldaten. Eingebrannte Narben im Gehirn, Stern 24.07.06.

[27] So veranstaltete das Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit Leipzig gemeinsam mit der Bundeswehr im August 2006 ebenso eine Informationsveranstaltung zu Ausbildungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr, wie die Agentur für Arbeit in Recklinghausen im selben Monat. Speziell auf Frauen ausgerichtet sind „Girls Days“, bei denen die Bundeswehr die Möglichkeit hat Frauen, direkt anzusprechen. Sie fanden in zahlreichen Arbeitsagenturen in den letzten Jahren statt. Ein Blick auf die Internetseite der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de) genügt, um sich von zahlreichen solcher Aktionen zu überzeugen.

[28] Krieg als „Vertrauenssache“, URL: http://www.also-zentrum.de/publik/quer/2001quer/6_war.htm

[29] Arbeitsagentur engagiert sich im Projekt JuKaM, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 16.06.06, URL: www.arbeitsagentur.de

[30] Bundeswehr sucht Soldaten auf Zeit - Bewerbungsaktion erfolgreich, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.07.05, URL: www.arbeitsagentur.de.

[31] Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.02.05, URL: www.arbeitsagentur.de.

[32] Soldat auf Zeit. Eine Informationsveranstaltung für arbeitslose Jugendliche aus Sachsen-Anhalt, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 10.05.06, URL: www.arbeitsagentur.de.

[33] Hände hoch, Gesicht zur Wand. Verteidigungsminister Struck will Arbeitslose als Gegner bei Bundeswehrrübungen, Berliner Zeitung, 29.06.05.

[34] Rogg, Matthias (2004): Der Soldatenberuf in historischer Perspektive, in: Gareis, Sven Bernhard, Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S.397.

[35] Wobei sich auch hier zeigt, dass vor allem weniger gebildete Jugendliche Wehrdienst ableisten. „[Es entziehen sich] viele hochqualifizierte Wehrpflichtige durch die de facto bestehende Wahlmöglichkeit zwischen Wehr- und Zivildienst dem Dienst in den Streitkräften und wählen eine ihnen angenehmere zivile Tätigkeit“ (Klein, Paul (2004): Soldat und ziviler Beruf, in: Gareis, Sven Bernhard, Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S. 162.).

[36] Leonhard (2005), S. 261.

[37] Die derzeit zu beobachtende Entwicklung zeigt so manche Parallele zu früheren Strukturen von Armeen auf, wie Matthias Rogg in seinem Artikel „Der Soldatenberuf in historischer Perspektive“ darstellt. So schreibt er, dass „im Mittelalter [...] das Vermieten ganzer Truppenteile in manchen Regionen zu den wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen“ (Rogg 2004, S.397) gehörte. Zwar ist es heute nicht direkt die Vermietung von Söldnern, aber die mit Standorten der Bundeswehr verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen, von denen die Kommunen angeblich profitieren. In der Diskussion um den geplanten Luft-Boden-Schießplatz Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide ist ein Argument der Befürworter immer wieder die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer Region mit einer Arbeitslosigkeit von fast 25% sowie der allgemeine „wirtschaftliche Aufschwung“. Auch die Antwort auf die Frage, warum Menschen im 16. Jahrhundert zu Soldaten wurden, könnte ebenso gut heute als Antwort gelten: „[...] das Anwachsen sozial schwacher Gesellschaftsgruppen, nicht zuletzt aber auch die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung [...]“. Der Kriegshaufen konnte neben dem demografischen auch den sozialen Druck auffangen.“ (Rogg 2004, S.397) Bedenkt man, dass es vor allem junge Menschen sind, die heute an Auslandseinsätzen teilnehmen, so verschärft der „Kriegshaufen“ zwar den demografischen Druck, der soziale Druck kann jedoch tatsächlich dadurch aufgefangen werden. Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg bzw. materieller Absicherung derjenigen, die Soldat werden, bleibt bis heute erhalten.